

# Wildcat-Zirkular

Nr. 64 Juli 2002

3 Euro

## Beilage:

Argentinien, China, Italien, Frankreich  
Streiks, Kämpfe, Bewegung



Demo gegen den EU-Gipfel am 17./18. Mai in Madrid

black bloc,  
attac,  
naomi klein...

## Wohin mit dem Bewegungsdrang?

# Inhalt Wildcat-Zirkular Nr. 64, Juli 2002

Editorial	3
Zum Stand der Bewegung	9
»... daß Politik auch Spaß machen muß ...«: Interview	23
Globaler Krieg um die Ordnung der Welt, Teil II	
Der Weg zum Krieg und die Suche nach dem Imperium	35
<b>Beilage</b>	
Argentinien: Aufstand gegen die Politik	2
Die Situation der MigrantInnen in Buenos Aires	6/7
Streik bei der Putzfirma Arcade	24
Migrantenstreiks in Italien	27
Lotta Sporca – Zum Kampf der ReinigungsarbeiterInnen bei der italienischen Eisenbahn	32
China: Klassenkämpfe im Wirtschaftswunder	40
Buchtipps: Die Hölle auf Erden	55

## Kontakte:

Shiraz e.V. Postfach 30 12 06, 50782 Köln – wildcat@link-lev.de

Shiraz e.V. Postfach 60 13 28, 14413 Potsdam

Welt in Umwälzung, c/o Wildcat, Mannheim-Ludwigshafen suba@wildcat.rhein-neckar.de

**www.umwaelzung.de** Tel. 0621-65 77 46

freiburg@wildcat-www.de

leipzig@wildcat-www.de

koeln@wildcat-www.de

postdam@wildcat-www.de

stuttgart@wildcat-www.de

**Archiv: <http://www.wildcat-www.de>**

**Abos:** Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 3 Euro, 6 Ausgaben 15 Euro. Schriftliche Bestellungen an Shiraz e.V., Köln und Überweisung an Shiraz e.V., Kto.-Nr. 7064-509, Postbank Köln, BLZ 370 100 50.

V.i.S.d.P.: P.Müller

## Die Berliner Massen in Bewegung?

Nach den linken Nebelkerzen diesmal wieder wirkliche, leibhaftige Bewegungen zum Anfassen und draus Lernen. Damit hat »Empire«, das von Berlin und Venedig über Vicenza bis Buenos Aires die Kassen klingeln läßt, nichts zu tun. Und deshalb kommt in diesem Heft keine *inhaltliche* Auseinandersetzung mit dem Buch, dessen Erscheinen in deutscher Sprache bei Kritikern wie bei Bewunderern wahre Fieberzustände ausgelöst hat – aber ein paar Anmerkungen zu diesem Fieber.

### Globale Bewegung?

Was machen und vor allem was denken die von der Presse »Globalisierungsgegner« genannten AktivistInnen der neuen Bewegung, wenn sie gerade nicht zu einem Gipfel reisen? Kann man überhaupt von einer neuen weltweiten Bewegung sprechen? Der Artikel **Zum Stand der Bewegung** schaut sich die politischen Komponenten dieser Bewegung näher an. Im anschließenden **Interview** erzählen zwei junge AktivistInnen aus Deutschland und Frankreich, wie ihre Politisierung verlaufen ist und wo sie den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten sehen. Die Unterschiede zwischen beiden Ländern sind offensichtlich: in Frankreich gibt es seit dem Generalstreik im öffentlichen Dienst 1995 jedes Jahr große Mobilisierungen; in Deutschland ...

Nach Genua wurde viel über den nun notwendigen Übergang von einer politischen Bewegung auf der Straße zu sozialen Kämpfen diskutiert. Der Streik einer McDonald's-Filiale in Paris erreichte durch die Aktivitäten dieser Szene internationale Aufmerksamkeit. Ein Unterstützungskollektiv macht weiter und hilft nun einer Gruppe von Zimmerfrauen, die seit drei Monaten gegen ihre miserablen Arbeitsbedingungen in der weltweiten Hotelkette Accor kämpfen: **Streik bei der Putzfirma Arcade**.

In Italien könnten die Proteste gegen die Gesetzesvorhaben der Berlusconi-Regierung, die die Ausbeutungsverhältnisse komplett neu ordnen sollen, solch eine Möglichkeit des Zusammenkommens von Bewegungen sein. Das Gesetz Bossi-Fini greift den schwächsten Teil der Arbeiterklasse an – die MigrantInnen. Die geplante Abschaffung des Kündigungsschutzes von 1970 soll den Weg frei machen zur weiteren Prekarisierung der Verhältnisse. Die Wanderarbeit in all ihren Formen hat eine zentrale Bedeutung

innerhalb der weltweiten Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse. Hier gilt es sich einzumischen – und zwar ohne sofort ein neues universelles politisches Subjekt auf den Schild zu heben. »Entweder entsteht die Bewegung neu in Initiativen gegen das Gesetz Bossi-Fini und überwindet die organisatorischen Schwierigkeiten, in denen sie heute debattiert, oder sie geht zugrunde«, fordert ultimativ der »Tavolo Nazionale Migranti«. Hier versuchen GenossInnen, ihre Aktivitäten zu und mit den MigrantInnen zu bündeln – mit ersten Erfolgen: In Vicenza (Region Venezien), in dessen diffuser Fabrik seit Jahren sehr viele Einwanderer aus Afrika und Osteuropa arbeiten, fand Mitte Mai zum ersten Mal ein provinzwweiter MigrantInnenstreik statt. Es war die erste Aktion dieser Art in Italien, die schon ihre Fortsetzung gefunden hat. Doch um die Einheit muß ständig neu gerungen werden: **Zum MigrantInnenstreik in Vicenza.**

Auch die Bahnreiniger bei der italienischen Eisenbahn sind Einwanderer, zum großen Teil allerdings aus dem Süden des Landes und schon im mittleren Alter, aber von den Arbeitsbedingungen her geht es ihnen kaum besser. Wie auch in der BRD wurde die Bahnreinigung vor Jahren an Subunternehmer ausgelagert, um über die Konkurrenz bei Ausschreibungen die Kosten immer weiter zu drücken. Die BahnreinigerInnen haben mit selbständigen Aktionen und Gleisblockaden viel Wirbel gemacht, um wenigstens ihren Status quo zu erhalten – während die Gewerkschaft verhandelte und letztendlich ihre Initiative ins Leere laufen ließ: **Lotta sporca** – ein Dreckstreik.

Die größten »sozialen Kämpfe«, an denen sich spontan und mit allem Risiko hunderttausende von Arbeitern und Bauern beteiligen, finden derzeit dort statt, wo die Entwicklung des Kapitalismus in dieser Form auf der Kippe steht: in Argentinien und in China.

Die breite Mobilisierung auf den Straßen in **Argentinien** seit Dezember war Thema unserer letzten Beilage. Während inzwischen schon die eine oder andere Bankfiliale in Flammen aufging, breitet sich die Krise auf die Nachbarländer aus. Staat und Kapital suchen nach der einzigen Möglichkeit, aus der Krise rauszukommen: den Schuldenberg der Bevölkerung aufzubürden, die ihn dann durch harte Arbeit abtragen kann. Die scheint allerdings nicht bereit zu sein, zehn Jahre auf ihren Lohn zu warten. Doch die Erinnerung an die angeblich besseren Zeiten unter Perón trüben auch heute noch manchen Blick, und die Strukturen von Selbstorganisation haben die Bereiche der Produktion fast noch nicht erreicht. Wir wollten mit eigenen

Augen mitkriegen, was sich in Argentinien tut: den Reisebericht **Argentina-zo – Aufstand gegen die Politik** findet Ihr in der Beilage.

China ist weltweit das letzte große Reservoir an Arbeitskraft im Übergang zur Proletarisierung – und deshalb die große Hoffnung des Kapitals. Der radikale Abbau der alten Industrie und das Bauernlegen im Zuge der Privatisierungspolitik führen zu einer drastischen Verschlechterung der Lebensbedingungen der »freigesetzten« Arbeiter, die sich mit zum Teil sehr drastischen Mitteln zur Wehr setzen. Derzeit finden **in China die größten Arbeiterdemonstrationen seit 1949** statt.

Das Regime versucht die Kontrolle zu behalten und fälscht die Zahlen. Gefälschte Statistiken, um die Investoren zu täuschen, sind allerdings kein chinesisches, noch dem alten System geschuldetes Problem, sondern aktuelle Praxis der großen Konzerne in den USA: die Kette der Skandale über gefälschte Bilanzen, hochbezahlte Manager, die Millionen für sich auf die Seite schaffen, lassen da konservative Wirtschaftsfachleute inzwischen die ganze Shareholder-Value-Idee verdammen und sehnsüchtig an die alten Zeiten zurückdenken, als der Vorstand noch im Interesse des gesamten Betriebes handelte, wohlgerne auch der Beschäftigten ... Aber es gibt heute keinen Spielraum für einen neuen Keynesianismus, wie einige AktivistInnen an der Spitze von Attac u.a. meinen.

Die gefälschten Zahlen zeigen, daß die Finanzmanager Verwertung erfinden müssen, um ihre Aktien vor dem Absturz zu bewahren. Gleichzeitig wird immer offener über einen Angriffskrieg diskutiert. Krieg ist nie eine Lösung dieser Verwertungsprobleme, er kann höchstens der einzig mögliche Schritt heraus sein aus der völlig verfahrenen Situation, in der sich das Kapital heute befindet.

Der zweite Teils des Artikels **Globaler Krieg um die Ordnung der Welt** zeigt, welche realen Verbindungen es gibt zwischen der Bombardierung Afghanistans und der Enron-Pleite, die die Ebene des reinen »Skandals« längst verlassen hat. Enron ist kein böser Bube inmitten von ehrenwerten Geschäftsleuten: seit dem Schlußbegräbnis der WTC-Opfer läßt sich der Blick in die immer tiefer werdenden Abgründe der gesamten US-Ökonomie und ihre Verquickung mit der politischen Klasse an der Macht nicht mehr zudecken, die ihre Zuflucht im Krieg sucht.

\* \* \*

Befinden wir uns damit auf dem Weg zu einem **Imperium**, englisch Empire? Das Anfang Juni vom US-Senat gebilligte Gesetz, das die Regierung zur Invasion in die Niederlande ermächtigt, sollte ein US-Bürger am internationalen Strafgerichtshof wegen Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt werden, und die gefälschten Zahlen der New Economy ziehen den analytischen und theoretischen Aussagen von Hardt und Negri jeden Boden weg. Aber Analyse und kohärente Theorie sind das letzte, worum es den Autoren geht.

Sicher, »Empire« wurde vor dem Absturz der »New Economy« geschrieben, die das Wertgesetz auszuhebeln schien. Aber wie abstrus wirkt angesichts der Wirklichkeit die im Buch enthaltene Huldigung der amerikanischen Verfassung, in der angeblich schon der Kommunismus enthalten ist! Das selbstverwaltete Bürgertum, das neue politische Unternehmertum als Keimzelle einer neuen Gesellschaft: das ist das Holland Spinozas, die Bürgerrepublik der Handwerker und Kaufleute (und nur diese begüterte und männliche Schicht war »multitudo« in seinem Sinne!). Aber wer spricht heute noch von den Unternehmern der »New Economy«?

Der große verlegerische Erfolg des Buches ist nicht mit tiefen analytischen Einsichten erklärbar. Diese Mischung aus philosophisch untermauertem Kitsch, religiöser Heilsgewißheit und Diskursen um Souveränität lädt nicht ernsthaft zur politischen Debatte ein. Offene Fragen, um die seit Jahren heftig gestritten wird wie: wie sieht die neue Klassenzusammensetzung aus, was ist heute die kapitalistische Fabrik, wie kann unsere Rolle als AktivistInnen in diesen Auseinandersetzungen sein, wie bauen wir ein Verhältnis zu den »MigrantInnen« auf, das nicht paternalistisch ist – all das wird einfach zugeschüttet mit dem schillernden Begriff der »Multitude« (in der deutschen Ausgabe weniger schillernd als »Menge« übersetzt), dem neuen politischen Subjekt, das das Imperium von innen her aushöhlt. Ist die Multitude nun die große weltweite Mehrheit der Ausgebeuteten, Entrechteten, Proletarisierten – oder ist sie die neue politisch-technische Mittelklasse, die antirassistische Diskurse pflegt und selbständigen, immateriellen Beschäftigungen nachgeht? »Multitude« ist das Versprechen an die Leser, daß sie sich solche Gedanken gar nicht mehr zu machen brauchen. Als die englischsprachige Ausgabe kurz nach den WTO-Protesten in Seattle erschien, konnte sie als Message an die neue Bewegung gelesen werden, die ihnen sagt: Ihr seid es! Macht einfach weiter so! Erster Referent des Buches ist eine Bewegung, eine soziale Schicht, eine politische Schicht, die nach ihrer

gesellschaftlichen Rolle sucht. Eine Schicht, die nach den Niederlagen der 80er Jahre nach lösbaren Problemen gesucht hat und die Selbstverwirklichung in der immateriellen Arbeit, im Programmieren von Prozessen, gefunden hat, mit einem Rest an Unzufriedenheit. Und da ist »Empire« hilfreich: wie es ein amerikanischer Leser auf einer Mailing List treffend formulierte: »Indem wir das Buch lesen, werden wir selbst zur Multitude«. In seinen *33 Vorlesungen zu Lenin* hatte Negri schon 1973 anhand des Begriffs Klassenzusammensetzung herausgearbeitet, wie die Theorie die Kader schafft und die Kader die Arbeiterklasse schaffen können: diese Umkehrung sei genau Lenins Ansatz und der Schlüssel zu seinem Erfolg gewesen. Den ersten Teil des Satzes hat Negri in den 70er Jahren in Italien bewiesen; glücklicherweise ist es bislang den Kadern nicht gelungen, die Klasse nach ihrem Bild zu schaffen. In »Empire« wird dieses Konzept wieder aufgelegt – diesmal im Spinoza-Kostüm: »Der Prophet schafft sich sein eigenes Volk«.

Negri war schon immer der große Abstauber, der unverfroren klaut und dann umdreht, wie es ihm reinpaßt. Theoretisch innovativ war er selbst an ganz wenigen Punkten, die sich schließlich als fatal erwiesen: seine Analyse des Keynesianismus als »Deal«; seine seit 1971 ständig wiederholte These, daß das Wertgesetz nicht mehr gilt – und folglich der bewaffnete Aufstand angesagt ist, weil die Fabriken nicht mehr wichtig sind. Ende der 70er Jahren stilisierte er die Reste der Jugendbewegung von '77, die er als »gesellschaftliche Arbeiter« die Nachfolge des Massenarbeiters der großen Fabriken antreten ließ, zur Avantgarde dieses Aufstandes. Eine ganze politische Generation verheizte sich im bewaffneten Kampf.

Die Belesenheit der Autoren, die alles erwähnen, was auf dem Markt linker Sozialwissenschaft Rang und Namen hat, vermittelt den Eindruck von Wissenschaftlichkeit, von Analyse der Weltlage. Aber man kann auch Hunderte von Fußnoten und Literaturnachweisen machen, ohne nur eine Aussage zu belegen. Viele Rezensenten haben inzwischen kopfschüttelnd nachgewiesen, daß die Autoren einen sehr eigenwilligen Umgang mit dem Material pflegen und Begriffe so umdeuten, daß sie in ihre Interpretation der Entwicklung passen. Die Fülle von Anspielungen und Andeutungen ist so nur Hintergrund für eine geheime Botschaft an die neuen Kader der »Bewegung«. Diese erhalten mit den neuen Begriffen Instrumente in die Hand, die sie direkt politisch anwenden können.

Das ganze Buch ist nach dem aus früheren Büchern bekannten Stufenmodell aufgebaut (im Buch »Passagen«): wir befinden uns gerade im Über-

gang von der Moderne zur Postmoderne; was wir früher gesagt haben, war damals richtig; heute ist alles anders: nicht mehr Imperialismus, sondern »Empire«. Deshalb müssen wir auch nichts wegwerfen, was linke Theorie in den letzten Jahrhunderten produziert hat – bis auf die Nationalitätentheorie von Stalin vielleicht. So macht man sich wenig Feinde, denn alles hatte einmal seine Gültigkeit, jeder kann sich heute neu anschließen. Der einzige von ihm erwähnte Kontrahent, den er nicht einfach abtun kann, ist vielleicht Wallerstein – denn in dessen Untersuchungen werden viele Momente, die Hardt/Negri als den letzten Schrei ihrer eigenen Entdeckungen ausgeben wollen, als geradezu konstitutive Merkmale eines kapitalistischen Weltsystems herausgearbeitet.

Besonders hanebüchen sind die Kapitel, in denen sich die Autoren mit der Produktion beschäftigen. In krassem Gegensatz zu ihrem vorgeblichen Ansatz, aus der Veränderung der produktiven Kooperation die Möglichkeit des Kommunismus zu entwickeln, sind die diesbezüglichen Kapitel direkt aus hipper Management-Literatur abgeschrieben – die, Ironie der Geschichte, inzwischen völlig out ist und verramscht wird. Die Beschreibungen der Wirklichkeit sind eine Karikatur, aber an einer Stelle steht in dem Buch ja tatsächlich: »Begriffe schaffen die Wirklichkeit«.

Empire verbreitet also Nebelkerzen, und deshalb paßt kein Schwerpunkt-Artikel in dieses Heft. Grund zur Beunruhigung? Eher nicht, da hat der Rezensent in der Berliner Zeitung vom 22.3. recht, der anlässlich der Präsentation des Buchs in der Berliner Volksbühne schrieb: »Bevor hierzulande überhaupt jemand darin gelesen hat, hat sich *Empire* als der heißeste Scheiß auf dem Theoriesektor durchgesetzt; ein Popbuch, wie es dies in der Philosophie seit dem *Anti-Ödipus* (Vielheit! Kein Zentrum!) nicht gegeben hat. Es steht allerdings auch ähnlich viel Unsinn darin wie im *Anti-Ödipus*: das merkt man schnell, wenn man sich die Mühe macht, *Empire* zu lesen oder Michael Hardt einen Abend lang zuzuhören. Es ist 'heißer', also inspirierender Unsinn – insofern ist *Empire* wahrhaftig ein Manifest: ein Buch, das sich zur Bewunderung eignet, aber nicht zur Debatte. Die Berliner Massen, das spricht für sie, haben dies schnell erkannt. Kaum, daß Hardt sie zur Diskussion seiner Thesen einlud, da strömten sie ebenso hektisch aus der Volksbühne wieder hinaus, wie sie zuvor in diese hineingekommen waren.« ■

## Zum Stand der Bewegung

Ende 1999 ließen die militanten Anti-WTO-Proteste von Seattle unsere Herzen höher schlagen. Sie hoben sich so wohltuend vom Gegengipfel in Köln wenige Monate zuvor ab. Seitdem ist es zu einer nicht abreißen- den Kette von massenhaften Mobilisierungen gekommen. Hier ist offenkundig etwas Neues an die Oberfläche getreten:

1. Was in den letzten Jahren als »Antiglobalisierungsbewegung« dargestellt wurde, ist nur **die Oberfläche einer untergründigen Entwicklung**, bei der viel eher von »Bewegungen« gesprochen werden kann als bei den Aktionen gegen die (vereinzelt) Events. Vor allem die Medien mit ihrer Fixierung auf Spektakuläres und reformistische Gruppen mit ihrem Interesse, die Bewegung in einen Versuch zur Verbesserung des Kapitalismus zu kanalisieren, haben zur Wahrnehmung der vielschichtigen und zueinander im Widerspruch stehenden Strömungen als »Antiglobalisierungsbewegung« beigetragen. Trotzdem enthalten sie zwei wichtige Momente: sie sind *offensiv* und *massenhaft*.
2. Die Mobilisierungen sind **offensiv**. Das erste Mal seit fast 20 Jahren, in denen sich die Linke in der Defensive befunden hat, gehen wieder Leute nach vorn, erobern, wenn auch nur für begrenzte Zeit, die Straße und füllen sie mit Inhalten, die mehr sind als eine Abwehrreaktion aus der Opferpose, wie wir sie in den 90er Jahren nur allzu oft sehen konnten.
3. Die Proteste bewegen eine große Zahl von Menschen. 50 000 Leute in Seattle, 10 000 in Prag – das schienen damals riesige Teilnehmerzahlen, verglichen mit den 90er Jahren. Inzwischen gehen oft sogar Hunderttausende Menschen auf die Straße, die Tendenz ist bisher ungebrochen. Dies ist aus zwei Gründen wichtig: Die Demos machen nach langer Zeit wieder ein **massenhaftes Unbehagen am Kapitalismus** öffentlich, das die Voraussetzung für eine Umwälzung der Verhältnisse ist. Zweitens sind sie für die Leute selber wichtig: viele machen zum ersten Mal solche Demoerfahrungen, schöpfen Stärke daraus, so viele zu sein – und

können den Schwung durchaus in ihre politischen Aktivitäten mitnehmen. Auf den großen Events treffen sich Leute, die in denselben Bereichen aktiv sind: Migration, Gentechnik, Arbeitslosigkeit usw..

4. Nicht erst die »Antiglobalisierungsbewegung« hat den planetaren Maßstab erfunden. Initiativen sind heute in der Regel **global** – im Unterschied zu lokal begrenzten Protesten gegen Entlassungen, Atommüllendlager, Nazis oder Sozialkürzungen – im Unterschied aber auch zum »Internationalismus« der Bewegungen Ende der 60er Jahre. Und damit sind nicht (nur) die Mobilisierungen gegen die Gipfel gemeint, sondern z.B. globale Mobilisierungen zu Migration und staatlichen Rassismus. In ihren kapillaren und weltweit vernetzten Diskussionen kommunizieren die AktivistInnen auch zwischen den Events über Kontinente hinweg, was von einer Renaissance des internationalen Politourismus begleitet wird.
5. Die AktivistInnen entstammen einer **neuen politischen Generation**. Die Mobilisierungen werden von jungen Leuten getragen, die sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre politisiert haben und die oft erfrischend unideologisch auftreten. Sie suchen nach einer offeneren, weniger hierarchischen Art der Organisation als sie sie etwa in Parteien vorfinden.
6. **In der BRD** sind die Events vor allem für Leute attraktiv, die mit ihrer Orientierung auf Teilbereiche an Grenzen gestoßen sind und jetzt *weiter gehen* wollen; es gibt ein proportionales Verhältnis etwa zwischen der Krise der Antifa und der Beteiligung am Gipfelsturm. In Ländern wie Frankreich, Italien, Belgien oder Britannien surfen die Mobilisierungen viel stärker als in der BRD auf breiten sozialen Bewegungen – hier haben die AktivistInnen dementsprechend auch ein sehr viel kritisches Verhältnis zum Event-Hopping.
7. Die Gipfeltreffen werden in einer Phase gestürmt, in der sich die Widersprüche unter den **Kapitalisten in der Krise** zuspitzen. Seattle, Prag usw. sind nicht wegen der Proteste gescheitert, sondern weil sich die Konferenzteilnehmer nicht mehr einigen können. Das spricht aber nicht gegen die GipfelstürmerInnen, sondern skizziert den möglichen Raum, in dem sich eine Bewegung entfalten könnte: Die Rezession ist nicht

vorbei, die Telekommunikationsindustrie befindet sich im freien Fall, die Türkei, Argentinien, Japan sind nur die bekanntesten Fälle von Ländern am Rande des wirtschaftlichen Kollaps – und Argentinien ist zudem ein Land, in dem die Menschen den Kampf gegen die Krise aufgenommen haben. In einer solchen Situation können Bewegungen vielfach stärkere Dynamiken als in stabilen Verhältnissen entfalten.

8. Auch deswegen kann die Bewegung **Vorläufer** von viel weitergehenden sozialen Aufbrüchen sein.

Aus all diesen Gründen ist es aber auch schwer, von *einer* »Bewegung« zu sprechen: Erstens ist das, was bisher hierzulande an die Oberfläche tritt, keine soziale Bewegung. Zweitens macht es gerade die Stärke der verschiedenen Initiativen aus, daß sie nicht *eine* Bewegung, sondern *vielen* ist. Darüberhinaus ist der *Begriff* schwierig und mißverständlich: als in den 80er Jahren die »NSB« (Neuen Sozialen Bewegungen) zu einem universitären Forschungsobjekt wurden, ist er von »radikalen Reformisten« wie Joachim Hirsch, Roland Roth u.a. umgedreht worden. War in den 60ern und frühen 70ern das *movement* selbstverständlich eine subversive, revolutionäre Angelegenheit, so versteht man seither darunter eine Mobilisierung, die auf Teilbereiche beschränkt ist und letztlich auf Integration in den bürgerlichen Staat abzielt. Die Totalität des Kapitals als Ausbeutungs- und Klassenverhältnis wird dabei ausgeblendet.

Wichtiger als das Problem des *Begriffes* ist aber der erste Aspekt: »Bewegung« meint nicht einfach massenhaftes Verhalten in bestimmten, abgegrenzten Situationen, wie es die Proteste anlässlich der Gipfeltreffen darstellen; »soziale Bewegung« bedeutet immer *massenhaften* Bruch mit dem Bisherigen auch im eigenen Leben. Die »Antiglobalisierungsproteste« sind spektakulärer Ausdruck eines verbreiteten Unbehagens am Kapitalismus; aber auch die vielen untergründigen Strömungen und Netze sind bisher viel mehr *politische* Strukturen, und bestenfalls minoritäre Vorläufer von sozialen Bewegungen. Das Tragende sind bisher die »AktivistInnen« und nicht soziale Dynamiken. Das ist kein Vorwurf, der ausgerechnet den Aktiven zu machen wäre – aber gerade weil sie dieses Problem selber sehen, laufen sie womöglich in eine von zwei Fallen: sich selbst als schon »antikapitalistische Bewegung« zu imaginieren und/oder mit Soft-Avantgarde-Vorstellungen zu hantieren, die darauf rauslaufen, daß die anderen Menschen

mehr oder weniger so zu werden haben, wie sie schon sind. Gerade Argentinien zeigt, daß das Herangehen »wir basteln uns eine Bewegung« weit hinter dem zurückbleibt, was reale soziale Dynamiken erzeugen können. Vorfabrizierte Konzepte, wie eine Bewegung aussehen solle, können sogar reale soziale Prozesse blockieren (siehe Beilage, S. 20ff.).

Insofern sie in ihrer Praxis ein anderes gesellschaftliches Handeln realistisch erscheinen lassen, können die Mobilisierungen aber sehr fruchtbar werden und mit ihren Aktionen den gesellschaftlichen Raum öffnen, in den andere dann nachstoßen können. In ihrer Ausrichtung auf das gesellschaftliche Ganze gehen die Aktionen über die thematische Beschränktheit der »Neuen Sozialen Bewegungen« hinaus. In ihrer Kontinuität überwinden sie auch die Begrenztheit der politischen Praxis in den 90er Jahren, die sich immerzu als »Kampagne« organisierte.

Wenn im folgenden von »Bewegung« geschrieben wird, müssen diese Schwierigkeiten mitgedacht werden.

## **Globalisierung?**

Obwohl es auch nach dem Ende der Bewegungen der 60er und 70er Jahre immer wieder zu teilweise großen Mobilisierungen kam, wie etwa den *poll tax riots* in Großbritannien 1990, haben diese nie eine solche Kontinuität entwickeln können, wie die Demonstrationen der letzten Jahre. Was bringt die verschiedenen Positionen aber gerade jetzt zusammen, was ist die Basis für Hunderttausende, sich nach so langer Zeit erstmals wieder massenhaft auf die Suche nach »einer anderen Welt« zu machen? Weltweit sind Menschen in Bewegung gegen die Auswirkungen von etwas, das als »Globalisierung« bezeichnet wird, und das sie in ihrem Kampf dagegen anscheinend vereint: gegen die Monopolisierung der Kultur, die Vereinheitlichung des Essens, des gesamten Lebens einerseits, gegen die fortschreitende Intensivierung der Arbeit, und gegen breite Verarmungstendenzen andererseits. Dieser Widerstand gegen die »Globalisierung« ist in verschiedener Hinsicht widersprüchlich. Es war und ist gerade der westliche Lebensstil, der vielen Menschen auch als erstrebenswert erscheint. »Globalisierung« wird ideologisch oft mit dem weltweiten Durchmarsch des Kapitals, mit seiner Allmacht, mit seiner Fähigkeit, die Welt seinen Bedürfnissen unterzuordnen, gleichgesetzt. Das Gegenteil ist der Fall: »Globalisierung« ist vor allem eine

Fluchtbewegung des Kapitals gewesen, die als Reaktion auf die Stagnation in den Metropolenländern seit Anfang der 70er Jahre zu entschlüsseln ist. Weltweit wurde eine neue Arbeitskraft rekrutiert und in Bewegung gesetzt. Vor allem in Südostasien hat dieser Prozess bis Mitte der 90er Jahre Industrialisierung und Proletarisierung in einem bis dahin einzigartigen Umfang vorangetrieben.

Spätestens als die südostasiatischen Ökonomien und in ihrem Gefolge andere Länder, wie Russland oder Brasilien, in der zweiten Hälfte der 90er Jahre in die Krise gerieten, hatte sich die »Globalisierung« als ideologisches Bild einer erfolgreichen kapitalistischen Verwertung blamiert. Was bis dahin als erfolgreiche Kur gegen die Krise der westlichen Ökonomien gegolten hatte – der ökonomische Liberalismus – geriet auch von bürgerlicher Seite zunehmend in die Kritik. Vor diesem Hintergrund konnten sich Vertreter der aufständischen mexikanischen Zapatisten mit Madame Mitterand treffen, hierher rührt der Appell an die »Zivilgesellschaft«, der darauf vertraut, offene Ohren für die eigene Position zu finden. In der Kritik am Neoliberalismus oder an der Globalisierung treffen sich die mexikanischen »Indígenas« mit europäischen Ex-Finanzministern.

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre waren – mit Ausnahme Spaniens – überall in Westeuropa »linke« Regierungen an die Macht gekommen. Das war eine Reaktion auf die Auswirkungen »neoliberaler«, »thatcheristischer« Politik der Mitte-Rechts-Regierungen. Aber gerade die (ehemals?) sozialdemokratischen Regierungen erwiesen sich als die brutaleren Vollstrecker der Globalisierung und Vertreter einer kapitalistischen Offensive. Sie haben die steckengebliebenen Versuche ihrer konservativen Vorgänger, die Sozialsysteme in den kapitalistischen Industriestaaten den neuen Erfordernissen anzupassen, konsequenter vorwärtsgetrieben, als es ihren Vorgängern möglich gewesen war. In Reaktion darauf geht das breite Unbehagen – noch verstärkt durch die immer wieder aufbrechende kapitalistische Krise – gegen den Kapitalismus und seine Verwalter in Politik und Wirtschaft wieder stärker auf die Straße. Und entsprechend finden wir in der »Antiglobalisierungsbewegung« auch alle sozialen Gruppen, die dieses Unbehagen teilen. Neben den Dauerbrennpunkten, wie etwa Indonesien oder Argentinien, gibt es auch in Europa und den USA Kämpfe von MigrantInnen, illegalen wie legalen. Die Globalisierung kommt hier, wenn auch noch marginal, als sich entwickelnder Kampfzyklus einer globalen Arbeitskraft an.

## Aktuelle Situation

Ins öffentliche Bewusstsein ist diese »Bewegung« mit den Protesten gegen die WTO-Tagung in Seattle im November 1999 getreten. Entlang der Treffen der G8, des IWF und der Weltbank kam es zu einer nicht abbreißenden Kette von Protesten. Nach den Ereignissen des letzten Jahres in Göteborg oder Genua, wo die teilweise militanten Auseinandersetzungen zwischen Polizei und DemonstrantInnen für eine breite Beachtung in den Medien sorgten, ist es inzwischen schwieriger geworden, die Proteste wahrzunehmen.

Nach den massiven Angriffen der Bullen auf die DemonstrantInnen in Genua war die Frage, ob sich die Leute überhaupt weiter auf die Straße trauen würden, oder ob das Kalkül des Staates aufgehen würde, ihnen mit der massiven Repression ihre Grenzen aufzuzeigen. Aber die Mobilisierungen sind nicht abgerissen und haben an Umfang oft sogar noch zulegen können. Nachdem im März und Mai Hunderttausende gegen die EU-Gipfel in Spanien demonstrierten, und das IWF/Weltbank-Treffen in Washington D.C. ebenfalls von Protesten mit bis zu 100 000 Teilnehmer/inne/n begleitet war, kann von einem »Verschwinden« der Proteste keine Rede sein, auch wenn sie inzwischen weniger mediale Beachtung finden. Das mag einerseits Strategie sein, denn die Bewegungen haben ihre Dynamik bisher auch aus ihrer medialen Verarbeitung gezogen (*copy cat*), andererseits haben die Proteste gerade durch ihre Kontinuität ihren für die bürgerlichen Medien spektakulären Charakter verloren.

Abseits des Medieninteresses brechen die regelmäßigen Proteste weder ab, noch büßen sie an zahlenmäßiger Stärke ein. Spätestens in Genua hatte sich ein Spektrum eingefunden, das weit über die Militanten von *Reclaim the streets* (RTS) oder *Peoples global action* (PGA) hinausging, die bis dahin die Aktionen dominiert hatten (vor allem in Prag und Göteborg). Die 300 000 DemonstrantInnen von Genua waren zu einem großen Teil aus der näheren Umgebung oder zumindest aus Italien selbst. Damit konnte die Isolation der Proteste, wie sie für frühere Mobilisierungen prägend war, durchbrochen werden. Die »Bewegung« bekam Tuchfühlung zu Protesten, die sich nicht nur gegen die Politik der EU, der Weltbank, des IWF oder der WTO wenden, sondern auch gegen die Politik Berlusconi und der italienischen Unternehmer – und sie nahm Kontakt zu anderen sozialen Subjekten auf (Arbeiterjugend, soziale Zentren, MigrantInnen) und löste somit ein, was Seattle versprochen hatte! Diese Proteste haben in Italien ihren vorläufigen Höhepunkt in den Demonstrationen gegen die Arbeitsrechtsänderung vom

23. März (zwei Millionen DemonstrantInnen in Rom) und dem Generalstreik vom 16. April 2002 (13 Millionen Streikende) gefunden.<sup>1</sup>

Auch die 500 000 DemonstrantInnen Mitte März in Barcelona kamen zum größten Teil aus Spanien selbst. Das ist einerseits positiv, weil es die lokale Verankerung zeigt. Außerdem bleiben Demos von diesem Ausmaß nicht ohne Folgen für die gegenseitige Wahrnehmung der Beteiligten. Andererseits wirft es die Frage auf, ob und wie die »Event-Hopper« mit der neuen Situation umgehen. Waren bislang die politischen Bezüge vor allem auf Bewegungen in der »Dritten Welt« gerichtet (die EZLN in Mexiko, die Landlosenbewegung MST in Brasilien...), bieten sich nun neue Anknüpfungspunkte für die politischen AktivistInnen.

Die bisherigen Erfolge der Aktionen bestanden zum Teil darin, dass – zumindest bis Genua – in den Medien mehr über die Proteste als über die eigentlichen Gipfeltreffen, Tagungen, o.ä. zu erfahren war. Darüberhinaus haben die nicht abreißenden Proteste dazu geführt, dass Treffen abgesagt, verschoben oder verkürzt wurden. Weltbank, IWF oder WTO konnten sich nicht mehr ungestört, wann und wo sie wollten, treffen. Das ist zwar nicht wenig, es ist aber auch nicht zu leugnen, daß den Herren der Welt die Militanz auf der Straße zuweilen ganz recht kam, konnten sie doch das Scheitern der Konferenzen auf die gewalttätigen Protestierer schieben und versuchen, die massiven Widersprüche untereinander (Stahl- und Landwirtschaftssubventionen; Strafzölle, Regulierung der Finanzströme; Schuldenmanagement usw.) dahinter zu verstecken.

Aus solchen Sackgassen kommen Bewegungen nur raus, wenn sie aus dem »Anti-« rauskommen; ob »Antiglob« oder »Antikap«: der Schritt nach vorn kann nur darin bestehen, die sozialen Kämpfe in allen Teilen der Welt wahrzunehmen und sich zu ihnen (kritisch) in Beziehung zu setzen.

## **Ideolog(ie)en in der »Bewegung«**

Die Mischung der Leute, die die Proteste tragen, ist nach wie vor vielfältig: Attac, Grüne, Gewerkschaften, KommunistInnen, Linksradikale. Während

---

<sup>1</sup> Zu den Schwierigkeiten der Kämpfe in Italien, die gewerkschaftliche Kontrolle zu überwinden und eine konkrete Solidarität zwischen verschiedenen Kämpfen zu praktizieren, siehe die beiden Artikel zu Italien in der Beilage.

Medien und PolitikerInnen immer noch von »Antiglobalisierungsbewegung« reden, und sich auch viele der AktivistInnen so verstehen, ist der Rahmen während der Proteste weiter gesteckt. Vor allem linksradikale Gruppen wollen mit ihrer Kritik an der »Globalisierung« den ganzen Kapitalismus treffen – bleiben aber oft dabei stecken, die Ablehnung der kapitalistischen Verhältnisse nur zu behaupten und in ihrer Praxis den Unterschied zu den »globalisierungskritischen« Positionen nicht wirklich deutlich machen – in Genua ist deutlich geworden, daß eine radikale Position sehr leicht in die Sackgasse läuft, die sich von reformistischen »Mitstreitern« nur durch direkte Aktion und Militanz unterscheidet.

Das Verhältnis zwischen »Antikapitalismus« und »Antiglobalisierung« ist weitgehend ungeklärt. Vor allem in Frankreich, aber auch in den USA richtet sich ein großer Teil der Bewegung gegen den »Neoliberalismus« oder die »Globalisierung«. Diese wird als aktuelles Projekt zur Zurichtung der Welt für die Bedürfnisse des Kapitals verstanden und oftmals aus der Perspektive der »Opfer« heraus kritisiert. Zur Disposition steht nicht die Ausbeutungsgesellschaft als Ganzes, sondern die »Auslieferung« des Lebens an den »Markt« und die Kapitulation der Politik vor der Wirtschaft. Die Globalisierung erscheint vielen als der große »Gleichmacher«, der von oben die Lebensverhältnisse bestimmt, Identitäten zerstört, alles Leben in Ware verwandelt. Dem setzen die »Antiglobalisierer« die Idee entgegen, durch ein Mehr an staatlicher Regulierung, etwa über Steuern (Tobin-Steuer), und eine »Demokratisierung« der Wirtschaft, wären die schlimmsten Auswüchse der neoliberalen Politik der letzten 15 Jahre zu korrigieren. Organisationen wie Attac und andere NGOs setzen auf einen Dialog mit dem Staat und seinen Institutionen. Sie sind in dieser Richtung inzwischen noch einen Schritt weiter gegangen und positionieren sich nicht mehr »gegen die Globalisierung« sondern »für eine andere Globalisierung«. Dabei meinen sie keine »Globalisierung von unten«, sondern sie debattieren z.B. in Porto Alegre tatsächlich darüber, welche Weichenstellungen sie für eine erfolgreiche Kapitalverwertung für richtig halten. Kein Wunder, daß sie auch bei denen Zustimmung finden, gegen die sie augenscheinlich protestieren,<sup>2</sup> denn die

---

<sup>2</sup> So zeigte Gerhard Schröder Verständnis für »friedliche Gegner der Globalisierung«: Mit ihrer Kritik an ungleichen Handelsbeziehungen oder Finanzspekulationen stünden sie nicht allein, schrieb er in der »Welt am Sonntag« nach den Protesten gegen die IWF/Weltbank-Tagung am 20. April 2002 in Washington. Weltbank-Präsident James Wolfensohn sagte

Besorgnis über das weitere Schicksal des Kapitalismus hat in den letzten Jahren breiteste (links- *und* rechts-)bürgerliche Kreise erreicht. Attac und andere Organisationen funktionieren als Brücke zwischen den Protesten und den kapitalistischen Sachwaltern.

Ihnen stehen AnarchistInnen oder *direct action*-AktivistInnen mit ihrem postulierten »Antikapitalismus« gegenüber. Sie organisieren teilweise Gegenveranstaltungen zu den großen, z.B. von Attac dominierten, Protestaktionen. Sie lehnen den Dialog mit dem Staat ab und sind oft Träger der militanten Auseinandersetzungen am Rande der Gipfel-Treffen. Ihnen reicht es nicht, gegen die »Globalisierung« zu sein, sie wollen eine Kritik am ganzen Kapitalismus als Gesellschaftssystem formulieren. Gerade *direct action*-AktivistInnen haben inzwischen auch Kritik an den Events geäußert und fahren teilweise selbst nicht mehr hin.

Bei größeren Treffen, wie der »Bundeskoordination Internationalismus«, die Mitte Mai in Frankfurt (Main) stattfand, kommt es zwar zu Diskussionen zwischen Vertretern beider Positionen, bei den Protesten selbst stehen diese aber ziemlich unvermittelt nebeneinander. Einige der jungen AktivistInnen halten die Frage nach den radikalsten Inhalten, nach »Reformismus oder Revolution« für philosophisch oder ihren eigenen Fragestellungen nicht entsprechend. Das könnte daraus resultieren, dass bisher noch keine ernsthaften praktischen Konsequenzen zu sehen sind, die sich auf einen radikalen, kapitalismuskritischen Ansatz stützen.

Die »Bewegung« ist also in ihrer politischen Zusammensetzung sehr heterogen. Im wesentlichen lassen sich vier Hauptströmungen benennen, die sich nicht immer deutlich voneinander trennen lassen, da sie in verschiedenen Netzwerken und Organisationen (PGA, Attac) zusammenkommen und kooperieren.

### *Linksbürgerliche Positionen*

Hierunter sind linksliberale und bürgerlich-moralische Positionen zu fassen, deren prominenteste Vertreterin vielleicht Naomi Klein ist.<sup>3</sup> Die Ideologie dieser Position kritisiert nicht das Kapital als gesellschaftliches Verhältnis,

---

in Prag, »die jungen Leute auf der Straße stellen die richtigen Fragen«. Der ehemalige Weltbankchef Joe Stieglitz spricht sich allerorten für die Antiglobalisierungsbewegung aus ...

<sup>3</sup> Eine Kritik von Naomi Kleins Buch »No Logo!«, in dem sie ihre Ideen über eine andere, gerechtere Welt vorstellt, findet sich im Wildcat-Zirkular 59/60.

sondern lediglich seine aktuelle Form, die »Globalisierung«, sie wollen eine »andere Globalisierung«. Hier findet auch das bürgerliche Unbehagen gegen den »Casinokapitalismus« oder die »entfesselten Marktkräfte« seinen Platz. Die Vertreter dieser Strömung richten sich gegen die Macht multinationaler Konzerne, sprechen über die »moralische Verantwortung, Arbeitsplätze und Wohlstand zu teilen«. Sie haben die öffentliche Wahrnehmung der Bewegung am meisten geprägt. Ihr Spektrum reicht von kirchlichen Gruppen über den französischen »Bauernpolitiker« José Bové und Bürgerrechtsgruppen bis zu Linksliberalen, SozialdemokratInnen und Grünen. Ihnen geht es in letzter Instanz um einen »Kapitalismus mit menschlichem Antlitz«.

#### *Ya Basta! / Tute Bianche / Disobbedienti*

In der Zeit zwischen Seattle und Genua spielten die Tute Bianche der italienischen Ya Basta!-Szene in den europäischen Mobilisierungen eine wichtige Rolle. Sie organisierten Zugbesetzungen, traten offen militant gegen die Bullen auf, sie waren zahlreicher als der »schwarze Block« und aufregender als die traditionelle Linke oder die moralisierende Kirchengruppe. In Großbritannien und Australien gibt es Gruppen, die sich auf sie beziehen (Wombles und Wombats); FeLS versucht, sich als deutscher Vertreter der Tute Bianche zu präsentieren.

Die Militanz der Tute Bianche war oft inszeniert, ihre Aktivitäten richten sich an die »Zivilgesellschaft«, ihre Organisation ist streng hierarchisch.<sup>4</sup> Theoretisch sind sie mit Antonio Negri verbandelt, ihr Standpunkt ist kein Klassenstandpunkt, sondern der des bürgerlichen Subjekts: es geht um Bürgergeld und »universelle Rechte«. Ihr militantes Auftreten und ihre inhaltliche Ausrichtung weisen sie als »radikale Reformisten« aus.

#### *AnarchistInnen / direct action-AktivistInnen / Black Bloc*

Die britische *Reclaim the streets*-Bewegung (RTS) und die amerikanische *direct action*-Szene sind stark anarchistisch geprägt. Sie haben die Bewegung dort stark beeinflusst – anders als etwa in Frankreich, wo neben den Linksbürgerlichen vor allem traditionelle Linke tonangebend sind. Nach dem Riot im Londoner Finanzviertel vom 18. Juni 1999 – dem ersten *global action day* – ergaben sich auch Kontakte der eher am Klassenkampf orientierten älteren Anarcho-Szene zu RTS, was im angloamerikanischen Raum

---

<sup>4</sup> Zur Kritik der Tute Bianche gibt es im *Wildcat-Zirkular* 59/60 einige Artikel.

weitergehende Diskussionen um Militanz und politisches Soldatentum ausgelöst hat. Bei den Protesten in Seattle und Quebec haben die jugendlichen, meist anarchistisch orientierten *direct action*-Gruppen eine wichtige Rolle gespielt. In Europa finden sich solche Gruppen im »black bloc«, zu dem sicher auch deutsche Antifas zu zählen sind, die sich nicht unbedingt als »Anarchisten« verstehen würden.

Der »Schwarze Block« verfolgt keine spezielle politische Ideologie, er hat vielmehr die Tendenz zum Militanzfetisch, wo Gewalt die Inhalte ersetzt. Gerade die Ferne zu sozialen Bewegungen macht die Militanz des »Schwarzen Blocks« zu einer »symbolischen Militanz«, die aufgrund fehlender eigener Inhalte die politischen Forderungen der Linksbürgerlichen unterstützt (bewusst oder unbewusst).

Darüberhinaus gibt es unzählige Kleingruppen, die direkte Aktionen machen oder sich in bestimmten sozialen Situationen festgesetzt haben (Migration, Nulltarif ...), diese aber im globalen Zusammenhang thematisieren und beackern. Von ihnen ist natürlich in den Medien nicht viel zu sehen.

### *Traditionelle Linke*

Während sich in England und Frankreich vor allem trotzkistische Gruppen wie die *Socialist Workers Party* an die Bewegung hängen, finden sich in Deutschland PDS, DKP und Linksruck, der sich in einigen Städten in den Attac-Strukturen aufgelöst zu haben scheint, im Fahrwasser der »Bewegung«. Lauthals revolutionäre Sprüche skandierend, verbreiten diese Gruppierungen (links-)bürgerliche Positionen und Praktiken: zuerst den Bezug auf den Staat, an den sie ihre Appelle für eine »andere Welt« richten.

Traditionelle Linke versuchen unter anderem, Gewerkschaften als »antikapitalistisch« zu präsentieren. Allerdings läßt sich hierzulande bisher kaum eine gesteigerte Sympathie für die Gewerkschaften bei den ArbeiterInnen feststellen, wohl aber bei Leuten, die sich wieder auf die Suche nach der »sozialen Frage« oder nach einer »antikapitalistischen« Praxis machen. In anderen Ländern stellt sich das anders dar. Die Massendemonstrationen in Italien verweisen zumindest auf ein größeres Mobilisierungspotential der Gewerkschaften als hierzulande.

## Staatliche Umarmungsversuche und Repression

Entlang der beschriebenen Differenzen gibt es staatliche Spaltungsversuche, indem ein selektiver Dialog mit bestimmten NGOs geführt wird. Hier setzen vor allem Weltbank oder IWF an den Gemeinsamkeiten zwischen ihren Positionen und denen vieler NGOs an. Faktisch sind zahlreiche NGOs in die Projekte der Weltbank eingebunden, mehr als die Hälfte (54 Prozent) der Weltbank-Projekte laufen unter Beteiligung von NGOs. Vor allem das Weltsozialforum in Porto Alegre ist ein Platz des kritischen Dialogs mit den Institutionen der Globalisierung, dem IWF und der Weltbank.

Andererseits sind die polizeilichen Aktionen gegen die Proteste bis auf wenige Ausnahmen sehr brutal gewesen. Das Gewaltlevel ist dabei von den Tränengaseinsätzen in Seattle bis zu den Schüssen von Göteborg oder Genua immer weiter gesteigert worden. Die Repression richtete sich zum Teil gezielt gegen die Infrastruktur (indymedia-center in Genua) der »Bewegung« und gegen betont nicht »militante« Demonstranten. Auch während der jüngsten Proteste kam es zu Polizeiübergriffen auf »friedliche« Demonstranten, wie die *critical mass*-Demonstration in Washington. Dass es bislang nicht zu einem neuen Angriff im Ausmaß der Genua-Proteste gekommen ist, kann mit einer veränderten Strategie des Staates zusammenhängen. Während die früheren Proteste (Seattle, Prag, Genua) sehr von der Berichterstattung profitiert hatten, ist, wie schon erwähnt, über die jüngsten Mobilisierungen wenig zu hören.

Die Bullen arbeiten inzwischen auf internationaler Ebene zusammen und tauschen Daten aus. Das ist vor allem an Reisebeschränkungen, Meldepflicht und Einreiseverboten zu spüren, von denen zahlreiche AktivistInnen betroffen sind. In der BRD kommen dabei z.B. Gesetze zur Anwendung, die ehemals über Hooliganausschreitungen, etwa zur WM in Frankreich, legitimiert worden waren. Darüberhinaus gibt es nach dem 11. September 2001 den gesamteuropäischen Versuch, über »Anti-Terror«-Gesetze typische Aktionsformen sozialer Bewegungen, wie Besetzungen oder Blockaden, als »terroristisch« einzustufen, auch wenn es bisher keine Terrorismus-Vorwürfe gegen solche Aktionen gab.

Der Kriminalisierungsaufwand und die Brutalität, mit der gegen die Proteste vorgegangen wurde, lassen sich nicht aus ihrem eigenen Bedrohungspotential erklären, das sich im Wesentlichen gegen Gipfeltreffen und andere Großereignisse richtet. Aber diese Bewegungen könnten ein Klima für einen weiter- und tiefergehenden Protest schaffen, weltweite soziale

Bewegungen befördern, die den Kapitalismus viel ernsthafter in Frage stellen, als sie selbst das können – gegen diese Gefahr richtet sich der Gewaltapparat des Staates. Die Möglichkeit einer weitergehenden und umfassenderen Protestbewegung zeigt sich bereits in den letzten Mobilisierungen vor allem in Spanien aber auch den Massendemonstrationen und Streiks in Italien.

## **Zwischen Zivilgesellschaft und Bewegung**

Die Akzeptanz, die die Kritik an der »Globalisierung« auch innerhalb der bürgerlichen Politik und der zugehörigen Öffentlichkeit hat, die Zustimmung, die die Aktivisten von Clinton, Wolfensohn, Schröder, Stieglitz usw. erhalten haben, schufen einen Raum, bestimmte Dinge zu artikulieren – und einen Rahmen, in dem sich die Proteste bewegen können. Hier zeigt sich gleichzeitig das große Problem der »Bewegung«: wenn sie sich inhaltlich auf »Antiglob« kanalisieren läßt, und über die entsprechenden Organisationen, die eine solche Kritik formulieren (Attac) und institutionalisieren, in den kapitalistischen Staat integrieren läßt, gibt sie nichts als den kritischen Dialogpartner für die Herrschenden ab. Ob in Prag oder in Porto Alegre, ob in den Reihen von Attac oder in einer der zahllosen NGOs, die die »Globalisierung« kritisch begleiten und ein wenig »menschlicher« gestalten, die globalisierungskritischen Netzwerke haben heute oft die Rolle einer global kommunizierenden Sozialdemokratie, die mit den Institutionen des IWF oder der Weltbank verwoben ist, und die den sozialen Kitt für die kapitalistische Entwicklung effektiver liefern kann, als es diese Institutionen oder die korrupten Staats- und Parteiapparate jemals könnten.

Aber die »Bewegung« ist auch etwas anderes. Vor allem die jungen AktivistInnen machen sich auf die Suche nach einer anderen Welt. Sie nehmen Diskussionen auf, die jahrzehntelang verschüttet waren, und führen sie weiter. Während der Proteste gelingt es ihnen immer wieder, deutlich zu machen, dass es ihnen nicht um Integration oder einen Dialog mit dem Staat geht. Sie lehnen staatliche Vermittlung ab, suchen nach eigenen Aktions- und Ausdrucksformen und bringen damit einen Protest auf die Straße, dem es um mehr geht, als die menschlichere Gestaltung der alten Ausbeutung. Uns geht es vor allem um diesen Aspekt. Den Unmut über die kapitalistischen Zumutungen spüren Menschen weltweit. An vielen Orten haben sie den Kampf für ein besseres Leben schon aufgenommen, bevor irgendjemand

von »Antiglobalisierungsbewegung« geredet hat. Aber meistens ist dieser Unmut noch viel untergründiger, drückt sich nur selten in offenen Kämpfen aus, die sich darüberhinaus fast nie in Beziehung zueinander sehen. Die noch verborgene Widerspenstigkeit kommt in den Mobilisierungen zutage, die »Bewegung« steht für etwas, das sie selbst nicht ist, von dem sie nur eine Ahnung vermittelt.

Die Proletarisierungs- und Migrationsprozesse haben weltweit zu einer neuen Zusammensetzung der Arbeitskraft geführt, die sich inzwischen auch in ihren aufkeimenden Kämpfen ausdrückt. Die »Antiglobalisierungsbewegung« kann Vorbote und Wegbereiter einer viel breiteren Bewegung gegen das Kapital sein. Die Reaktionen des Staates – Integrationsversuche einerseits, brutale Repression andererseits – zeigen nur, dass die Sachwalter des Kapitals das schon verstanden haben.

Es ist an der Zeit, dass die Bewegung *selbst* das auch versteht - und daraus eine auf diese sozialen Prozesse gerichtete Praxis entwickelt. ■

## »... daß Politik auch Spaß machen muß...«

*Das Folgende ist ein Gespräch mit zwei jüngeren Leuten aus Frankreich und der BRD, die sich als Teil einer neuen Bewegung begreifen. Beide stehen für sehr minoritäre, radikale Positionen innerhalb dieser Bewegung, insofern kann das Gespräch nicht dazu dienen, unsere Thesen zu dieser Bewegung zu belegen. Trotzdem ist für uns aus mehreren Gründen hochinteressant:*

- \* *Es zeigt den Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich; in Frankreich spüren die AktivistInnen ständig, daß sie vor dem Hintergrund von vielen sozialen Bewegungen handeln und sich entwickeln; in Deutschland erleben die AktivistInnen den eigenen Politisierungsprozeß viel stärker als individuelle, existenzielle Entwicklung, »Radikalisierung« verläuft oft über Distanzierung von Positionen, indem man sie anderen – z.B. 'den Autonomen' – zuschreibt, obwohl man inhaltlich praktisch das gleiche vertritt.*
- \* *Die Suche der AktivistInnen in der BRD nach organisierterem, radikalerem Herangehen führt zu schematischen »Lösungen«; das Gespräch gibt auch eine Ahnung davon, warum altbackene Interventionsgruppen wie Linksruck, Attac, Revolutionärer Aufbau usw. in solchen Bewegungen rekrutieren können – obwohl diese in ihrem realen Verhalten schon weiter waren.*
- \* *Es wird deutlich, daß die »events« wie Gipfelsturm, Grenzcamp usw. nicht nur wichtig sind, weil man die eigene Stärke darin spüren kann, daß der Feind angegriffen und gegebenenfalls blockiert wird; fast noch wichtiger ist, daß viele tausend Menschen sich spüren, sehen, feststellen: Wir sind viele! Viele andere Individuen und Gruppen machen das gleiche wie wir, arbeiten zu den gleichen Themen, stehen vor denselben Problemen, haben ganz ähnliche Erfahrungen gemacht, usw..*

*... und es ist natürlich nur ein erster Schritt ...*

**Madeleine:** 1994 bin ich mit 14 Jahren über meinen damaligen Freund bei der Jugendorganisation der Sozialistischen Partei gelandet. Ich wollte mich politisch engagieren und hatte gedacht, er sei in der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei. So bin ich durch Zufall in die Sozialistische Partei eingetreten und zwei Jahre lang geblieben. Mit 16 war mir dann klar, daß ich mit denen überhaupt nicht einverstanden war: eine große, autoritäre Partei, die zudem an der Regierung war! Zu der Zeit war ich im Gymnasium, und wir haben spontan mit anderen Freunden zusammen eine Zeitung gemacht und eine Schüलगewerkschaftsgruppe gegründet, um uns den Streiks der Studenten anzuschließen. In diese Zeit fiel der '95er Generalstreik, das Wort hab ich damals zum ersten Mal gehört, ich war aber noch zu jung, um mich dem anzuschließen. Im Nachhinein habe ich gemerkt, welch große Rolle dieser Generalstreik gespielt hat: alle jungen Leute, die ich danach getroffen habe, haben '95 am Streik teilgenommen.

1997, mit 17, bin ich zum Studium in eine andere Stadt gegangen. Dort wollte ich eigentlich in die Jugendorganisation der LCR eintreten, die JCR [rev. komm. Jugend], da sind nicht die Arbeiter, die sind bei der LO, sondern die Lehrer, die Funktionäre usw. – aber mein Freund hat zu der Zeit gerade die JCR mit derselben Kritik verlassen: autoritäre Strukturen usw.; so mußte ich diese Erfahrung nicht zweimal machen. Wir haben dann mit ein paar Freunden eine Studentengewerkschaftsgruppe gegründet, um einen Streik an der Uni zu organisieren; wir waren alle noch jung und ziemlich neu da, deshalb hatten wir wie bei jedem Studentenstreik – in Frankreich gibt es fast jedes Jahr einen – die Illusion: diesmal werden wir die Uni wirklich ändern! Wir haben [1998] sehr lange gestreikt, sechs Monate lang in der Uni geschlafen, mit großer Beteiligung usw. Es ging gegen die Privatisierung der Uni. Am Ende waren wir sehr frustriert; wir hatten die anderen Gewerkschaftsgruppen und ihr Spiel mit den Parteien kennengelernt; die sind stark verbandelt, kriegen Geld von der Partei, nur Gruppen, die zu einer Partei gehören, können mit dem Minister diskutieren usw. Das war ein weiterer Schritt in meiner Position zu Institutionen, der Kollaboration usw.

Am Ende des Streiks hatten wir deshalb viele Ideen. Wir wollten eine feministische und anti-homophobe Gruppe aufbauen, weil während des Streiks vieles passiert war, das uns zu der Überzeugung gebracht hatte, daß so eine Aktivität nötig sei. Zweitens haben wir gedacht, 'Kämpfen ist nicht genug', es ist problematisch, wenn die Studenten nur für sich kämpfen; wir wollten also mehr sprechen und nachdenken, und das mit anderen zusammen. Infos finden, um zu verstehen, was wir tun, und nicht nur auf der Straße sein. Deshalb haben wir mehrere Arbeitsgruppen gegründet, hauptsächlich zur Kritik der kapitalistischen Universität, aber auch zur Frage: wie

können wir unseren Kampf mit den Arbeitern zusammen führen? Während des Streiks hatten wir uns dieser neuen Gewerkschaft SUD angeschlossen und eine Studentensektion aufgebaut. SUD ist zwar die übliche »geheime« Trotzkiengründung, aber interessant ist, daß sie neue Methoden anwendet: direkte Aktionen wie Hausbesetzungen, Blockadeaktionen, ein bißchen Sachschaden. Und das hat uns wirklich interessiert, diese neuen Methoden, die Kreativität in der Sprache usw. Die Fernfahrer und andere Arbeiter von SUD haben uns während des Streiks auch geholfen; z.B. haben wir mit ihrer Hilfe in einer Nacht ein Haus auf das Campusgelände gebaut, um zu zeigen »wir sind da!«

**»...daß wir ein Netz von Freunden geworden sind,  
und daß aus einem Hobby ein Leben geworden ist...«**

Ich fand es interessant, daß wir ganz viele Leute waren, die sich im Streik politisiert haben und vorher keine Aktivisten gewesen waren. Im Endeffekt haben wir die feministische Gruppe gegründet und im Mai 1999 ein Festival mit Aktionen, Debatten, Filmen usw. organisiert. Um auf lokaler Ebene andere Leute kennenzulernen, haben wir v.a. Kontakt zu *Assoziationen* aufgenommen, zu Leuten, die sich zu Energie, Industrie, Verkehr, Frauen, Migranten usw. engagieren. Mit denen zusammen haben wir das Festival organisiert.

Das erstmal war nicht so gut, sehr schnell organisiert, nicht so viel Publikum usw., aber es war interessant und wir hatten so viele Kontakte gekriegt, daß wir uns entschieden haben, eine richtige Organisation nur für das Festival aufzubauen; das läuft seither jährlich und dadurch haben wir sehr viele Leute aus vielen unterschiedlichen Milieus kennengelernt: aus der Antiglobalisierungsbewegung, aus besetzten Häusern... Von da an gab es eine komische Mischung bei uns zwischen einer Radikalisierung des politischen Bewußtseins und der praktischen Methoden (die werden direkter, konfrontativer, auch illegal) – die zweite Richtung war: immer mehr Kreativität; Kunststudenten, Leute, die tanzten, Malereien, auch mit einer Kritik der Kunst als Institution und als Begriff.

Das Festival dauert eine Woche, im Rest des Jahres bereiten wir es vor oder ziehen Resümee. Außerdem laufen in Frankreich immer irgendwelche Arbeiterkämpfe oder andere Bewegungen, an denen wir aus Solidarität teilnehmen. Wir arbeiten auch zu speziellen Themen wie z.B. »kostenloser Transport« (Null-Tarif) und machen dazu auch Aktionen. Es gibt viele neue Gruppen zu unterschiedlichen Themen; es gibt verschiedene Zeitungen, andere organisieren Alternativkonzerte, ein Haus hat sich zum Anti-Psychiatriezentrum erklärt, usw.. Viele von uns haben ihr Studium

unterbrochen, wir reisen sehr viel. Ganz wichtig ist, daß wir ein Netz von Freunden geworden sind, daß aus einem Hobby ein Leben geworden ist; viele Leute sind rund um die Uhr aktiv, viele leben in besetzten Häusern zusammen.

Nach dem ersten Festival sind wir aus SUD rausgegangen, wir hielten es für unmöglich, weiterhin in dieser pseudotrotzkistischen Gewerkschaft zu bleiben, wenn viele Leute aufs Festival kamen, die anarchistisch beeinflußt waren oder sonstwie mit dem Trotzkismus nichts anfangen konnten. Wir haben auch unser eigenes Verständnis geändert. Deshalb haben wir eine eigenständige Gruppe aufgebaut, die keine Verbindung mehr zu SUD hat.

Ich habe in der Zeit auch noch spezielle Sachen gemacht; ich hab mich mit Freunden zusammen auf die Antiglob-Bewegung konzentriert. In Prag haben wir die Repression erlebt, und seither beschäftige ich mich besonders mit Fragen der Kriminalisierung, der Sozialkontrolle, der Repression usw.; ansonsten nehme ich in einem geografisch weiter gespannten Netz teil, wir machen Treffen und diskutieren über Texte; und solche Aktionen wie die antikapitalistische Karawane vor und nach Prag im September 2000. Zur Zeit arbeiten wir besonders zum No-Border-Camp.

Wir streiten v.a. über Industrialisierung und Naturalismus; manche beziehen sich sehr auf die Kämpfe im Süden der Erde, auf die Problematik Stadt/Land, Süd/Nord usw. – gegen die Multis, gegen gentechnisch veränderte Lebensmittel, Alternativenergie usw. ...

Es gibt viele Leute, die in unterschiedlichen Netzen organisiert sind, die sich treffen; ich kann nicht sagen, wie viele das sind und ob sie eine starke Bewegung sind, sicherlich sind das viele Leute, die sich wirklich treffen – die Informationen gehen sehr schnell rum; aber es gibt keine nationalen Kongresse oder so, und die allgemeine Stimmung ist auch so, daß wir so was nicht brauchen; wir wollen autonom bleiben, unsere eigenen Orte haben, die lokalen und globalen Thematiken miteinander verbinden, schnell reagieren können, aber in unseren Vierteln, unseren Städten und Dörfern lokal weiterkommen. Und natürlich brauchen wir auch frontale Kämpfe, wie soll ich sagen – »Klassenkämpfe« –, aber man braucht auch diese zweite, alternative Schiene: das eigene Leben ändern, kleine Alternativen entwickeln als Beispiele, daß etwas anderes möglich ist.

Wir sind gut organisiert, mehr an Organisationsstrukturen brauchen wir nicht. Manchmal haben wir Wandzeitungen gleichzeitig in mehreren Städten gemacht und dafür haben wir keine Organisation und keine Zentrale in Paris gebraucht, die gesagt hätte »macht das!«. Wir haben natürlich ständig Streit über unsere Organisation, daß es zuviel Hierarchie gebe usw.; aber für mich gehört das zu den täglichen Auseinandersetzungen, man braucht das nicht zu dramatisieren. Die »gut organisier-

ten« Trotzlisten mit ihrer Omnipräsenz – die gehen iberall hin und mischen sich ein – sind für mich ein abschreckendes Beispiel. Sie haben Antworten auf alle Fragen, deshalb können die anderen Leute sich nicht selbst entwickeln. Die hauptberuflichen Aktivisten geben alles vor, du hast kaum Möglichkeiten, dich selber (intellektuell) aktiv zu fühlen, das ist genauso wie mit Attac. Die Trotzlisten sind heute iberall: die sind SUD, die sind Attac, die sind Porto Alegre ...

**»...Wir sind gut organisiert, mehr  
an Organisationsstrukturen brauchen wir nicht...«**

**Fritz:** Mitte der 90er Jahre, etwa mit 15, hab ich angefangen, mich für Einpunktthemen zu interessieren: Umweltschutz, Krieg, Ausländer, Nazis, soziale Themen ... Ich bin mit Freunden zu Demos gegangen, hab Transparente gemalt usw. Dann bin ich mit Leuten aus dem ML-Spektrum in Kontakt gekommen und so habe ich mich mit Marx und Lenin auseinandergesetzt. Irgendwann hab ich mich von den Sachen auch wieder mehr distanziert, weil da zwar gute Ansätze vorhanden sind, aber ich gerade den Leninismus mit seiner Auffassung, daß die Leute angeführt werden müssen, doch nicht so gut finde. Für mich steht der selbstorganisatorische Ansatz im Vordergrund, die Leute müssen selber aktiv werden, selbst die Macht haben. Auch wenn es vielleicht Leute gibt, die sich mehr mit der Materie beschäftigt haben und gewisse Impulse geben können, aber das darf nicht so ausarten, daß die dann die anderen Leute beherrschen. Ich hab mehr und mehr die Illusionen verloren, daß es sinnvoll sein könnte, die PDS beim Wahlkampf zu unterstützen, oder reformistische Forderungen zu ibernehmen, um die Leute anzusprechen. Ich hab gemerkt, daß alles im Gesamtzusammenhang Kapitalismus steht und daß es Veränderungen nur aufgrund von sozialen Protesten gibt und nicht von Parteiaktionen, auch wenn Verbesserungen im Kapitalismus immer nur im kleinen Umfang möglich sind.

Zum Studium bin ich dann nach Berlin gezogen. Da war mein Interesse für Leute und Gruppen schon geweckt, die das Ganze in Frage stellen, und ich bin zur linksradikalen Szene gestoßen. Dann kamen die ganzen Antiglobalisierungsproteste, das war für mich ein positiver Bezugspunkt, weil sich Leute selber organisieren, weil da ein Potential von Leuten ist, die gemerkt haben, daß sie selber – sozial, durch Kriege, durch Umweltveränderungen – vom Kapitalismus betroffen sind. Nach Seattle bin ich dann gezielt zu einer solchen Gruppe gegangen. Wir haben zu den nächsten Gipfeln mobilisiert, Göteborg, Genua usw. Ich wollte nicht mehr irgendwelchen Sachen hinterherlaufen – wie z.B. Antifa, wo Kapitalismus höchstens am Rande thematisiert wird – sondern etwas machen, wo man radikale Kritik am Sy-

stem äußern kann. Eins unserer Hauptziele ist, vor allem normale Leute zu erreichen, die noch nicht so politisch sind und denen auch die Brüche aufzuzeigen, weil die Leute in ihrem Leben vom Kapitalismus betroffen sind und sich auch immer wieder ärgern – da müssen Revolutionäre ansetzen. Unsere Kritik an den klassischen Autonomen ist, daß sie stark subjektiv handeln, aber nicht unbedingt den Gesamtkontext sehen, daß sie sehr theoriefeindlich sind, sich inhaltlich nicht fortbilden, in ihrem Szeneghetto bleiben und nicht versuchen, auf normale Leute zuzugehen.

Es gab starke Mobilisierungen, es haben viele Leute an Genua und anderen Gipfeln teilgenommen, aber es ist immer noch ein relativ kleiner Kreis, der kontinuierlich dazu arbeitet und sich – so wie wir – als feste Gruppe organisiert und regelmäßig trifft. Wir machen Org-Kram und Soli-Geschichten, organisieren Konzerte, um uns zu finanzieren. Inhaltlich versuchen wir, nach den Aktionen Resümee zu ziehen, und wir beschäftigen uns mit bestimmten Themen, wie Argentinien oder was auf den Gipfeln besprochen wird. Nach außen kommt so was, wenn wir z.B. zu 'nem Gipfel mobilisieren, dann gibt's 'n Aufruf und dann müssen irgendwelche Inhalte stehen, die haben wir vorher in irgendeiner Form diskutiert.

Wir hatten mit dieser klassischen Gipfelmobilisierung angefangen und dazu unsere Propaganda gemacht: Aufrufe, Internet, Flugis, Pressearbeit, Plakate, Veranstaltungen usw. Wir haben auch immer aufgezeigt, was auf den Gipfeln besprochen wird, welche Leute sich da treffen. Um zu zeigen, wohin diese Politik führt und in welchem Kontext sie steht. Wir haben es auf jeden Fall inhaltlich thematisiert. Aber vielen Leuten ist es wahrscheinlich egal, wer sich da genau trifft; das sind halt irgendwelche Politiker, ob die nun Krieg, Sozialabbau oder sonst was besprechen; man ist generell gegen Kapitalismus, und fährt deswegen hin. Es waren schon ne Menge Leute auf den Gipfeln, die den Kapitalismus nicht verbessern, sondern insgesamt abschaffen wollen. Das kam ja nach Göteborg und Genua sogar in den bürgerlichen Medien durch. Für uns als Gruppe war das die Hauptmotivation: wir wollen das System an sich in Frage stellen und den Leuten aufzeigen, wie Kapitalismus funktioniert.

Wir haben recht schnell gemerkt, daß es nicht dabei bleiben kann, daß es keine Perspektive ist, von einem Gipfel zum anderen zu reisen. Die meisten Leute in unserer Gruppe waren vorher schon aktiv und so war es relativ schnell klar, daß wir auch vor Ort was machen wollen. Umweltzerstörung, Krieg, Armut, oder auch konkret auf Berlin bezogen und das in den Gesamtzusammenhang Kapitalismus gestellt. In Berlin gab es auch ein paar Projekte, die Proteste nach Göteborg und Genua, *global action days*, das soziale Zentrum oder die *soziale consulta*, damit wollten wir einen Anlaufpunkt für Interessierte schaffen. Es gibt auch ein Projekt, das sich mit

dem Thema Lohnarbeit auseinandersetzt... Manche Leute sind auch in anderen Gruppen aktiv und machen ohnehin vor Ort etwas, weil es letztendlich auch das einzige ist, was Sinn macht. Politik fängt konkret im eigenen Leben an. Es geht uns weniger um Globalisierung, sondern wir sind gegen Kapitalismus an sich, wir wollen eine herrschaftsfreie Gesellschaft und das ist im Kapitalismus nicht möglich. Wenn ich nur irgendwo hinfahre und protestiere, droht meine Politik abstrakt zu bleiben. Wir fordern die Leute ja auch immer auf, daß sie sich selber oder in bestehenden Strukturen organisieren.

**»...Wir hatten mit dieser klassischen  
Gipfelmobilisierung angefangen... – ...Wir haben recht  
schnell gemerkt, daß es nicht dabei bleiben kann...«**

Nach Genua gab es eine Zeitlang den Hype einer neuen Bewegung. Es haben sich einige neue Gruppen gebildet, das ist ein langwieriger Prozeß, eine Entwicklung. Aber es ist was in Gang gekommen, es befassen sich Leute mit der Thematik, einige organisieren sich, z.B. haben auch Antifa-Gruppen aufgrund von Genua angefangen, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen. Andererseits war nach Genua ein gewisses Loch da, vor allem weil die Leute, die das aktiv organisiert haben, relativ wenige waren. Nach Barcelona ist sehr wenig mobilisiert worden. Ich denk, das hängt auch damit zusammen, daß die Presse das nach Genua nicht mehr so gepusht hat und daß auch nicht mehr so viel passiert ist (in Brüssel z.B.).

M: Das ist diesselbe Entwicklung wie bei uns. Man hat das Gefühl, mehr über eine kollektive Strategie sprechen zu müssen, um zu wissen, wofür man die Sachen macht. Es wird komplizierter, zu Demos aufzurufen, weil wir nicht mehr wissen, wozu wir aufrufen. Ist es noch strategisch interessant, Blockaden zu machen mit vielen Leuten, sich der Repression auszusetzen, wenn wir das Überraschungsmoment verloren haben? Diese Diskussion läuft gerade bei uns, und deshalb zweifeln die Leute auch für sich selber: sollen sie selber weiterhin auf solche Demos gehen? Und dann wird es schwierig, andere Leute hin zu mobilisieren. Für mich hat die Frage schon nach Prag angefangen. Wir hatten im Vorfeld sehr viel gearbeitet, viel organisiert, und nach dem Gipfel hatte man das Gefühl, jetzt ist vielleicht Schluß mit den Mobilisierungen. Es könnte sinnvoll sein, weiterhin zu solchen Events zu fahren, weil man dort neue, junge Leute kennenlernt – aber die Zweifel überwiegen seit Prag, und das hat mit der Frage zu tun: wie kriegen wir die globalen Mobilisierungen lokal auf die Erde?

F: Ein weiterer Punkt ist, daß ein Gipfel nach dem anderen stattfindet, man kann doch nicht alle zwei Monate zu einem Gipfel mobilisieren! Wir wollen uns nicht in blindem Aktionismus verzetteln, sondern die Sache vernünftig vorbereiten und uns auch mit den Leuten vor Ort austauschen usw.

*W: Inwiefern haben die Mobilisierungen euer Leben verändert?*

F: Die Bewegung hat mein Verhältnis zu Lohnarbeit, wie ich mein eigenes Leben gestalte, ob ich Karriere mache, verändert. Da hab ich mir Gedanken gemacht und einiges geändert. Das Thema Globalisierung macht es möglich, mit vielen Leuten über alles zu reden, und so was wie in Argentinien ist motivierend und zeigt Möglichkeiten auf, wie sich die Leute organisieren, wie sich die Kämpfe entwickeln. Da kann man Erfahrungen draus ziehen.

M: Für mich ist wichtig, wie wir weiter »vor Ort« eingreifen können und zweitens wie wir uns selbst weiterentwickeln und unsere Vorstellungen genauer machen können. Es wird langsam deutlich, daß wir eine »Strategie« brauchen: was machen wir wozu? Ich selber habe mich stärker in die Entwicklung von Netzwerken gehängt, den Austausch mit anderen Formen der Bewegung: was ist der gemeinsame Punkt, worüber können wir größer werden, mehr Stärke für den Kampf gewinnen? Es gibt eine große Spannung zwischen den beiden Richtungen (alternativ/autonom vs. strategisch/frontaler Kampf), aber ich denke, das ist immer so. Es gibt eine Spannung zwischen Kleingruppe (Affinitätsgruppe) und Massenbewegung. In meinen Kreisen tendieren die Leute mehr zu affinitären Methoden, aber weil es in Frankreich ständig Streiks und große Massenbewegungen gibt, bleibt auch dieser Gedanke trotz allem prägend und die Leute sehen immer wieder, daß es gut ist, mit so vielen Leuten auf der Straße zu sein, daß ein kollektives Gedächtnis wichtig ist usw. Die Debatte bleibt offen darüber, welche Rolle wir als kleine Gruppe in einer solchen Massenbewegung spielen könnten.

**»...Es wird deutlich, daß wir eine »Strategie« brauchen...«**

*C: Wovon leben die Leute, mit denen du zusammen bist?*

M: Sie haben oft studiert oder hatten sogar einen Job; dann haben sie Häuser besetzt, ihr Studium unterbrochen oder ihren Job hingeschmissen. Sie haben im Moment keine Möglichkeit, an gut bezahlte Jobs ranzukommen, brauchen aber auch nicht soviel Geld, weil sie viel selber machen usw..

F: Bei uns haben die meisten Leute ihre Priorität schon mehr aufs Leben gesetzt als auf den Konsum, haben kein dickes Auto, das sie unterhalten müssen oder so. Entweder studieren sie noch und kriegen Bafög oder Geld von ihren Eltern, oder sie jobben, oder sie grasen staatliche Stellen ab (Sozialamt, Arbeitsamt o.ä.).

*Z: Redet ihr darüber, woher das Geld kommt?*

F: Nicht so detailliert. Die meisten schlagen sich halt so durch, so n richtig geregelten Job hat glaub ich keiner. Wenn ich 40 Stunden die Woche arbeite, hab ich nix mehr vom Leben. Wir leben nicht als Gruppe zusammen, aber die meisten leben in WGs, besetzten Häusern und Wagenburgen.

M: Das ist genauso wie bei uns mit dem Problem Arbeitengehen und Geld. Viele haben nur noch einen Studentenstatus, um leicht an Jobs ranzukommen. Als Gruppe lebt man auch viel billiger: wir zahlen keine Miete, wir kriegen das Brot umsonst, auf dem Markt kriegen wir das Obst billiger usw. Wenn von zehn Leuten in einem besetzten Haus zwei oder drei arbeiten, reicht das Geld zum Leben.

*Z: Bei uns in den besetzten Häusern hat jeder sein Geld selber behalten ...*

M: Auch bei uns wird nicht alles geteilt. Wenn die Leute nicht wollen, können sie ihr Geld auch behalten. Aber real geben ein paar Leute, die mehr verdienen, einen Teil ihres Geldes für die Allgemeinheit ab. Oder diejenigen, die arbeiten, geben mehr Geld, weil sie weniger am Haus machen.

*Z: ... ist gefährlich: der eine arbeitet am Haus, der andere gibt Geld ...?*

M: Bis jetzt hat niemand eine ständige Arbeit. Die Leute sind noch sehr jung, zwischen 19 und 25 in der großen Mehrheit.

*C: Gibt es Leute, die sagen, 'die Bewegung nimmt so stark zu und es ändert sich alles, es hat gar keinen Sinn mehr, daß ich an der Uni weiter studiere, wir müssen unser ganzes bisheriges Leben ändern, alles hinschmeißen und ganz in diese Bewegung einsteigen.' Gibt es eine solche Tendenz?*

M: Ich würde sagen »ja«, aber das ist relativ. Viele unterbrechen ihr Studium, es gibt Leute, die *nie wieder* arbeiten gehen wollen, andererseits ist es fast schon zynisch, wie wir die Erfahrung unserer Eltern sehen: sie wollten auch die Revolution machen und sind gescheitert. Viele halten einen Bruch (nicht mehr zu arbeiten usw.) nicht für die einzig mögliche radikale Strategie. Es gibt in der Bewegung sehr starke

radikale Tendenzen, die jeden Kompromiß ablehnen usw. – aber in dieser Gesellschaft ist es immer möglich, das Studium wieder aufzunehmen o.ä. In meiner Gruppe bin ich die einzige mit Studienabschluß, die anderen haben mit der Uni aufgehört.

*Z: ... die haben vielleicht aufgehört, sie können den Abschluß aber nachholen. Wie in der Bewegung in den 80ern: die haben jahrelang die Uni ruhen lassen, und als nichts mehr los war, ihren Abschluß gemacht ...*

F: ... ja das kannst du immer machen, oder?

*Z: Es gab ja auch andere, die haben mit dem Studium aufgehört und sind zum Arbeiten in die Fabrik gegangen.*

M: Es gibt auch Leute, die das Studium abgebrochen haben und arbeiten gegangen sind. Mit denen ist die Diskussion oft sehr schwierig, weil sie jetzt z.B. in 'ner Bank arbeiten und sich als Helden der Arbeiterklasse aufführen.

F: Meine politischen Aktivitäten haben mein Leben soweit verändert, daß ich mir schon überlege, was ich mit meinem Leben anfangen, ob ich irgendwann einen beschissenen Job mache, wo ich total viel arbeiten muß usw. Aber trotzdem hab ich immer Möglichkeiten, das zu ändern, auch wenn ich das Studium abgebrochen haben sollte!

*C: Gibt es in der Bewegung die Tendenz, daß viele Leute nicht so weiterleben wollen wie bisher? Mir ist das zu existenzialistisch, wie dieser 'Bruch' thematisiert wird! Das kann ja auch ein Akt von Selbstmarginalisierung sein. Ich wollte verstehen, ob es eine Aufbruchstimmung in der Bewegung gibt.*

M: Es gibt einige Gruppen, die einen sehr radikalen Bruch gemacht haben, sie haben eine lange kollektive Geschichte und konnten deshalb ein »alternatives Leben« aufbauen. Sie sind Aktivisten rund um die Uhr, immer auf der Straße, bei jedem Kampf dabei, sie können alles selber machen, brauchen niemand anderen, haben keine Verbindung zu anderen Kämpfen, zu traditionellen Streiks, keine Verbindung zu dieser Gesellschaft – und sie haben immer eine innere Krise, das ist ihr erstes Problem und darum kümmern sie sich, sehr klug und umsichtig, aber es bleibt immer das wichtigste Problem – ist das überhaupt relevant bei der Frage, wie wir diese Gesellschaft ändern können? Meiner Ansicht nach ist die Frage offen, wie die Radikalisierung aussehen kann und wo »der radikalste Punkt« ist.

*W: Ist der Begriff »Bewegung« überhaupt angebracht? Eine Bewegung zeichnet sich*

*dadurch aus, daß viele Neue dazukommen, Leute, die ihr bisheriges Leben radikal umkremeln. Das findet doch bisher nicht statt – eigentlich können wir (noch?) nicht von einer Bewegung sprechen...*

M: Für junge Leute ist es nicht sehr riskant, ein Risiko einzugehen: das Studium zu unterbrechen o.ä. – sie haben noch keine Familie usw. – und du kannst dein Studium jederzeit wieder aufnehmen. Andererseits könnte ich sagen, das sind Leute, die machen einen richtigen, großen Bruch, das ist absolut wichtig, das ändert alles: ihre Meinung, ihr bisheriges Leben usw. Wir könnten aber genauso gut sagen: was wird aus ihnen in 5, 6 Jahren geworden sein? - Dazu hab ich keine Ahnung, wirklich nicht!

*W: Wir sollten die Frage nach der Aufbruchstimmung nicht zu einem moralischen Argument umdrehen, à la »wir erwarten von jeder und jedem, die sich einer revolutionären Bewegung anschließt, daß sie einen radikalen Bruch macht« – mit diesem Argument haben die Anti-Imps in den 80er Jahren die Bewegung von innen heraus kaputt gemacht: wer mehr als einen Schlafsack und ein paar Kampfstiefel hat, ist schon ins System integriert usw.. Diese Mythologie des »radikalen Bruchs« dient heute der postmodernen Beliebigkeit als Argument: »weil der radikale Bruch falsch war, machen wir auf Beliebigkeit. Ich mache beruflich Karriere, mische in der Pop-Kultur mit und politisch engagiere ich mich ein bißchen und schreibe in der Arranca!« – Deshalb bin ich an diesem Punkt sehr vorsichtig.*

F: Natürlich muß sich jede/r überlegen, was sie oder er aus seinem Leben macht. Ich muß doch sehen, wie ich in dieser Gesellschaft zurechtkomme. Ich habe gewisse Wünsche, und da muß ich sehen, daß ich möglichst wenig arbeite, um mehr Zeit für mich zu haben. Kann ich trotzdem einen Job haben, der zumindest mich nicht ganz so stark entfremdet? Ich muß mir über mein Leben Gedanken machen, wie komm ich am besten zurande. Das ist bisher die Schwäche der Bewegung: es sind zu wenige aktiv und deshalb können sie sich in solchen Punkten gar keine radikaleren Gedanken machen.

M: Die jungen Leute wollen Aktivisten sein, ihr eigenes Leben führen usw. Sie haben einen wichtigen Bruch gemacht, sind aber schlau genug zu wissen, daß es ein großes Risiko gibt, daß es ihnen so wie ihren Eltern geht, die auch einen Bruch machen wollten und heute hohe Chefs in Unternehmen, Dozenten usw. geworden sind. Deshalb bedeutet es meiner Generation nichts mehr, zu sagen »Ich bin Revolutionär für mein ganzes Leben«; denn es gibt immer die Möglichkeit, sich zu de-radikalisieren. Ich sehe das positiv, weil es den Realismus der Bewegung zeigt,

sie sind aufmerksam und sprechen auch darüber. Viele aus der Bewegung, die 30 und älter sind, verabschieden sich aus der Bewegung, gehen aufs Land und organisieren dort Projekte. Wenn du zwei Jahre in einem besetzten Haus ohne Strom und Warmwasser lebst, dann kommt der Zeitpunkt, wo du entweder Warmwasser im Haus haben willst, oder halt mit dem Projekt aufhörst.

**F: Der entscheidende Punkt ist, daß Politik auch Spaß machen muß.** Für mich ist das eine Frage von Lebensphilosophie: inwieweit haben sich Leute der Warengesellschaft, dem Konsum und dem ganzen System schon unterworfen und merken es vielleicht gar nicht, wenn sie arbeiten, um sich Klamotten oder ein neues Auto kaufen zu können. Und es ist auch nicht Sinn der Sache, daß Leute immer nur ganz straight Politik machen und keinen Spaß mehr daran haben. Sinn der Sache ist eine befreite Gesellschaft, sich selber entfalten zu können. Das ist die Frage, die für mich im Vordergrund steht, was die Leute für ne Lebensphilosophie haben.

M: Das find ich auch! Ich glaube, daß Spaß, Lust, Kreativität usw. wirklich wichtig sind. Wir wollen Aktivismus als Leben machen und nicht als messianischen Opfertrip. Und das bedeutet, sich mit Leuten in besetzten Häusern nicht nur deswegen auseinanderzusetzen, weil besetzte Häuser gut sind, sondern weil sie unsere Freunde sind und wir Lust haben zusammenzuleben, auch wenn wir politisch unterschiedliche Ansichten haben. Das tägliche Zusammenleben wird wichtig, um fähig zu sein, was zusammen aufzubauen und auch als politische Arbeit. Das Netzwerk hält zusammen, weil es einen Konsens über die innere Organisation gibt und nicht weil man sich über alle theoretischen Fragen wie Marxismus oder Anarchismus, Klassenkampf oder so einig wäre. Ich halte das für einen sehr wichtigen Punkt.

Ich habe auch Kontakt zu traditionellen Gewerkschaftsgruppen, organisierten Arbeitslosen usw., und **jedesmal wenn ich solche Leute treffe, bin ich schockiert darüber, wie traurig sie sind**, wie schrecklich sie ihr Leben empfinden. Es gibt auch im KP-Umfeld Arbeitslosengruppen, die sich gegen die Arbeit aussprechen, aber trotzdem leiden sie unter ihrer Arbeitslosigkeit. Wir dagegen sind froh uns zu treffen und wir kämpfen, weil wir Lust darauf haben und nicht nur, weil wir uns schlecht fühlen.

Es gibt große Unterschiede zwischen Frankreich und Deutschland, aber ich sehe auch viele Ähnlichkeiten: daß Politik Spaß machen soll, der Bezug auf die Umwelt, das unklare Verhältnis der politischen Theorie gegenüber. ■

# Globaler Krieg um die Ordnung der Welt (II)

**Der 11.9. hat nicht die Welt verändert und er markiert keinen Epochenbruch. Es wird immer deutlicher, daß er Kristallisationspunkt und Beschleuniger für Entwicklungen war, die lange vorher eingesetzt hatten. Während die Medien einen Streit um »gut« und »böse«, um kapitalistische Zivilisation und Islam oder den vielbeschworenen Antisemitismus präsentieren, geht es in Wirklichkeit um die Perspektive eines globalen Systems, das in seiner Krise auf Grenzen stößt; Grenzen, die darin bestehen, daß in den Kämpfen gegen das weltweite Arbeitsgefängnis die Möglichkeiten einer anderen Welt aufschwimmern. Für die Herrschenden und Ausbeuter bedeuten diese Grenzen, daß sie um so verzweifelter nach einer »Neuen Weltordnung« suchen und sich dafür alle gewaltsamen, militärischen Durchsetzungsmittel offen halten.**

## Teil II:

### Der Weg zum Krieg und die Suche nach dem Imperium

Seit dem ersten Teil im *Wildcat-Zirkular* 61 ist ein halbes Jahr vergangen. Neue Entwicklungen haben das Interesse an den Anschlägen und an Afghanistan in den Hintergrund gerückt: die Besatzungspolitik Israels und das gespannte Verhältnis der USA zu den arabischen Staaten; die Eskalation des Konflikts um Kaschmir zwischen Pakistan und Indien und die damit verbundenen Massaker an Muslimen in der indischen Provinz Gujarat; fast gleichzeitig der Fall des Energieriesen Enron und der Aufstand im neoliberalen Musterland Argentinien – mit all ihren Auswirkungen auf die globale Kapitalverwertung; die Ankündigung einer neuen Nuklearstrategie und Erstschlagsdoktrin durch die USA. Im Hintergrund dieser politischen Ereignisse lauert die bange Frage, ob der lauthals verkündete Aufschwung der US-Ökonomie tatsächlich da ist, oder ob der Dollar weiter dramatisch einbricht und dabei die schon kriselnde Weltwirtschaft in den Abgrund reißt.

Durch diese Entwicklungen ist aber auch deutlicher geworden, wie diese Stücke eines verwirrenden Puzzles zusammengehören. Das interessante am »Enron-Skandal« war nicht nur das Ausmaß der Bilanzfälschungen und die

Verwicklung eines großen Teils der Bush-Regierung in diese Firmengeschäfte, sondern deren Zusammenhang mit Ölgeschäften in Zentralasien und Indien – was mit dazu beigetragen hat, daß auf einmal in den USA kritischere Fragen zum 11.9. gestellt werden. Wieviel wußte der Präsident vorher? Eigens dazu mußte ein Untersuchungsausschuß eingerichtet werden. Und wozu diente die Bombardierung Afghanistans? Damit tauchen kritische Fragen nach der Brutalität der Kriegsführung in Afghanistan auf, die bis dahin in der amerikanischen Öffentlichkeit Tabu waren.

Es wird auch immer deutlicher, daß Enron (siehe *Wildcat-Zirkular* 62) kein isolierter Skandal ist, sondern wie eine Kristallkugel sämtliche Facetten des fiktiven Aufschwungs der »new economy« zum Vorschein brachte. Der märchenhafte Boom in den USA, der nach der Asienkrise 1997/98 zum Motor der Weltwirtschaft wurde, entpuppt sich seit dem langgezogenen Crash der Finanzmärkte ab März 2000 als simuliertes Wachstum. Er hing am seidenen Faden der enormen Kapitalexporte in die USA (siehe *Wildcat-Zirkular* 55 und 56/57), die mit dem beginnenden Einbruch des Dollars immer fraglicher werden. Das Brenzlige dieser Situation war der Regierung Bush-Cheney aus dem Öl- und Enron-Business schon im Sommer letzten Jahres deutlich bewußt und dürfte in ihren »außenpolitischen« Überlegungen eine große Rolle gespielt haben. Im Moment betonen Bush und sein Finanzminister fast verzweifelt, sie würden am hohen Dollar festhalten – ohne damit die Kapitalanleger noch beeindrucken zu können.

Es handelt sich hier keineswegs um rein »ökonomische« Fragen. Die traditionellen linken Einteilungen in »ökonomisch«, »politisch«, »militärisch« usw. sitzen Verdinglichungen auf, die dieses Gesellschaftssystem ideologisch hervorbringt und für seine Stabilität braucht. Der »ökonomische« Niedergang, also ein an Geld- und Wertrelationen ablesbares Phänomen ist nur die isolierte und abstrakte Seite der Krise einer gesamten Lebens- und Reproduktionsweise auf diesem Planeten – einer Totalität von Beziehungen, die von den herrschenden Verhältnissen in »politische«, »kulturelle«, »technische« usw. Momente zerlegt wird, um sie einzeln beherrschen zu können.

Weil diese Totalität heute in Frage steht, läßt sich diese Krise nicht in den vertrauten Schemata der »imperialistischen Konkurrenz« erfassen, auch wenn diese nach wie vor ein Moment aller Entwicklungen bildet. Vordergrundig steht die Frage nach einer »Neuen Weltordnung« im Raum, da sich die alte Ordnung des »Kalten Krieges« aufgelöst hat, ohne einen Nachfolger

präsentieren zu können. Die linken Diskussionen über Imperialismus und »Empire« sind in gleicher Weise Ausdruck dieser Unklarheit, wie die rechten Vorschläge für einen selbstbewußten neuen Imperialismus oder Kolonialismus, die nach den Anschlägen vermehrt auftauchten. Die Unklarheit besteht aber nicht nur darin, welche Machtkonstellation die zukünftige Weltordnung bilden könnte, sondern *ob* eine globale Ordnung des Kapitals überhaupt noch eine Perspektive hat.

### ***Exkurs: Imperialistische Konkurrenz oder Klassenantagonismus***

Im ersten Teil des Artikels wurde betont, daß der Krieg in Afghanistan Moment der Durchsetzung von Klassenverhältnissen ist und daß Öl nicht einfach ein umstrittener Gebrauchswert, sondern zentrales Schmiermittel des heutigen Verwertungsprozesses ist. Der Frage nach den unterschiedlichen Interessen der USA, des europäischen Wirtschaftsblocks oder anderer Länder und der Konkurrenz zwischen diversen Ölfirmen wurde dabei wenig Aufmerksamkeit geschenkt. In der Linken hat es wieder Konjunktur, sich den Weltlauf aus der Konkurrenz zu erklären, z.B. aus der ökonomischen Rivalität zwischen Dollar- und Euro-Zone. Die Konkurrenz wird dem Bezug auf »das Kapital« als einem bestimmten historischen Klassenverhältnis entgegengesetzt. Aber Konkurrenz und Klassenverhältnis sind zwei zusammengehörende Momente des einen Kapitalverhältnis, das unsere Lebensweise bestimmt. Das Kapital, als antagonistisches Verhältnis zwischen Produzenten und ihren eigenen verdinglichten Produktionsverhältnissen, ist kein handelndes Subjekt wie eine Regierung oder eine Firma. Es ist eine historisch vergängliche Struktur, in der sich die konkurrierenden Subjekte mit ihren jeweiligen Interessen immer schon bewegen. Das bedeutet umgekehrt, daß sich diese Struktur nur durch und in der Bewegung der Konkurrenz erhält und entwickelt.

Die afghanischen Warlords, nationale Regierungen oder internationale Ölkonzerne können sich einbilden, nur ihre eigenen, besonderen Interesse zu verfolgen. Ihnen muß nicht bewußt sein, wie sie mit ihrem Morden und ihren Vertreibungen Voraussetzungen einer kapitalistischen Ökonomie schaffen. Eine Regierung kann sich einbilden, sie verfolge nur ihre nationalen Ziele, aber als kapitalistische Staatsgewalt wird sie dabei immer zugleich die Absicherung kapitalistischer Verhältnisse betreiben müssen. Die Darstellung der Konkurrenz greift zu kurz und erklärt nichts, wenn sie nicht zu den

allgemeinen Bedingungen der Reproduktion des Kapitals als Klassenverhältnis vorstößt. Die Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse vollzieht sich durch die Konkurrenz hindurch und braucht die Konkurrenz. Das wesentliche *Resultat* ist aber nicht die Durchsetzung dieser oder jener Interessen, sondern die damit zugleich betriebene Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse – oder auch deren Scheitern.

Im übrigen ist dieser allgemeine Inhalt den meisten Angehörigen der herrschenden Klasse keineswegs so unbewußt, wie es das oft zitierte Bild von Vorgängen, die sich »hinter dem Rücken der Beteiligten vollziehen« glauben macht, das Marx in ironischer Anlehnung an Adam Smith's »unsichtbare Hand« gebrauchte. Dafür wissen sie zu gut, daß ihr eigener Luxus an die Aufrechterhaltung ganz bestimmter sozialer Verhältnisse gebunden ist und ihre »Hand« ist in den Geschehnissen nur zu sichtbar. Aber was sie nicht wissen können, ist, wo die Grenzen ihrer Macht liegen. Denn diese beruht nicht auf ihrer eigenen Tätigkeit oder Subjektivität, sondern auf historischen Verhältnissen, in denen der Masse der Menschheit ihre kollektive produktive Macht als etwas Äußerliches und Fremdes entgegentritt.

### **Die Taliban als Instrument der Machtpolitik**

In Afghanistan sind Ende Mai 2002 die ersten Verträge über den Bau einer Gaspipeline von Turkmenistan nach Pakistan abgeschlossen worden – von einem afghanischen Übergangspräsidenten, der mit Unterstützung der USA ins Amt kam und in den 90er Jahren nicht nur CIA-Zögling, sondern auch Berater der texanischen Ölfirma Unocal war, die auf diese Pipeline hingearbeitet hatte – zusammen mit Enron! Nachdem die letzten Trauerfeiern für die Opfer des 11.9. abgeschlossen sind, wird in der Presse wieder Klartext geredet. In der letzten Mai-Ausgabe brachte *business week* unter dem Titel »The Next Oil Frontier« einen Aufmacher zum Vordringen »amerikanischer Soldaten, Ölleute und Diplomaten in Zentralasien und darüber hinaus«. Das Magazin überschlug sich fast vor Begeisterung darüber, in wie kurzer Zeit die USA nach dem 11.9. ihren Einfluß in dieser umstrittenen Region ausweiten konnten. 1991 hatte dasselbe Magazin noch vor voreiligen Hoffnungen gewarnt. Die Taliban selber waren nur Mittel in diesem geostrategischen Spiel und gehören mittlerweile zu seiner Vorgeschichte.

Das Phänomen der Taliban selber wie ihr Aufstieg zur herrschenden Macht in Afghanistan sind kein Produkt gesellschaftlicher Entwicklungen

innerhalb des Landes. Die neuartig reaktionäre Form ihres Islamismus entstand unter den Bedingungen der massenhaften Vertreibung und des Lebens in Flüchtlingslagern in Pakistan. Die dortigen Koranschulen, die *Madrassas*, haben für die Armen eine materielle Funktion, da sie oft die einzige Möglichkeit bieten, einigen ihrer *männlichen* Kinder eine regelmäßige Ernährung, ein Dach über dem Kopf und eine gewisse Bildung zu gewähren. Für Flüchtlinge aus Afghanistan war die Abhängigkeit von dieser Reproduktionsmöglichkeit mangels Alternativen noch stärker als für die pakistanische Bevölkerung.<sup>1</sup>

Finanziert werden die *Madrassas* von (öl-)reichen islamischen Kreisen, vor allem aus Saudi-Arabien. Damit sind sie von ihnen abhängig und für deren Interessen und Ziele instrumentalisierbar. Die Bedeutung der *Madrassas* beim politischen Aufstieg der Taliban läßt sich unmittelbar am Kriegsgeschehen ablesen. Vor Entscheidungsschlachten oder in brenzligen Situationen erhielten die Taliban-Milizen schlagartig tausende neue Kämpfe, indem einfach einige große *Madrassas* in Pakistan geschlossen und die »Schüler« an die Front geschickt wurden. Darunter waren nicht nur Afghanen, sondern auch Jugendliche aus der pakistanische Bevölkerung. Nebenbei war diese Frontverschickung für die pakistanische Regierung ein willkommenes Ventil für den sozialen Druck im eigenen Land. Die Ausweitung der *Madrassas* und ihre Nutzung als Rekrutierungsinstrument wurde vom pakistanischen Regime nicht nur geduldet, sondern aus eigenen Interessen gezielt gefördert.

Die besondere religiöse Ideologie der Taliban wäre für sich nicht wichtig, sondern würde nur eine der vielen islamischen Sekten darstellen – zudem einer Richtung, die in Afghanistan nie eine große Rolle gespielt hat. Ihr Rückgriff auf eine vermeintlich historisch strenge Scharia, ihre Propagierung des heiligen Krieges und ihre Kompromißlosigkeit gegenüber anderen Ideologien oder ausländischen Organisationen verschaffte ihnen eine Identität und Legitimation, mit der sie sich von den übrigen verhaßten Warlords in Afghanistan und den von außen intervenierenden Mächten abgrenzen konnten. Dies hätte aber kaum gereicht, um sich in Afghanistan politisch zu etablieren. In den ersten zwei Jahren nach ihrem Auftauchen im Jahre 1994 blieb ständig fraglich, ob sie sich durchsetzen könnten.

Der Aufstieg der Taliban beruhte von Anfang an darauf, daß sie von

---

<sup>1</sup> Hinweise auf Quellen und Material haben wir in einem Dossier zusammengestellt, das sich auf der Webseite befindet: <http://www.wildcat-www.de/zirkular/64/z64warma.htm>.

anderen Mächten als mögliche Ordnungsmacht gefördert wurden. Die Auflösung der Sowjetunion und die Unabhängigkeit der fünf zentralasiatischen Länder mit ihren nun geöffneten Märkten und zugänglichen Ressourcen schuf das Interesse an einer Stabilisierung. Afghanistan war nun in den Augen vieler nicht mehr das Schlachtfeld zur Zurückdrängung und Zermürbung der SU, auf dem gleichzeitig die gesellschaftlichen Verhältnisse radikal transformiert wurden (siehe Teil I), sondern es bekam eine Schlüsselposition für die Transportrouten nach Zentralasien. Der erste Förderer und Unterstützer der Taliban war die Transportmafia der LKW-Unternehmer in Quetta (Pakistan) und Kandahar (Afghanistan), die sich eine sichere Transitroute nach Turkmenistan wünschte. Die ersten militärischen Aktionen der Taliban bestanden darin, im Auftrag dieser örtlichen Unternehmer Straßen freizumachen und LKW-Konvois abzusichern.

Auf sich gestellt wäre die »Schülerarmee« der Taliban weder finanziell, noch organisatorisch oder militärisch in der Lage gewesen, sich längerfristig in Afghanistan zu behaupten. Sie überstanden die ersten größeren Schlachten nur, weil sie 1995 mit Hilfe des pakistanischen Geheimdienstes ISI reorganisiert und mit Fahrzeugen und Waffen aus Pakistan und Saudi-Arabien aufgerüstet worden waren.

Nachdem sie bis 1996/97 einen großen Teil des Landes unter ihre Kontrolle gebracht hatten, wurden sie als Ordnungsmacht zunehmend für international operierende Firmen aus dem Ölgeschäft interessant, die nach Transportrouten für Öl und Gas aus Zentralasien suchten, die nicht von russischer Kontrolle abhängig waren – und möglichst auch nicht durch den Iran führten. Der argentinische Ölkonzern Bridas und die texanische Unocal verhandelten daher intensiv mit den Taliban über Pipelineprojekte. Unocal ließ eine Machbarkeits-Studie vom amerikanischen Energiekonzern Enron durchführen, der ein besonderes Interesse an billigem Gas aus Zentralasien hatte. Der nach dem 11.9. von Bush zu seinem Afghanistan-Beauftragten ernannte Zalmay Khalilzad, der jüngst die Schmierkomödie der »Loya Jirga« etwas zu offensichtlich dirigierte, hatte im Juni 1997 eine Risiko-Analyse der Gaspipeline durch Afghanistan erarbeitet und die Verhandlungen mit den Taliban für Unocal vermittelt.

## *Zwei gescheiterte Anläufe – die »Enron-Taliban-Cheney-Connection«*

Enron hatte 1992 mit dem Bau eines mit Gas betriebenen Stromkraftwerks im indischen Dabhol in der Nähe von Bombay begonnen. Das Drei-Milliarden-Dollar-Projekt sollte bis 1997 ein Fünftel des indischen Strombedarfs decken. Die indischen Behörden waren nicht begeistert, da der dort erzeugte Strom das drei- bis siebenfache des Stroms aus anderen Quellen kosten sollte. Selbst die Weltbank hatte wegen der hohen Kosten vor dem Projekt gewarnt. Enron spannte US-Staatsmänner und -Diplomaten ein, die 1994 und 1995 Druck auf die indische Regierung ausübten, dem Projekt zuzustimmen – was sie dann auch tat –, während der Konzern selber Schmiergelder zahlte. Längerfristig konnte das Projekt aber nur rentabel laufen, wenn es eine Anbindung von Dabhol an billige Erdgaslieferungen aus Zentralasien gab. Im November 1997 waren die Taliban auf Einladung der Ölfirma Unocal in Houston, und das Projekt einer Gaspipeline von Turkmenistan durch Afghanistan und Pakistan nach Indien schien unter Dach und Fach zu sein.

Aber die Verhandlungen zogen sich hin. Ihr Scheitern wird in den meisten Darstellungen auf die Anschläge am 7.8.98 auf die US-Botschaften in Kenia und Tanzania und die folgenden Raketen-Angriffe der Clinton-Regierung auf Bin-Laden-Lager in Afghanistan zurückgeführt. Zwei andere Aspekte werden dabei unterschlagen. Über den Bau von Pipelines durch Afghanistan gab es eine harte Konkurrenz zwischen dem argentinischen Ölkonzern Bidas und der amerikanischen Unocal. Die Taliban verlangten in den Verhandlungen nicht nur Lizenzgebühren für die Durchleitung, sondern auch die Entwicklung von Infrastruktur und die Möglichkeit der Nutzung der Pipelines für den afghanischen Energiebedarf. Bidas wollte diesen Forderungen nachgeben, war aber von Unocal ausgebootet worden. Die texanische Firma lehnte die Forderungen der Taliban ab und bestand auf einer reinen Transitleitung. Der zweite Aspekt ist die Entwicklung des Ölpreises: er war 1998 aufgrund der Asienkrise auf ein historisches Tief von 13 Dollar pro Barrel gefallen, womit sich die Frage der billigen Ersatzversorgung etwas entspannte. Darüberhinaus könnte auch der Einfluß Saudi-Arabiens bzw. bestimmter Kreise des saudischen Herrscherclans eine Rolle gespielt haben: der leichtere Zugang zu den zentralasiatischen Öl- oder Gasreserven hätte die ohnehin schon angeschlagene Dominanz der saudischen Ölförderung auf dem Weltmarkt weiter untergraben.

Das Pipeline-Projekt wurde von Unocal 1998 fallengelassen. Enron

produzierte in Dabhol weiter Strom, aber im Mai 2001 stellte die regionale indische Elektrizitätsbehörde ihre Zahlungen mit Hinweis auf die zu hohen Kosten ein. Enron konterte mit der Forderung nach 64 Mio. Dollar ausstehender Zahlungen.

*Zweiter Anlauf:* Als Bush Anfang 2001 mit einer kompletten Mannschaft aus dem Öl-Business an die Macht kam, wurden die Gespräche mit den Taliban über den Pipelinebau wieder aufgenommen – das letzte Treffen fand vier Wochen vor dem 11.9. statt. Bei diesem soll von us-amerikanischer Seite der mittlerweile berühmt gewordene Spruch gefallen sein, sie könnten sich zwischen einem roten Teppich oder einem Bombenteppich entscheiden. Der Ölpreis war in der Zwischenzeit dramatisch angestiegen und hatte im Sommer 2001 in Europa und in den USA zu heftigen sozialen Auseinandersetzungen geführt (siehe *Wildcat-Zirkular* 58). Außerdem war Enron einer der Hauptfinanziers von Bushs Wahlkampf gewesen und spätestens Mitte 2001 war den Enron-Chefs klar, daß der Zusammenbruch ihres Pyramidenspiels bevorstand. Der Ölpreis, Enron, der soziale Konflikt, die Perspektive einer verstärkten Abhängigkeit von Öl aus dem Mittleren Osten in den nächsten Jahrzehnten, die eigenen Interessen der Bush-Administration und das Platzen der Börsen- und Internetökonomie – alles rückte Zentralasien und seine Öl- und Gasreserven wieder in den Mittelpunkt.

Vizepräsident Cheney, ehemaliger Vorsitzender der internationalen Pipelinebaufirma Halliburton, die am Bau der afghanischen Pipeline mitverdient hätte, traf sich im Laufe des Jahres mehrfach mit Enron-Chef Kenneth Lay – die Unterlagen über diese Gespräche kamen nach der Firmenpleite in den Reißwolf, was die amerikanische Öffentlichkeit momentan am meisten beschäftigt. Parallel zu den Verhandlungen mit den Taliban richtete die Bush-Regierung eine Arbeitsgruppe zu Dabhol ein, die Enron bei der Eintreibung seiner Forderungen unterstützen sollte, z.B. präparierte sie Cheney vor seinem Indienbesuch im Juni 2001. Zudem bot Enron das Kraftwerk für 2,3 Mrd. Dollar zum Verkauf an, was eine letzte Rettung oder ein Aufschub für die Firma hätte sein können, und übte wieder mit politischer Rückendeckung der Bush-Regierung Druck auf Indien aus, den Preis zu akzeptieren. Zum Verkauf kam es nicht mehr. Am 8. November begann der Zusammenbruch des Kartenhauses Enron, als die Firma Umsatzfälschungen in Millionenhöhe eingestehen mußte – am 2. Dezember erklärte sie den Bankrott.

## *Das Verbrechen der Taliban – ihr Scheitern als Staat*

Das eigentliche Problem der USA und anderer westlicher Länder mit den Taliban war nicht die Anwesenheit von Bin Laden, nicht die Scharia, nicht die Frauenunterdrückung oder das Abhacken von Händen und Füßen – mit all dem kommen internationale Ölfirmen und westliche Regierungen an anderen Orten der Welt bestens zurecht, solange die Ölversorgung gesichert ist und die Profite stimmen. Der Fehler der Taliban war es, daß sie die benötigte Stabilisierung des *ganzen* Landes nicht erreichen konnten und sich auch nicht auf eine direkte Zusammenarbeit mit anderen Ländern einließen, um sie zu erreichen.

1991 hatten die USA im Golfkrieg bewußt darauf verzichtet, das Regime in Bagdad zu stürzen. Während einfache irakische Soldaten zigtausendfach auf ihrem Rückzug niedergemetzelt wurden, ließ man Saddam Hussein seine Elitetruppen, mit denen er die aufständischen Schiiten und Kurden niederschlagen konnte. *Die Aufrechterhaltung einer zentralen staatlichen Macht war den USA wichtiger als die Frage, wer sie verwaltet.* Bei aller Konkurrenz zwischen Staaten, ist die Sicherung von Staatlichkeit als die elementare Rahmenbedingung jeder kapitalistischen Entwicklung und Kontrolle das gemeinsame Anliegen der herrschenden Klasse in allen Ländern. Die USA wollten verhindern, daß der Irak zu einem »failing state« wurde (dieser Begriff wurde erst zwei Jahre später erfunden). Afghanistan war ein »failed state« und die Taliban hatten die ihnen zuge dachte Aufgabe des »nation building« (auch so ein Euphemismus für die Durchsetzung kapitalistischer Staatlichkeit) nicht erfüllt. Schon administrativ waren sie der Aufgabe nicht gewachsen, was sich am eklatantesten vielleicht in ihrer Unfähigkeit zeigte, ein eigenes Geldwesen zu etablieren. Die Banknoten bezog das Taliban-Regime weiterhin von seinem militärischen Gegner Massud.

Die Taliban verfügten auch über keine Massenbasis in der Bevölkerung. Ihre militärische Stärke beruhte auf keinem ideologischen Konsens, sondern hing von der Mobilisierung über die *Madrassas* und ihren finanziellen Mitteln zur Bezahlung von Söldnern ab, unterstützt von (ebenfalls bezahlten) »Freiwilligen« aus dem Ausland. Zudem wurden sie von einer nicht unerheblichen Anzahl pakistanischer Soldaten und Militärberater unterstützt. Im November 2001 wurde dies offensichtlich, als Pakistan mit einer Luftbrücke tausende »seiner Leute« aus der von Truppen der Nordallianz und der USA eingeschlossenen Stadt Kunduz herausholte. Die USA bestritten dies

in der Öffentlichkeit, mußten es aber zulassen, um das Regime in Pakistan nicht weiter zu schwächen.

Die Haltung in der Bevölkerung läßt sich schwer beurteilen, da es darüber nur spärliche Informationen gibt. Im Westen des Landes, an der Grenze zum Iran, wo die Taliban schon aufgrund der unterschiedlichen Sprache als Fremdherrscher auftraten, trafen sie auf eine feindlich gesinnte Bevölkerung, die sich ihren Auflagen widersetzte. Zum Beispiel demonstrierten in Herat Frauen gegen die Schließung der öffentlichen Bäder. Die Taliban-Truppen verübten hier eindeutig ethnisch ausgerichtete Massaker, plünderten die Städte und vergewaltigten Frauen – womit sie das von ihnen selbst gepflegte Image einer »sauberen« Armee im Unterschied zu den übrigen Warlords verloren. Aber auch in ihrem »paschtunischen« Kernland, in der Region um Kandahar, stießen sie auf Widerstand. Bei Zwangsrekrutierungen auf dem Land wurden Taliban-Funktionäre angegriffen, einige Male erschossen. Der Versuch der Taliban, in einem kulturell und religiös sehr heterogenen Land eine einheitliche religiöse Herrschaft durchzusetzen, machte es ihnen letztlich unmöglich, die ihnen zugeordnete Aufgabe der Stabilisierung zu erfüllen.

## **Der Zugang nach Zentralasien**

»Ich kann mich an keine Zeit erinnern, in der eine Region so schnell strategisch bedeutend geworden ist wie die kaspische ...«. Als der heutige Vizepräsident Cheney dies 1998 äußerte, war er noch Chef von Halliburton. In dieser Funktion bezog er sich vor allem auf das strategische Interesse an den Öl- und Gasreserven in der Region. Zentralasien geriet nach dem Zerfall der SU aber auch geopolitisch in den Mittelpunkt. In seinem Buch »Die einzige Weltmacht« (»The Grand Chessboard«) hatte Regierungsberater Zbigniew Brzezinski 1997 die Frage in den Mittelpunkt gestellt, wer in Zukunft den flächen- und bevölkerungsmäßig mit Abstand größten Kontinent Eurasien beherrschen werde. Sollte sich auf dieser Landmasse ein einheitlicher Machtblock entwickeln (aus EU, Rußland, China ...), so wäre dies das Ende der US-amerikanischen Vorherrschaft auf der Welt. In diesem Sinne interpretiert auch der Weltsystemtheoretiker Wallerstein das Dringen der USA auf die schnelle Osterweiterung der NATO als gezielte Schwächung der EU als wirtschaftliche Konkurrenz zu den USA. Da der NATO-Aufnahme dieser Länder zwangsläufig die baldige Aufnahme in die EU folgen müsse, würde

die EU auf diese Weise wirtschaftlich geschwächt werden. Sowohl die EU wie China sind stark von Öl- und Gasimporten abhängig und haben daher ein starkes Interesse an der Entwicklung der kaspischen Reserven, deren Anbindung an das russisch-europäische Pipelinennetz bereits gegeben ist. Die USA bestehen aber darauf, von Rußland und vom Iran unabhängige Zugänge zu den kaspischen Reserven zu schaffen, um an ihrer Kontrolle beteiligt zu sein. Möglich ist dies nur durch die Türkei (das Pipelineprojekt durch kurdisches Gebiet zum Mittelmeerhafen Ceyan) oder technisch günstiger durch Afghanistan.

Bücher wie die von Brzezinski oder Huntington («Krieg der Kulturen») sind als Auftragsarbeiten für den CIA entstanden. Das Interessante an ihnen ist nicht ihr »wissenschaftlicher Gehalt«, sondern ihre Bedeutung als Richtlinien und Handlungsanleitungen für die Politik. So wie Huntington ein neues Bedrohungszenario entwirft, das dem Kapitalismus mit dem Ende des »Kalten Krieges« abhandeln gekommen war, so formuliert Brzezinski geostrategische Ziele für den Machterhalt der USA.

Zentralasien rückte in den Mittelpunkt der strategischen Überlegungen, weil die politischen Anbindungen hier nach 1990 offen blieben und die Region zusammen mit dem Kaukasus neue (aber immer noch fragliche) Perspektiven der Öl- und Gasförderung bietet. Die Gefahr einer steigenden Abhängigkeit der USA von Ölimporten aus dem Mittleren Osten wird seit den 90er Jahren diskutiert; gleichzeitig hatte der Golfkrieg von 1991 gezeigt, wie problematisch eine zu große Einflußnahme auf diese Region ist. Das Phänomen Bin Laden ist letztlich ein Produkt des Golfkriegs, der die innenpolitische Opposition in Ländern wie Saudi-Arabien gegen die Zusammenarbeit mit den USA gefördert hatte. Es ist zwar heute nicht mehr die Rede davon, daß die Öl- und Gasreserven am Kaspischen Meer eine Alternative zu den weltweit größten und am billigsten ausbeutbaren Reserven des Mittleren Ostens darstellen. Daher wird überall nach neuen Förderquellen gesucht – in Alaska wie in Westafrika oder Mittelamerika. Aber in Zentralasien überlagern sich allgemeine geostrategische Ziele mit der verzweifelten Suche nach Ersatzgebieten für die schon jetzt *zunehmende* Abhängigkeit von arabischem Öl.

An dem zunächst geplatzten Enron-Deal in Indien wird noch etwas anderes klar: es geht nicht allein um die Abhängigkeit der USA von Ölimporten, sondern um die Verwertungsketten des Erdöls auf der ganzen Welt. Die höchsten Zuwachsraten des Ölverbrauchs werden für Asien,

insbesondere China und Indien vorausgesagt. Offen ist dabei, welche Konzerne mit diesem steigenden Bedarf ihr Geschäft machen können.

### *Die Schlüsselstellung Afghanistans*

Für die Versuche, Einfluß in Zentralasien zu gewinnen, spielte der Afghanistan-Krieg in den 90er Jahren eine zentrale Bedeutung. In seinem Umfeld gedieh der Waffenhandel in der Region und angeblich ethnisch oder religiös motivierte Konflikte und Sezessionskämpfe waren das Instrument, um die Situation offen zu halten und um auch hier soziale Transformationsprozesse in Gang zu setzen. In den ersten Jahren nach 1990 blieben die zentralasiatischen Staaten trotz formaler Unabhängigkeit wirtschaftlich und sicherheitspolitisch von Rußland und teilweise von der Präsenz seiner Truppen abhängig. Die zentralasiatischen Länder versuchten, sich alle Türen offen zu halten: die alten Kontakte zu Rußland, neue Kooperationen mit den USA, der Türkei und Israel, Pakistan, Indien, China, dem Iran oder der EU. Im Verlauf des Afghanistan-Krieges und dem Erstarren der Taliban kommt es immer wieder zu wechselnden Koalitionen und Beeinflussungen.

Die USA hatten sehr früh Konzepte zum militärischen Vordringen in die Region entwickelt. 1991 wurde bekannt, daß die USA nach dem Golfkrieg (»Operation Wüstenschild«) eine ähnliche Aktion in Kasachstan unter dem Code-Wort »Operation Steppenschild« vorbereiteten. 1997 veranstalteten Sondereinheiten der USA gemeinsame Manöver mit den jeweiligen Streitkräften in Kasachstan und Usbekistan. Auf der anderen Seite versuchten Rußland und China aus dem Bedrohungsszenario der von Afghanistan ausgehenden »islamistischen Gefahr« heraus ihre Rolle in Zentralasien geltend zu machen. Gegen den Versuch der USA, die Region durch militärische Präsenz oder direktes Eingreifen zu stabilisieren, initiierten Rußland und China im Juni 2001, die »Shanghai Organisation für Zusammenarbeit« zusammen mit den vier zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Tadschikistan, Kirgisistan und Usbekistan, um gemeinsam gegen Rebellen und Separatisten vorzugehen. Die Bombardierung Afghanistans durch die USA und der damit verbundene Aufbau von militärischen Stützpunkten in den angrenzenden Ländern oder jüngst in Georgien, ist dieser Koalition zugekommen.

Vor dem Hintergrund dieses Krieges und der drohenden Konfrontation arabischer Länder wie Saudi-Arabien zu den USA hat *Rußland* versucht, sich durch die Unterstützung des »Kriegs gegen den Terror« (den es selber in

Tschetschenien schon lange praktiziert!) und sein Unterlaufen der OPEC-Ölpreispolitik als alternativer Ölproduzent für den Westen ins Spiel zu bringen – bemüht sich aber weiterhin um die Kooperation mit China in dieser Region.

Hinter all diesen Facetten der Konkurrenz zwischen verschiedenen Macht- und Wirtschaftsblöcken steht die Frage nach der Perspektive der kapitalistischen Verwertung als globalem Prozeß; dies umschließt die Sicherung des Öls als zentralem Schmiermittel der kapitalistischen Akkumulation (daher auch der Irak als nächstes Angriffsziel: aufgrund des drohenden Wegbrechens Saudi-Arabiens wird dringend ein neuer stabiler Brückenkopf in der Region gebraucht) sowie die Durchsetzung kapitalistischer Strukturen in Zentralasien. Auch wenn Zentralasien die idealen sozialen Bedingungen für Ölförderung aufweist (ein Gebiet von der Größe Indiens mit einer Bevölkerung von lediglich 55 Millionen Menschen), so sind auch Ölfelder und Pipelines an stabile Verhältnisse gebunden. Ein Beispiel aus dem Kaukasus verdeutlicht das Problem: Die us-amerikanische Elektrizitätsfirma AES, die in Georgien E-Werke und Leitungsnetze betreibt, steht kurz vor dem Ruin, da sie aufgrund des stark verbreiteten Stromdiebstahls bisher nur für 65 Prozent des produzierten Stroms Zahlungen verbuchen kann. Daß mit dem Betrieb von Ölpipelines ähnliche Probleme verbunden sind, ist aus Ländern wie Nigeria usw. bekannt.

Das eigentliche Problem sind nicht ethnische Konflikte, die überall mit Verweis auf die Steinzeit heraufbeschworen und bei Bedarf sehr massiv geschürt werden, sondern die erst noch durchzusetzende Geltung des bürgerlichen Eigentums und des Geldes. Historisch gelang diese nie mit reiner Gewaltanwendung, sondern bedurfte der gleichzeitigen Reichtumsentwicklung und der Einbindung der Proletarier über den Lohn. Eben dafür gibt es angesichts der Krise der Weltökonomie heute keine absehbare Perspektive. Mit Krieg und Warlordisierung lassen sich alte Strukturen zerstören, die der Kapitalentwicklung im Wege stehen – aber keine Entwicklungsprozesse in Gang setzen. Der Vergleich mit Schumpeters »schöpferischer Zerstörung« paßt daher hier nicht, weil er unterstellt, wir hätten es schon mit einer neuen Akkumulationsdynamik zu tun.

## Bomben als Machtanspruch – der USA *und* des Kapitals

Die am 7. Oktober 2001 beginnende und *bis heute nicht beendete* Bombardierung Afghanistans war keine Reaktion auf den 11.9., sondern die Fortsetzung und Beschleunigung des strategischen Vorgehens in Zentralasien. Die ganze Form der Kriegsführung zeigt, daß es zu keinem Zeitpunkt darum ging, Bin Laden zu fassen oder das Al-Qaeda-Netzwerk zu zerschlagen. Gemessen an diesem Ziel haben die USA ihren Krieg in Afghanistan verloren, wie von der bürgerlichen Opposition gegen den Krieg oft betont wird.

Auch im strategischen Sinn läßt sich nicht von einem Sieg sprechen. Das Dilemma des militärischen Eingreifens in Zeiten der globalen Krise liegt darin, daß jeder Stabilisierungsversuch an einem Ort weitere Destabilisierung an anderen Orten nach sich zieht. Im Golfkrieg 1991 hatten die USA ihre Kontrolle im Mittleren Osten sichern wollen und das schon als »Neue Weltordnung« verkündet. Auf längere Sicht hatten sie damit aber ihre exklusiven strategischen Beziehungen zum wichtigsten Land in der Region, Saudi-Arabien, untergraben, was jetzt deutlich wird. Mit der Bombardierung Afghanistans versuchen die USA, eine langfristige Präsenz in Zentralasien zu erreichen – und destabilisieren damit zwangsläufig Pakistan, dessen Regime sie nur mit viel Druck und Geld zum Fallenlassen der Taliban und zur Beteiligung am »Krieg gegen den Terror« überreden konnten.

Zwischen den USA und den westeuropäischen Ländern herrscht eine heftige Konkurrenz darum, wie sich diese Länder und Regionen stabilisieren lassen. Während die EU auf diplomatischen Einfluß und Entwicklungshilfe setzt (»nation building«), hat sich die Bush-Regierung von Anfang an für ein stärker militärisches Vorgehen entschieden. Wie schon der Kosovo-Krieg 1999 dient die Bombardierung Afghanistans zugleich der Durchsetzung eines mehr und mehr nur auf ihrem militärischen Potential beruhenden Machtanspruchs der USA. In Afghanistan wird das nach Außen als Arbeitsteilung dargestellt: die USA bombardieren, die Europäer laden auf den Petersberg ein, stellen Polizisten für Kabul und bauen Zelte für Akklamationsveranstaltungen. Dabei bleibt ihnen, trotz einiger diplomatischer Verstimmungen, nichts anderes übrig, als sich der militärischen Vormachtstellung der USA unterzuordnen.

In der Kriegsführung übernahmen die USA von Anfang an bis heute die alleinige Kontrolle – sowohl gegenüber den »verbündeten« Nordallianz-Milizen, als auch gegenüber den beteiligten europäischen Kräften oder der

Friedenstruppe in Kabul. Obwohl der NATO-Bündnisfall erklärt worden war, hatten die USA – anders als im Kosovo – bewußt darauf verzichtet, von ihm Gebrauch zu machen, sondern behielten sich das Oberkommando vor und bestimmten das Vorgehen.

Immer wieder verhinderten die US-Militärs auch gegen heftigen Protest von Milizenführern der Nordallianz die bisher in Afghanistan übliche Praxis der Kapitulation und anschließenden Freilassung von Gefangenen (mit Ausnahme des erwähnten Falls von Kunduz, wo das Verhältnis zu Pakistan und die innenpolitische Stabilität des Landes auf dem Spiel stand). Einmal rutschte Rumsfeld sogar das bekannte »Gefangene werden nicht gemacht« heraus. Das Massaker an Gefangenen bei Mazar-i-Sharif ging auf diese Haltung und die bewußte Provokation des US-Militärs zurück – und es war zugleich ein Signal an die Nordallianz selber.

Die Bush-Regierung hatte die Nordallianzmilizen zunächst davor gewarnt, auf Kabul vorzurücken und die Stadt einzunehmen. Militärisch waren sie aber auf diese Bodentruppen angewiesen, um massenhafte eigene Verluste zu verhindern – die seit Vietnam als innenpolitisch nicht durchsetzbar gelten. In den USA und in Großbritannien wird seit einiger Zeit laut darüber nachgedacht, sich in der Kriegsführung bezahlter Söldnertruppen zu bedienen. Für die USA erfüllte die Nordallianz in Afghanistan diese Funktion. Die Kriegsführung gegen die Taliban oder Al-Quaeda-Kämpfer und ihre ausgeprägte Grausamkeit diente daher immer auch der Durchsetzung des Gewaltmonopols gegenüber den »verbündeten« Milizen. Mittlerweile hat bereits der Prozeß eingesetzt, in dem einzelne, vom Präsidenten Karsai ausgesuchte Milizen zum militärischen Feind des neuen Staates erklärt und vom US-Militär entsprechend behandelt werden.

Alle Fragen der humanitären Hilfe und der Etablierung einer eigenen Staatlichkeit wurden bisher rigoros dem militärischen Machtanspruch der USA untergeordnet. Z.B. weigerten sich die USA beim letzten Wintereinbruch ganz offen, Lebensmittel-Hilfskonvois militärisch abzusichern. Der Vorschlag, das Einsatzgebiet der Friedenstruppe über Kabul auszudehnen, wurde zurückgewiesen. Anfangs muckte sogar der von den USA eingesetzte Präsident Karsai gegen die fortgesetzten Bombardierungen auf, über die es gelegentlich zu Verstimmungen mit anderen westlichen Verbündeten kam (französische Bomberpiloten verweigerten einmal die vom US-Militär angeordneten Einsätze wegen der offensichtlichen Gefährdung der Zivilbevölkerung). Trotz solcher Differenzen zwischen den westlichen Angreifern auf

Afghanistan über die Fragen des Vorgehens und der Rollen, die den einzelnen Ländern zukommen, besteht Einigkeit darüber, daß militärisch eingegriffen werden muß.

### *Kriege führbar machen*

Nach dem Golfkrieg von 1991 und der NATO-Bombardierung Jugoslawiens 1999 ist der Afghanistan-Feldzug die dritte größere Militäroperation, die der neuen Politik des »gerechten« Krieges und der Darstellung von Krieg als »Polizeiaktion« folgt. Nach 1945 hatte es eine allgemeine Ächtung des Krieges gegeben und drei große Kriege in der Zeit nach 1945 erwiesen sich vor allem aufgrund der Haltung in der eigenen Bevölkerung als unführbar: der Algerienkrieg Frankreichs, der Vietnamkrieg der USA und der Afghanistankrieg der Sowjetunion. Seitdem wurde und wird überlegt, wie Kriege wieder führbar gemacht werden können: sie sollen keine normalen Bürger des kriegsführenden Landes treffen, sondern von einer Berufarmee (oder im Geist des Neoliberalismus von Söldnerarmeen) ausgeführt werden (in der aktuellen Debatte in Deutschland um die Wehrpflicht geht es um die Führbarkeit von Krieg – auch wenn das teurer ist); sie sollen kurz sein, so daß keine größeren Debatten entstehen (zur Erinnerung: das NATO-Bombardement gegen Jugoslawien sollte ursprünglich nur zwei Tage dauern!); und sie sollen sich als gezielte, chirurgische Schläge darstellen lassen, die die Zivilbevölkerung verschonen – diese Präsentation von Kriegen ist in erster Linie zur Aufgabe der Medienabteilungen geworden.

Der Verlauf der Bombardierung Afghanistans zeigt das ganze Dilemma dieser Anforderungen. Nach einigen Wochen anscheinend wirkungsloser Bombardierung geriet die Kriegsführung mit Streubomben gegen die Zivilbevölkerung usw. immer mehr in die Kritik. Die USA mußten den Warlords der Nordallianz einen sehr viel größeren Spielraum gewähren, als sie es beabsichtigt hatten, und konnten deren Vorrücken auf Kabul nicht mehr stoppen.

Paradoxerweise führten die humanitären Bedenken gegen die Kriegsführung aus den Kreisen der europäischen politischen Eliten nach einem Monat »erfolglosen« Bombardements – von der Kritik an Streubomben bis zum Ruf nach einer Feuerpause – zur *Brutalisierung der Angriffe*. Um der Stimmung gegen den Krieg entgegenzuwirken, mußten schnelle »Erfolge« vorgezeigt werden, wozu verstärkt zivile Ziele und Infrastruktur bombardiert

wurden. Die »öffentliche Meinung« ist immer auf der Seite der »Sieger« – im Vietnam-Krieg war es die militärische Erfolglosigkeit und die Zahl der toten GIs, die zur Ausweitung der Anti-Kriegs-Bewegung beitrugen.

### *Symbolisches »nation building«*

Erst mit der Präsentation lachender Frauen im »befreiten« Kabul hatten die PR-Abteilungen der Kriegsministerien genügend Material, und die Stimmung kippte. Das Land galt als »befreit« und die weitere Kriegsführung der USA mit Unterstützung anderer NATO-Länder geriet in den Schatten des völlig irrealen »Wiederaufbaus« Afghanistans. Dieser beschränkt sich auf Vorzeigeprojekte in Kabul – wo die internationale Presse ist – und pure Simulation. Der stellvertretende Direktor der UN-Sondermission Afghanistan brachte es auf den Punkt: »Wir versuchen den Eindruck zu erwecken, es werde regiert. Symbolik ist wichtig.« Zu dieser Symbolik gehören auch die Zahlen von zurückkehrenden Flüchtlingen aus Pakistan und dem Iran, die hauptsächlich darauf beruhen, daß jede Familie pro Kopf ein »Begrüßungsgeld« von 20 Dollar erhält. Der Veranstalter der Aktion, der UNHCR, geht selbst davon aus, daß die meisten vor dem nächsten Winter Afghanistan wieder verlassen werden, weil es im Land keine Überlebenschancen gibt. Nachdem es im April zu Bauernunruhen gekommen war, verzichtete die Regierung Karzai umgehend darauf, das angekündigte Verbot des Anbaus von Schlafmohn durchzusetzen. Die Regierung hatte ihnen eine Abfindung von 350 Dollar pro Acre (0,4 Hektar) angeboten, während der Opiumanbau auf dieser Fläche etwa das Zehnfache einbringt. Die einzigen konkreten Pläne zum »Wiederaufbau« bestehen bis heute in den Abkommen zum Bau einer Pipeline, der vielleicht zehntausend Jobs auf den Baustellen bringen würde – in einem Land mit 27 Millionen Menschen.

### **Ein »zögerlicher Imperialist« und die Krise des Kapitals**

Die Art der Kriegsführung in Afghanistan hat Parallelen auf weltpolitischer Ebene: die Kündigung des ABM-Vertrages, die Veröffentlichung einer neuen Nuklearstrategie mit atomaren Gefechtsfeldwaffen, die von Bush präsentierte Doktrin des »Erstschlags« und ein Aufrüstungsprogramm, das den Anteil der USA an den weltweiten Rüstungsausgaben von bisher etwa 36 auf 40 Prozent steigern dürfte (die angekündigte Steigerung des Rüstungsetas für das

nächste Jahr um 48 Mrd. Dollar entspricht etwa dem doppelten des italienischen oder anderthalbfachen des deutschen Militärhaushalts). Jüngster und scheinbar grotesker Ausdruck dieses Ringens um Vormachtstellung im Weltsystem ist der Konflikt um den Internationalen Strafgerichtshof. Um ihre Ablehnung einer solchen supranationalen Instanz zu unterstreichen, wurde ein Gesetz verabschiedet, das die militärische Intervention in den Niederlanden (dem Sitz des Gerichtshofs) für den Fall ermöglicht, daß ein us-amerikanischer Staatsbürger vor ihm angeklagt wird.

Befinden sich die USA auf dem Weg zu einer imperialen Weltmacht, oder entspringt ihre Kriegspolitik umgekehrt aus ihrem krisenhaften Niedergang als hegemoniale Macht im kapitalistischen Weltsystem? Der »Kalte Krieg« ist zwar zu Ende, aber die »Neue Weltordnung« die Bush sen. 1991 vorschnell ausgerufen hatte, ist nicht in Sicht.

Das Vorgehen der USA steht in immer deutlicherem Widerspruch zu der Vorstellung, nationalstaatliche Macht werde mehr und mehr an supranationale Organisationen wie die WTO, den IWF, die UNO oder die NATO übergehen. In dem als »Globalisierung« dargestellten Angriff auf die Arbeiterklasse hatten die Staaten sich selber als Opfer eines übermächtigen Prozesses dargestellt, um ihre Krisenangriffe als Sachzwänge darstellen zu können. Richtig an diesem Bild ist nur zweierlei: Staaten sind nie für sich allein »souverän«, sondern nur im Zusammenhang eines weltweiten Staatensystems, in dem es ein deutliches Machtgefälle gibt. Und zweitens können Staaten als politische Ebene der kapitalistischen Gesellschaft nie »souverän« in dem Sinne sein, wie es der globalisierungskritische Ruf nach einem »Primat der Politik« über die Ökonomie unterstellt. Sie können lediglich einen Verwertungsprozeß absichern und moderieren, dessen Entwicklung außerhalb der Reichweite ihrer Steuerungsmöglichkeiten liegt. Aber »Souveränität« im eingeschränkten staatlichen Sinne ist in letzter Instanz an das Gewaltmonopol von Staaten gebunden, auch wenn dies im Globalisierungsdiskurs der 90er Jahre mit seinen Illusionen von Marktwirtschaft und Zivilgesellschaft oft vergessen wurde. Organe wie der IWF oder die WTO sind rein vertragliche Vereinbarungen zwischen Staaten, die dadurch nie auf ihr Gewaltmonopol verzichteten. Und damit sind sie selber abhängig von den Machtbeziehungen zwischen den Staaten, die sie bilden. Im Detail läßt sich das an der Ausrichtung von internationalen Organisationen wie dem IWF oder der WTO zeigen, die Instrumente der mächtigeren Staaten bei der Durchsetzung ihrer Verwertungsinteressen sind.

## *Auf dem Weg zu einem neuen Kolonialismus?*

Der intellektuelle Streit um die Neuordnung der Welt beruht nicht auf theoretischen Problemen, sondern auf den objektiven Widersprüchlichkeiten.

Unabhängig von der modischen linken Debatte um das »Empire« von Hardt/Negri hat sich seit dem 11.9./7.10. eine Debatte um Imperialismus und Imperium in rechten Kreisen der USA entwickelt. In dieser Debatte wird ein positives Bekenntnis zum Imperialismus gefordert, wobei u.a. geschichtliche Umdeutungen des historischen Imperialismus zu einer notwendigen Verteidigungsmaßnahme der zivilisierten Länder gegen das um sich greifende Piratenwesen vorgenommen werden. Historiker und Politologen fordern die USA auf, sich positiv zu ihrer Rolle als einzige »imperiale« Macht oder als Empire zu bekennen und verweisen darauf, daß die USA heute gemessen an ihrer militärischen Dominanz weit mehr Empire sind, als es Rom oder England je gewesen sind. Es fehle nur die richtige Einstellung der Regierungen und Haltung der Öffentlichkeit dazu, um daraus eine konsequente Politik abzuleiten.

Die rechte Debatte geht davon aus, daß es mit den Mitteln der Entwicklungshilfe und der internationalen Diplomatie (»nation building«) nicht mehr möglich sei, in bestimmten Regionen der Welt die Ordnung aufrechtzuerhalten. In Ländern wie Afghanistan, Sierra Leone, Angola oder Somalia sei daher eine direkte Übernahme der Verwaltung des Landes – eben Kolonialismus (oder »Protektorate« oder »Mandatsgebiete«) – erforderlich. Und nur die USA verfügten über die militärische Kapazität, dies durchzusetzen. Zudem habe sich gezeigt, daß die UNO oder andere internationale Organisationen aufgrund ihrer »demokratischen« Verfahrensweise keine geeigneten Instrumente seien, das Erforderliche zu tun. Hier wird an der Legitimation für neue Formen imperialer oder direkt kolonialer Kontrolle durch die USA gearbeitet.

(Nebenbei: die Argumente sind im Kern die gleichen, mit denen in der hiesigen provinziellen Debatte von den Antideutschen die weltweite »zivilisatorische Mission« der USA verteidigt wird. Ähnlich ist auch die angstbesetzte Propaganda mit Bildern vom Untergang im Chaos der unzivilisierten Horden, die über uns hereinbrechen – im Grunde trauert diese regressive »Linke« der Weltordnung des Kalten Krieges nach, die auch die einzige Ordnung in ihren Köpfen darstellte. Versatzstücke des spezifisch amerikani-

schen Auftrags finden sich allerdings auch in Negris postmodernem »Empire« und seinem Loblied auf die Besonderheit der amerikanischen Verfassung.)

»*Imperial overstretch*«

Welche Substanz hat diese Perspektive eines vom US-Imperium beherrschten Weltsystems? Von antiimperialistischer Seite wird die rechte Debatte begierig aufgegriffen und als weiterer Beleg für ihre Kritik am US-Imperialismus genommen. Sicherlich sind die USA heute militärisch in einem Maße dominierend wie es bisher keine Nation im Weltmaßstab war – gemessen an ihren Rüstungsausgaben und ihren technologischen Möglichkeiten. Aber wenn aktuell der größte Widerstand gegen einen Angriff auf den Irak aus dem US-Militär kommt und eingestanden wird, daß es ein halbes Jahr dauern wird, um die in Afghanistan verschossene Munition zu ersetzen, werden daran auch die Grenzen dieser Macht sichtbar. In den 90er Jahre hatte es die us-amerikanische Militärstrategie als ihre größte Herausforderung begriffen, zwei Kriege wie den Golfkrieg *gleichzeitig* führen zu können. Mit der Vorstellung eines Imperiums hat das wenig zu tun.

Der moderne kapitalistische Krieg ist ein Krieg der industriellen Produktion, der Umsetzung industrieller, also spezifisch kapitalistischer Produktivität in die Destruktivität der Kriegstechnik. *Die militärische Dominanz eines Landes ist letztlich an seine industrielle Kapazität gebunden.* Ende der 80er Jahre prophezeite der Historiker Paul Kennedy den USA das gleiche Schicksal wie das von Spanien um 1600 oder von England um 1900: seine Wirtschaftskraft werde mit seinen imperialen Ambitionen nicht Schritt halten können – »imperiale Überdehnung« (»imperial overstretch«).

In den 90er Jahren revidierte er seine These mit Hinweis auf den beispiellosen Boom der US-Wirtschaft. Er übersah dabei die Problematik dieses Booms, der vor allem einer des Kapital- und Güterimports in die USA war, von dem die auf Sand gebaute »New Economy« und der Börsenboom zehrten. In den letzten Monaten haben sich die Kapitalströme in die USA deutlich verlangsamt und die Regierungsökonomien äußern sich erbost darüber, daß trotz ihrer guten Konjunkturdaten der Dollar immer weiter abrutscht. Selbst wenn es in den USA jetzt zu einem neuen Konjunkturaufschwung käme und nicht bloß zu dem vielfach befürchteten »double-dip«, d.h. einem kurzen Zwischenhoch gefolgt von einem vertieftem Ein-

bruch, würden sich das Handelsbilanzdefizit und die Staatsverschuldung weiter verschärfen. Nichts deutet darauf hin, daß sich wieder eine Attraktivität der us-amerikanischen Aktien- und Wertpapierbörsen wie Ende der 90er Jahre einstellt, die für die Finanzierung der geplanten Aufrüstung und Kriegsführung erforderlich ist.

Vordergründig ist es die »Enronitis« und das Aufdecken immer neuer Schwindelunternehmen, die zur Zurückhaltung an den Börsen führen – aber Enron genauso wie Argentinien sind nur Ausdruck des *absoluten* Fehlens profitabler Anlagemöglichkeiten. Der Vergleich mit den Weltmächten Spanien oder England hinkt daher auch, da es im Krisenverlauf seit Mitte der 70er Jahre nicht um die Ablösung einer hegemonialen Macht durch eine andere geht – das ökonomische Zurückfallen der USA ist nur ein Moment in der Krise der Weltökonomie. Zur Zeit scheint sich die Bush-Regierung in eine protektionistische Richtung zu bewegen (Stahlzölle, Landwirtschaftssubventionen), um die eigene Ökonomie zu stärken und auch, um in der Rüstungsproduktion (Stahl!) nicht zu sehr vom Ausland abhängig zu werden – ähnliche Befürchtungen werden bereits gegenüber einer zu großen Abhängigkeit der US-Industrie von der Computerteile-Produktion in Taiwan und China laut. Dilemma der Globalisierung!

Ohne ein neues Akkumulationsmodell und einen neuen Industrialisierungsschub wird es weder ein US-amerikanisches noch sonst ein Imperium geben können. Die heutige Tendenz zum Krieg und die seit 1998 wieder verstärkte militärische Aufrüstung sind Ausdruck der globalen Krisensituation, aber sie enthalten keine Lösungen für diese Krise. Als politische Lösung hat Krieg immer nur dann funktioniert, wenn sich das Proletariat in seine soziale Logik der Zerstörung und der Unterordnung unter die Gewalt einbeziehen ließ. Für die Herrschenden ist es heute ein ungelöstes und möglicherweise unlösbares Problem, große Kriege wieder führbar zu machen und mit ihnen, die sozialen Einschränkungen und die Unterordnung unter das Kapitalkommando durchzusetzen, die sie erfordern und auf die sie zielen. Gerade deswegen ist aber zu befürchten, daß sie unter Einsatz ihres gesamten technischen Arsenal an Bomben und Zerstörungskraft versuchen werden, ein Macht- und Ausbeutungsverhältnis aufrechtzuerhalten, dem zunehmend die materielle und soziale Basis fehlt. ■

**Frankreich:** Zimmerfrauen streiken gegen Accor

Beilage zum  
**Wildcat-Zirkular 64**  
Juli 2002

**China:** Streiks und soziale Kämpfe im Wirtschaftswunder



**Argentinien:**  
Aufstand gegen die Politik



**Italien:** Il movimento dei movimenti - MigrantInnenstreiks





## Argentinien: Aufstand gegen die Politik

### Ein Reisebericht über piqueter@s und asambleas, besetzte Betriebe und betrogene Sparer

Als im Dezember aus Argentinien die Nachrichten von einem Volksaufstand, von gestürzten Regierungen und Versammlungen auf den Straßen kamen, hatten wir den Eindruck, dass dort etwas Neues passiert, das nicht nur für die ArgentinierInnen, sondern für uns alle von Bedeutung sein könnte. Grund genug für eine **Argentinien-Beilage zum letzten Zirkular**<sup>1</sup>, und für eine **Reise**. Im April bis zum 1. Mai war ich drei Wochen in Buenos Aires und hatte dort die Gelegenheit, mir die Bewegungen, die sich am 19./20. Dezember explosionsartig zu Wort gemeldet haben, aus der Nähe anzusehen. Der April war im Vergleich zu den Vormonaten eine 'ruhige Zeit'. Trotzdem gab es kaum einen Tag ohne Demos, Kundgebungen oder Straßenblockaden: gegen den IWF, gegen Preiserhöhungen, Entlassungen, Zwangsräumungen – für mehr Geld für Gesundheit und Bildung, für die Freiheit aller politischen Gefangenen, Festeinstellungen, Sozialtarife, Palästina, Kuba, undsoweiter. Seit dem 19. Dezember wurden in Argentinien mehr als 2000 *cacerolazos*<sup>2</sup> gezählt.

**Die Mobilisierungen gehen weiter**, aber es wäre falsch, von 'der Bewegung' zu sprechen, denn dort sind sehr verschiedene soziale Akteure am Werk. Auf der proletarischen Seite sind das in erster Linie die *pique-*

---

<sup>1</sup> Beilage zum Wildcat-Zirkular Nr. 63, März 2002: Der Dezemberaufstand und seine Vorgeschichte; Entwicklung des Kapitalismus in Argentinien; Peronismus; Klassenkämpfe von den Anfängen des letzten Jahrhunderts bis zur letzten Militärdiktatur 1976.

<sup>2</sup> *cacerolazo*: von *cacerola* – Kochtopf: Demonstration, bei der durch Schlagen auf Kochtöpfe Lärm gemacht wird. Der Aufstand im Dezember fing mit einem spontanen *cacerolazo* an.

ter@s<sup>3</sup>, die Bewegung der arbeitslosen ArbeiterInnen, die sich seit Mitte der 90er Jahre organisieren und immer wieder mit großen Blockaden das Land lahmlegen, sowie die ArbeiterInnen der besetzten Betriebe. Auf der anderen Seite die sogenannte Mittelschicht: sie ist im Dezemberaufstand zum ersten Mal massenhaft auf die Straße gegangen, wo sie die *piqueter@s* getroffen und gemeinsam mit ihnen die Regierung gestürzt hat. Seitdem organisiert sich die Mittelschicht in Nachbarschaftsversammlungen auf der Straße und probiert Basisdemokratie aus, und 'Betrogene SparerInnen' fordern vor den Banken ihr Geld zurück.

Argentinien hatte das Image eines reichen und 'weissen' Landes – ein Musterland des Neoliberalismus, wo alle von europäischen Einwanderern abstammen und wo eine breite Mittelschicht gut lebt. Auch wir haben den Artikel zum Aufstand mit diesem Bild eingeleitet, das wir inzwischen aber für fragwürdig halten; es dürfte eher dem Selbstbild der meinungsmachenden Schichten entsprechen, als der Realität. Wenn man die Innenstadt von Buenos Aires in Richtung Stadtrand verläßt, sieht das Panorama zunehmend arm und 'lateinamerikanisch' aus (siehe S. 6-7). Bei einer Aktion von *piqueter@s*, die vor einem Supermarkt am Stadtrand demonstrieren und Lebensmittel fordern, sieht kaum jemand 'europäisch' aus – das Bild könnte ebensogut aus Bolivien stammen – und diese Armut ist auch nicht erst in den letzten Krisenjahren entstanden.

Richtig ist an dem Bild vom reichen Land, dass der Lebensstandard in Argentinien im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern hoch war, und dass es eine breite 'Mittelschicht' gab, d.h. eine breite Schicht von Menschen mit geregelter Arbeit und einem Einkommen, von dem sie halbwegs gut leben konnten, und mit dem sie sich abgesichert fühlten. Diese vermeintliche Sicherheit ist in den letzten Jahren zusammengebrochen. Die Krise bedeutet für die sogenannten Mittelschichten Verarmung, und für die, die schon vorher arm waren, krasse Verelendung.

Die Situation in Argentinien ist kompliziert und widersprüchlich. Das folgende ist mein Versuch, ein wenig Ordnung in das Chaos der vielen und so verschiedenen Eindrücke zu bringen.

---

<sup>3</sup> Von *piquete* – Streikposten. Statt vor Betrieben errichten die Arbeitslosen ihre Streikposten auf den großen Überlandstraßen.

## Der 19. und 20. Dezember – ein großer gesellschaftlicher Umbruch

»Nichts ist mehr so wie vorher« – dieser Satz, mit dem sie uns seit dem 11. September nerven, hat in Argentinien eine hoffnungsvollere Bedeutung – hier bezieht er sich auf den (Auf)-Bruch des 19. und 20. Dezember, als die Leute trotz Ausnahmezustand auf die Straße gegangen sind und *Basta* gesagt haben. *Alle* bekommen leuchtende Augen, wenn sie von diesen Ereignissen berichten. Den langen Schatten der Diktatur wurde mit diesem Aufstand zum ersten Mal massenhaft etwas entgegengesetzt. Denn die »30 000 Gründe, weiter zu kämpfen«, die 30 000 Menschen, die der Staat während der Diktatur 1976-83 verschwinden und ermorden ließ, lasten als Erbe und Warnung schwer. Nach den Kämpfen in den 70ern ist eine ganze Generation von RevolutionärInnen und kämpferischen ArbeiterInnen in der Diktatur buchstäblich ausgerottet worden. Dabei haben viele ängstlich weggeguckt und sich rausgehalten. Die Explosion am 19./20. hat die Angst kollektiv überwunden. Manche sagen, die Diktatur sei erst an diesen Tagen wirklich zuende gegangen.

»**Nie wieder Diktatur – Nie wieder: Halt Dich raus**«: Seit dem Ausbruch im Dezember ist massenhafte Einmischung angesagt. Bei einer Umfrage Anfang März gab jede/r dritte Befragte im Großraum Buenos Aires<sup>4</sup> an, schonmal an einem *cacerolazo* oder an einer Nachbarschaftsversammlung teilgenommen zu haben. Bei vielen Aktionen auf der Straße ist großes Selbstvertrauen zu spüren: 'Hier sind wir, ihr kriegt uns nicht mehr weg, ihr müsst mit uns rechnen. Wir wissen jetzt, wie man eine Regierung stürzt, und können das jederzeit wieder tun. Wir lassen uns nicht mehr regieren, wir nehmen die Sache selbst in die Hand.'

»**Sie sollen alle abhauen, kein einziger soll bleiben**« – das ist nach wie vor die Parole, die alle vereint. Damit sind die Politiker gemeint, und auch andere Elendsverwalter wie Gewerkschaftsfunktionäre. Aber was meinen die verschiedenen Beteiligten mit der Parole? Geht es nur darum, das korrupte Politikerpack zu verjagen, das den Staat jahrelang als Selbstbedienungsladen benutzt hat – oder geht es um eine Gesellschaft ohne

---

<sup>4</sup> Im Großraum Buenos Aires wohnen 13 Millionen Menschen, etwa ein Drittel der Landesbevölkerung. Buenos Aires wird unterteilt in den inneren Stadtbereich Capital Federal (3 Millionen EinwohnerInnen) und Gran Buenos Aires.

Staat? Solche Fragen werden in Argentinien zur Zeit nicht in kleinen Zirkeln und Hinterzimmern diskutiert, sondern auf der Straße. Allein in der Hauptstadt soll es etwa 140 *asambleas barriales* (Nachbarschaftsversammlungen) geben. Die Beteiligung ist im Laufe der Monate zurückgegangen, aber es gibt einen Kern von etwa 8000 Leuten, die jede Woche verschiedenste Themen von den eigenen Belangen bis zur großen Politik diskutieren (und wesentlich mehr Leute, die immer wieder bereit sind, auf die Straße zu gehen). Traditionelle Politik und Vertretung, und alles, was irgendwie danach aussieht, wird rigoros abgelehnt. Stattdessen probieren die Leute aus, wie denn eine wirkliche Basisdemokratie aussehen könnte.

Viele Normen und gesellschaftliche Benimmregeln sind zusammengebrochen. Wer hätte schon gedacht, seine biedere Nachbarin mit dem Kleistereimer in der Hand Plakate gegen die Preiserhöhungen an den Supermarkt kleben zu sehen, oder den elegant gekleideten Innenstadtmenschen, der mit dem Kochtopf auf die Blechfassade einprügelt, hinter der sich neuerdings fast alle Banken verstecken? Mich hat immer wieder die Selbstverständlichkeit beeindruckt, mit der die Leute Straßen, Plätze und öffentliche Orte erobern. Ein massenhaftes und alltägliches **'Reclaim the Streets'** – ohne das so zu nennen oder viel Aufhebens drum zu machen. Viele *asambleas* finden auf Straßenkreuzungen statt und leiten dafür stundenlang den Verkehr um. Auch kleine Demonstrationen und Kundgebungen bleiben nicht auf den Bürgersteigen, sondern nehmen sich mindestens einen Teil der Straße. Bei Demonstrationen, an denen *piqueter@s* beteiligt sind, übernehmen diese die Verkehrsregelung und den Schutz der Demo: am Anfang und am Ende geht je eine geschlossene Reihe mit Knüppeln, die sich auch an jeder Straßenkreuzung postieren, damit erst gar kein Autofahrer auf die Idee kommt, in die Demo reinzufahren.

Die Aktionsform der Straßenblockade, von den *piqueter@s* eingeführt, ist zum Allgemeingut geworden. Ob das arme Familien in den Außenvierteln sind, denen die kostenlosen Milchrationen für die Kinder gestrichen wurden, oder ein paar Kindergärtnerinnen samt Eltern und Kindern, die gegen fehlende Putzmittel und befristete Verträge demonstrieren – alle finden es völlig normal, zur Hauptverkehrszeit mehrspurige Straßen zu sperren. »Was sollen wir denn sonst machen, ein Jahr lang haben wir Eingaben gemacht, und keiner hat auf uns gehört – nach der ersten Blockade letzte Woche ist immerhin schonmal einer von der Stadt vorbeigekommen, um sich die Zustände hier im Kindergarten anzusehen«.

## Die Situation der MigrantInnen in Buenos Aires

Seit dem 3. Dezember 2001 – als die Bankguthaben eingefroren und später der 1:1-Umtausch des Peso gegen den Dollar aufgekündigt wurde – verlassen die bolivianischen und peruanischen MigrantInnen in Scharen das Land. Mit Fernsehern, Kühlschränken und anderem, wenn möglich.

Die Situation der lateinamerikanischen MigrantInnen vor dem währungs politischen Angriff lässt sich folgendermaßen beschreiben: Drei Millionen Menschen aus Bolivien, Peru und Paraguay sollen in den letzten Jahren mehr oder weniger heimlich in die Großregion um Buenos Aires eingewandert sein; sie bauen – meist auf öffentlichem Niemandsland in der ausufernden Stadtlandschaft – 85 Prozent (!) des Gemüses und der Früchte an, die die Menschen in der Region verzehren – während Argentinien nach wie vor Agrarprodukte auf den Weltmarkt exportiert (v.a. Getreide und Fleisch).

Zudem stellen sie einen großen Anteil der Hausangestellten und Bauarbeiter, der Textilarbeiterinnen und der urbanen Servicearbeiter wie Boten und Frischwaren-Ausfahrer. 1998 waren im legalen, formellen Arbeitssektor von Buenos Aires acht Prozent NichtargentinierInnen beschäftigt. Hinzu kommt, dass der Beschäftigungsanteil des informellen Sektors in Argentinien inzwischen bei ungefähr 40 Prozent liegen soll – und hier arbeiten die meisten MigrantInnen. Eine Haushaltsangestellte verdient ca. fünf Dollar pro Stunde – 400 \$ im Monat, wenn sie bei der Familie wohnt und ganztätig arbeitet. Auf dem Bau kommt man als Facharbeiter auf 30 bis 50 \$ am Tag, Unqualifizierte auf etwa 300 \$ im Monat im Dienstleistungsbereich. In Paraguay oder Bolivien erreicht man hingegen kaum 80 \$ im Monat. Zudem ist das Schul- und Bildungswesen in Argentinien nach wie vor gratis, und eine Mindestversorgung in den Krankenhäusern wird staatlich garantiert.

Buenos Aires galt seit über hundert Jahren als so europäisch und urban wie keine andere Metropole auf der südlichen Halbkugel. Seit zehn Jahren findet eine Ruralisierung und Indianisierung der Großregion statt.

Die lateinamerikanischen EinwandererInnen finden keinen regulären Platz in der Gesellschaft, haben aber eine Erwartung auf soziales Glück und eine bessere Zukunft, die sich von keiner Währungs- oder Austeritätspolitik hat zähmen lassen. Seitdem es die Einwanderung aus den anliegenden Ländern gibt, versucht der Staat, diese MigrantInnen behörd-

lich einzukreisen, die Einwanderung zu regulieren. Dadurch hat sich eine Einwanderungs-Bürokratie herausgebildet, wie wir sie aus der BRD kennen. Zur Jahreswende 1998/99 hat die Regierung ein neues Migrationsgesetz lanciert: Kriminalisierung der heimlich Eingereisten, der kommerziellen Fluchhilfe und der Beschäftigung von Illegalen, und »rigorose Kriterien bei der Selektion von Ausländern, wenn sie sich niederlassen wollen«. Zwei Jahre zuvor war genau das gleiche Gesetz im Parlament gescheitert, nur ein Paragraf wurde 1998 nicht wieder vorgelegt: finanzielle Belohnung für die Anzeige einer Person ohne legalen Aufenthalt.

Seit 1997/98 verschärfen Polizei, Politiker und Medien die Hetze gegen die lateinamerikanischen ImmigrantInnen: z.B. nahm allein das Kommissariat des Viertels Once (Innenstadt) 1998 täglich durchschnittlich 52 NichtargentinierInnen fest, insgesamt 12 500. Offiziell wurden 1998 ca. 5 000 Personen abgeschoben. Im Januar 1999 verhaftete die Polizei in Buenos Aires in einer Woche 1 500 illegale lateinamerikanische Migranten. 1998 bekam Siemens einen Großauftrag zur Herstellung neuer Ausweise, Errichtung von Wahlregistern (vergleichbar mit Landeseinwohnerämtern) und zur Ausstattung von 175 Grenzübergängen mit Kontrollinformatik.

Zugleich verschärft sich der allgemeine Rassismus auf der Straße gegen indianisch Aussehende. Der Rassismus der aus Europa Eingewanderten hatte immer etwas Absolutes: die Existenz von Menschen indianischer Abstammung wird bis heute in breiten Kreisen schlichtweg geleugnet. Es gebe keine Argentinier indianischer Herkunft, war und ist Mehrheitsmeinung.

Die halblegale Einwanderung und die Kontrolle von Aufenthalt und Arbeit in der Region hat einen Markt an informellen Dienstleistungsagenturen geschaffen, in der Vermittlungslücke zwischen Behörden und Migranten. Schon bei der Einreise beginnt das Geschäft der Agenturen. Als Touristen Einreisende müssen 1 500 \$ vorweisen. Für eine Stunde kann man sich das Geld z.B. von Busgesellschaften borgen, zu einer Leihgebühr von 10 Prozent. Eine behördliche Wohnsitz-Anmeldung von MigrantInnen in Buenos Aires kostet 200 \$. Man braucht u.a. eine Geburtsurkunde, ein Führungszeugnis und eine Einreisebestätigung. Es gibt Kleinunternehmen, die für ein Mehrfaches der 200 \$ alles erledigen, noch dazu, ohne dass man Monate, wenn nicht Jahre bei den Behörden warten muss. ...

Auszug aus: »Argentinien 2002 – Arbeitspapier der Materialien für einen neuen Antiimperialismus, März 2002« – vollständige Fassung: <http://www.materialien.org/americas/argentina/Argentinien2002.html>

## ArbeiterInnen unter Gewerkschaftskontrolle

Trotz aller Mobilisierungen ist doch eine Schwäche der Bewegung(en) nicht zu übersehen: Die ArbeiterInnen sind als solche nicht dabei. Sie sind als DemonstrantInnen auf der Straße und beteiligen sich als NachbarInnen an den *asambleas*. Aber ihre Macht, die kapitalistische Maschine anzuhalten, bringen sie (noch) nicht ins Spiel. Die Bewegung der *asambleas* ist eine Nach-Feierabend-Bewegung; ihre Aktionen finden vorwiegend spätnachmittags und am Wochenende statt.

In Betrieben, die noch funktionieren, ist es ruhig. Dort haben die ArbeiterInnen Angst, dass auch sie von Entlassung und Arbeitslosigkeit getroffen werden und damit wie so viele andere aus einer Mittelschichtsexistenz in Armut abstürzen könnten. Ausserdem stehen sie unter der Kontrolle der beiden peronistischen Gewerkschaften CGT und CGT-disidente. Die Zeit der gewerkschaftlichen Generalstreiks unter der Regierung De la Rúa scheint nach dem Aufstand und der Regierungsübernahme des Peronisten Duhalde vorbei zu sein. Der Aufruf der CGT-d zu einem landesweiten Streik für den 14. Mai wurde gerade wegen schlechtem Wetter abgesagt! Abgesehen davon, dass diese geniale Begründung sicher noch längere Zeit für böse Bemerkungen herhalten wird, besteht die Vermutung, dass der wahre Grund in irgendwelchen nichtöffentlichen Verhandlungen und Abkommen mit der Regierung zu suchen ist. Die beiden CGTs sind nicht nur reformistisch, korrupt und staatstragend – am 1. Mai gab es keine Straßenmobilisierung der CGT, aber ihr Präsident Daer traf sich demonstrativ mit Staatspräsident Duhalde zum Essen –, sondern auch noch mafiös. Die wenigen Versuche von innergewerkschaftlicher Opposition müssen mit Angriffen rechnen, wie z.B. dem Überfall einer verummten Prügelgarde der CGT-d auf das Lokal einer Gruppe von nicht linientreuen Taxifahrern.

Streiks finden vor allem im öffentlichen Dienst statt. Die LehrerInnen der Provinz Río Negro streiken wegen verspäteter Lohnzahlungen, ausstehendem Weihnachtsgeld und dem schlechten Zustand der Schulgebäude. Um den Konflikt auszuweiten, blockieren sie am 3. und 4. April nach 60 Tagen Streik gemeinsam mit anderen Staatsbediensteten, den ArbeiterInnen der besetzten Fabrik Zanón, *piqueter@s* und RentnerInnen zentrale Landstraßen und Brücken. Im April zieht eine Karawane von Angestellten des Bildungswesens aus dem Landesinneren nach Buenos Aires. Aus-

gangspunkt für die heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, die Ende April in mehreren Provinzen stattfinden, sind ebenfalls Mobilisierungen von Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes.

Die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes (ATE) und der LehrerInnen (CTERA) gehören dem Dachverband CTA an, der vor zehn Jahren als Alternative zur peronistischen CGT gegründet wurde, mit kämpferischer Rhetorik und einem offeneren Organisationsmodell (hier können sich auch Arbeitslosengruppen oder gewerkschaftsuntypische ArbeiterInnen wie Prostituierte organisieren). Aber die Hoffnung auf eine kämpferische Organisation wurde schnell enttäuscht, und mußte spätestens mit der Ablösung der Regierung von Menem (Peronist) durch De La Rúa mit seiner von der CTA unterstützten Alianza begraben werden. Sämtliche ArbeiterInnenkämpfe – wie auch der Streik und die Ausweitungsversuche der LehrerInnen – müssen gegen die Gewerkschaftsführungen durchgesetzt werden, die nur als 'Gewerkschaftsbürokratie' oder kurz als 'die Bürokratie' bezeichnet werden. In einigen Betrieben und Gewerkschaften gibt es oppositionelle Delegierte oder Gruppen, und die Motorradkuriere haben die erste (und bisher einzige) unabhängige Gewerkschaft (SIMeCa) gegründet. Aber die meisten Kämpfe sind Defensivkämpfe gegen Entlassungen oder wegen nicht gezahlter Löhne. Das Ende der Gewerkschaftsbürokratie und der unbefristete Generalstreik sind eine beliebte Parole bei Demonstrationen, die aber von der Realität wohl doch noch ziemlich weit entfernt ist. Im Zentrum der Versuche, sich als ArbeiterInnen unabhängig zu organisieren, stehen die besetzten Fabriken.

## **Brukman und Zanón unter Arbeiterkontrolle**

Dem Beispiel der ArbeiterInnen der Keramikfabrik Zanón in der Provinz Neuquén, die schon am 2. Oktober letzten Jahres die Fabrik besetzt haben, folgten am 18. Dezember die Textilarbeiterinnen von Brukman in Buenos Aires. Inzwischen sind noch weitere Betriebe, die vor der Pleite standen und von den Besitzern verlassen wurden, von den ArbeiterInnen besetzt und ans Laufen gebracht worden. Die Kämpfe sind defensiv. »Wir wollen arbeiten« steht riesengroß an der Brotfabrik Panificación 5, die Mitte April in einem Vorort von Buenos Aires besetzt worden ist. Hier wird nicht das Ende der Ausbeutung gefordert, sondern zunächst nur die

Teilnahme an ihr – 'richtige Arbeit' statt der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für lächerliche Unterstützungszahlungen, die der Staat anzubieten hat. Die Fabrikbesetzungen sind in erster Linie Überlebensstrategien in der dramatischen Krisensituation, keine Strategie des Klassenkampfes. Sie könnten jedoch innerhalb der defensiven Situation zu Kristallisationspunkten für neue Ansätze von Kämpfen werden. Die ArbeiterInnen von Zanón und Brukman tun einiges dafür, dass dies passiert.

Bei **Brukman**, einer Fabrik für Herrenkonfektion mitten in Buenos Aires, haben 115 Arbeiterinnen, überwiegend Frauen gearbeitet. Schon seit Wochen waren nur noch Teile des Lohns bezahlt worden; mal 50 Pesos (damals noch 50 US\$, heute etwa ein Drittel), mal aber auch nur fünf pro Woche. Dann wird den Arbeiterinnen gesagt, sie bräuchten nicht mehr zu kommen, weil es keine Arbeit mehr gäbe. Sie organisieren ein Treffen und beschließen, zwecks Rettung ihrer Arbeitsplätze die Fabrik zu besetzen. Die Besitzer erscheinen und erklären, dass sie kein Geld mehr haben, übergeben den Arbeiterinnen den Schlüssel und machen sich mitsamt Geschäftsleitung und Vorarbeiterinnen aus dem Staub. Zehn Tage lang suchen die Arbeiterinnen per Presse und Ministerium ihre verschwundenen Ausbeuter. Dann machen sie die erste Straßenblockade und beginnen, Produktion und Verkauf selbst zu organisieren. Teilweise beliefern sie die alten Kunden, und daneben verkaufen sie in einem eigenen Laden zu viel niedrigeren Preisen als früher.

Drei bis viermal pro Woche treffen sich die Arbeiterinnen zu einer Versammlung im Betrieb, bei der sie die Arbeit organisieren, die politischen Aufgaben verteilen und alle Entscheidungen treffen. Sie haben eine Kommission von sechs Personen gewählt, die sie nach außen vertritt. 54 Arbeiterinnen machen die Besetzung mit. Alle verdienen jetzt den gleichen Lohn von 150 Pesos pro Woche. Sie sagen, dass sie eigentlich zu wenige sind, um die ganze Arbeit und alle sonstigen Aktivitäten hinzukriegen. Sie versuchen, ihre früheren Kolleginnen, die sich noch nicht trauen, zum Mitmachen zu gewinnen. Platz wäre für bis zu 400 Arbeiterinnen, und zur Erweiterung der Produktpalette schlagen sie gemein- und nützliche Dinge wie Bettlaken für Krankenhäuser oder Schulkittel vor. Sie wollen den Betrieb nicht selbst – mitsamt der Schulden – als Kooperative übernehmen, sondern fordern die Verstaatlichung unter Arbeiterkontrolle, und wenn der Staat den Laden nicht übernehmen will, dann soll er sie wenigstens einfach da weiterarbeiten lassen.

Die Besetzung fällt genau in die Zeit des *Argentinazo* und des Entstehens der *asambleas*. Die Brukman-Arbeiterinnen haben von Anfang an die Unterstützung der Nachbarn und der umliegenden Nachbarschaftsversammlungen. Leute bringen Lebensmittel vorbei; vor dem Betrieb wird unter einer Plane eine Volksküche eingerichtet. Die Arbeiterinnen organisieren selbst Nachtwachen in der Fabrik, die durch UnterstützerInnen vor dem Tor verstärkt werden. Am Samstag, 16. März, räumt die Polizei die wenigen anwesenden Arbeiterinnen mit Gewalt aus der Fabrik, um eine Kontrolle des Inventars durchzuführen. 200 UnterstützerInnen aus verschiedenen *asambleas* kommen zur Fabrik und erreichen mit einem *cacerolazo* und mehrstündigen Straßenblockaden, dass die Räumung abgebrochen wird. Auch am nächsten Tag kommen viele Leute zum Schutz der Besetzerinnen vor die Fabrik.

Obwohl die meisten Arbeiterinnen vorher keinerlei politische Erfahrung hatten, haben sie die Besetzung autonom, ohne Gewerkschaft oder Parteien organisiert. Einer der sechs gewählten VertreterInnen war vorher Gewerkschaftsdelegierter in der Fabrik gewesen. Die Arbeiterinnen verlangen von ihm, dass er erst von diesem Posten in der Gewerkschaft, die sie nie unterstützt hat, zurücktritt, um 'frei' zu sein für seine neue Aufgabe. Erst nach zwei Monaten Besetzung, zu einem Treffen der Arbeiterinnen mit dem Ministerium im Februar, läßt sich die Gewerkschaft blicken, um zu beteuern, dass sie auf der Seite der Arbeiterinnen stünde und sie sowieso schon immer unterstützt hätte. Aber da ist es bereits zu spät für diesen Versuch der feindlichen Übernahme – die Brukman-Arbeiterinnen wollen von der Gewerkschaft nichts mehr wissen. Stattdessen nehmen sie Kontakt zu den Arbeitern der besetzten Fabrik Zanón in Neuquén auf. Sie wollen sich nicht darauf beschränken, 'ihre' Betriebe ans Laufen zu bringen und die eigenen Arbeitsplätze zu retten, sondern versuchen, von dieser Basis aus ein Bündnis kämpferischer ArbeiterInnen aufzubauen.



## ... gegen den Waffenstillstand der Gewerkschaftsbürokratie

»Ole, ole, Straßenblockaden und Basisversammlungen, und dann alle auf zum Generalstreik« – ist eines der auf ArbeiterInnen-Demos beliebten Lieder. (Der Sound der Arbeiterklasse und ihrer Trommelgruppen ist übrigens wesentlich besser als das Kochtopfgeklapper der Mittelschicht). Bis zum Generalstreik müssen vermutlich noch einige Demokilometer zurückgelegt werden, und noch versucht nur eine kleine Minderheit, die Arbeitereinheit von unten aufzubauen – aber es sind immerhin beeindruckende Versuche. Am 11. April findet im Rahmen eines vom *Bloque Piquetero*<sup>5</sup> ausgerufenen landesweiten Aktionstages eine Demo mit 2000 TeilnehmerInnen von Brukman aus zum Arbeitsministerium statt, mit verschiedenen Organisationen von *piqueter@s*, Transportarbeitern, Lehrerinnen und Unidozenten, Beschäftigten aus Öffentlichem Dienst und Gesundheitsbereich, ein paar Delegierten aus Metall- und Chemiebetrieben, und natürlich den ArbeiterInnen von Brukman und Zanón. Die Demo zieht zum Büro der Firma TyC (Torneos y Competencias), die die Sportzeitung *El Gráfico* eingestellt und ihre ProduzentInnen entlassen hat. Eine Gruppe der Entlassenen kämpft seit sechs Wochen von außen für ihre Arbeitsplätze und die Weiterführung der Zeitschrift, mit einer Mahnwache vor dem Betrieb und Aktionen gegen die Eigentümer.

Als nächstes trifft die Demo vor der Hauptpost auf eine ebenso große Kundgebung der Postbeschäftigten, die unter Gewerkschaftsregie gegen weitere Entlassungen protestieren (bei der Privatisierung wurde die Zahl der Beschäftigten von 20 000 auf 12 000 reduziert, nun sollen mit der Schließung unrentabler Filialen weitere 1 600 entlassen werden). Diese

---

<sup>5</sup> Nach zwei großen landesweiten Versammlungen der *piqueter@s* im Juli und September 2001 kam es Ende des Jahres zur Spaltung, nachdem die im Gewerkschaftsdachverband CTA organisierten *piqueter@s* Verhandlungen mit der Regierung aufgenommen hatten. Organisationen von *piqueter@s* mit trotzkistischer und kommunistischer Tendenz bildeten daraufhin den *Bloque Nacional Piquetero*. Gewerkschafts- und parteiunabhängige Organisationen von *piqueter@s* sind in der *Coordinadora Aníbal Verón* zusammengeschlossen (benannt nach dem Arbeiter, der im Mai 2000 bei einer Demonstration in Mosconi, Provinz Salta, erschossen wurde, was dort zum Aufstand führte).

Demo sieht anders aus: ein Gewirr von weißblauen Nationalflaggen<sup>6</sup>, und auf der Tribüne stehen dickbäuchige Funktionärstypen mit Anzug und Krawatte. Eine Gruppe der Kundgebungsteilnehmer kann zwar durchsetzen, dass jemand von der Arbeiter-Demo ein Grußwort spricht, aber zu einer Verbindung der so verschiedenen Mobilisierungen kommt es nicht.

## ArbeiterInnen-Konferenz auf der Straße

Zwei Tage später, am 13. April findet auf Einladung der ArbeiterInnen von Brukman und Zanón ein 'Treffen zur Verteidigung der besetzten Fabriken' vor der Brukman-Fabrik statt. Zu dem Zweck wird mal wieder die Straße abgesperrt und bestuhlt. 700 Leute debattieren vier Stunden lang über die Zukunft des Klassenkampfes. Es sind fast nur beschäftigte und arbeitslose ArbeiterInnen gekommen, ein ähnliches Spektrum wie auf der Demo, und kaum VertreterInnen von *asambleas*.

Als Redezeitregel gilt: Leute aus Betrieben sollen es nicht übertreiben, haben aber keine Redezeitbeschränkung; VertreterInnen von Nachbarschaftsversammlungen oder Arbeitslosenorganisationen haben fünf Minuten pro RednerIn, Parteien und Menschenrechtsorganisationen zehn Minuten, aber nur einE RednerIn pro Organisation, und die auch erst am Ende des Treffens. Eine wirkliche Diskussion kommt in diesem großen Rahmen nicht zustande. Es gibt Berichte über betriebliche Konflikte, politische Vorschläge, Aufrufe, Statements und Unmengen von Grußadressen (darunter eine von den Arbeitern der Continental-Reifenfabrik Euzkadi in Mexiko, die seit Anfang Januar streiken und den Betrieb gegen den Abtransport der Maschinerie besetzt halten; persönlich anwesend sind zwei *compañeras* der besetzten Textilfabrik DYMAC aus Uruguay: »Was wir hier tun hat kein Land und keine Religion; wir Arbeiter sind eine Klasse.«).

---

<sup>6</sup> In diesem Fall war die Beflaggung besonders aufdringlich, aber die Nationalfahne darf auch an den besetzten Betrieben und auf Demos von *piqueter@s* nicht fehlen. Dort ist auch zu beobachten, wie Menschen, die in diesem Land offensichtlich nicht viel abbekommen, die Baseballkappen abnehmen, um die eigentlich unsingbare Nationalhymne zu singen, oder danach in 'Argentina, Argentina'-Rufe ausbrechen. Ein Ausdruck antiimperialistischer Tradition, wie er in ganz Lateinamerika zu beobachten ist? Oder ein Erbe des peronistischen Nationalismus? Oder der Anspruch auf Zugehörigkeit zu einem 'anderen Argentinien'?

Viele RednerInnen sprechen gegen die Gewerkschaftsbürokratie und für den Generalstreik: »Hier wird noch kein Generalstreik rauskommen, aber wir können anfangen, darauf hinzuarbeiten, und wenn wir uns einig sind, 'dass sie alle abhauen sollen', dann müssen wir auch sagen, was wir dafür tun, dass sie wirklich abhauen.« Statt der staatlichen Beschäftigungsmaßnahmen '*Planes Trabajar*'<sup>7</sup> werden 'richtige' Arbeitsplätze gefordert und Selbsthilfe durch Besetzungen propagiert: von den 120 000 Arbeitsplätzen, die in Argentinien in den ersten zwei Monaten des Jahres verlorengegangen sind, wurden 5000 durch die ArbeiterInnen gerettet, mit Besetzungen, Kooperativen und Selbstverwaltung.<sup>8</sup> Die Anwesenden beschließen gegenseitige Hilfeleistung: falls eine besetzte Fabrik geräumt werden sollte, soll das als Angriff auf alle von allen beantwortet werden. Eine gemeinsame Streikkasse wird eingerichtet, und der Anfang gleich mit einer Sammlung gemacht, damit die Uruguayerinnen eine Rückfahrkarte kaufen können. Den streikenden LehrerInnen aus Río Negro wird ebenso Unterstützung zugesagt wie den Bahnarbeitern, die zur Verteidigung von Arbeitsplätzen und Löhnen warngestreikt haben. Die Gewerkschaftsführung der Bahnarbeiter wird aber kritisiert, weil sie sich nicht klar gegen eine Fahrpreiserhöhung ausspricht, die die Unternehmer fordern: »Wir können nicht unsere Löhne auf Kosten der Lebenshaltungskosten des ganzen Volkes verteidigen.«

Bei Pepsico Snacks sind im Januar 52 Arbeiterinnen mit befristeten Verträgen nicht verlängert worden. Gewerkschaftsdelegierte im Betrieb haben eine Kampagne für ihre Wiedereinstellung angefangen, was von der Gewerkschaft kritisiert wurde, da die Prekären nicht in ihren Tarifvertrag und ihre Zuständigkeit fallen. Nun sind auch die Delegierten entlassen worden. Anwesend sind auch prekär Beschäftigte der Stadtverwaltung

---

<sup>7</sup> Diese Unterstützungszahlungen für gemeinnützige Arbeiten wurden 1989 nach Plünderungen eingeführt. Es gibt 150 Pesos pro Monat für den Haushaltsvorstand (entsprach früher 150 US-Dollar, jetzt nur noch etwa 50 Dollar). Die Armutsgrenze für eine vierköpfige Familie liegt jedoch zur Zeit bei 550 Pesos. Im Oktober 2001 lebten 14,5 Millionen ArgentinierInnen unter der Armutsgrenze; in diesem Jahr sind nochmal 5,5 Millionen dazugekommen – insgesamt 20 Millionen von 36 Millionen EinwohnerInnen.

<sup>8</sup> Laut Pressemeldungen, zitiert von einem Vertreter von Zanón. 5000 selbstverwaltete Arbeitsplätze klingt nach viel, ist aber gegenüber der Zahl von verlorengegangenen nur ein Bruchteil, und außerdem sind hier sämtliche Formen von Überlebensstrategien mit selbstverwalteter Arbeit, Kooperativen usw. gemeint. Die ArbeiterInnen, die die besetzten Betriebe zum Ausgangspunkt für Organisierung und weitergehende Kämpfe machen wollen, sind eine kleine Minderheit.

und der privatisierten Telefónica, die sich organisieren. Arbeitslose Bauarbeiter in der Provinz Jujuy haben das Gewerkschaftsbüro besetzt und sind mit Gewalt geräumt worden. »Der Gewerkschaftsführer Galián ist seit 12 Jahren im Amt, der vertritt nicht uns, der steht zur Regierung... er soll zurücktreten, wir werden weitermachen, bis wir das erreichen, koste es, was es wolle...«

Wichtigster Vorschlag der ArbeiterInnen von Brukman und Zanón ist die Herausgabe einer Arbeiterzeitung. Es reicht nicht aus, dass über die Kämpfe in verschiedenen linken Parteizeitungen berichtet wird. Die eigene Zeitung soll die Erfahrungen unter den ArbeiterInnen verbreiten. Nachdem sie nun schon die Fabriken selbst ans Laufen gebracht haben, haben sie keine Zweifel mehr, dass sie auch selbst eine Zeitung machen und verbreiten können (und manche sagen, dass sie nicht nur die Fabriken, sondern auch das Land selbstverwalten könnten, was aber von zwei Seiten aus bezweifelt wird: die einen meinen, dass sie das *noch* nicht können, und die anderen, dass sie das gar nicht wollen). Am nächsten Tag findet bei Brukman das erste Redaktionstreffen statt, und am 1. Mai wird die erste Ausgabe von »Unser Kampf – von der Basis aus« vorgestellt. Das Startkapital kommt aus Unikreisen, die Verteilung läuft über die besetzten Betriebe und andere kämpferische ArbeiterInnengruppen. Zur Zeitungsvorstellung und 1. Mai-Kundgebung vor Brukman kommen etwa 2000 Leute. Diesmal sind auch zwanzig *asambleas* vertreten.

## **Betrogene Sparer: Gebt uns unsere \$\$\$ zurück!**

Während ArbeiterInnen und *piqueter@s* versuchen, den Klassenkampf zu organisieren, fordern die 'Betrogenen Sparer'<sup>9</sup> in der Innenstadt vor der Tür der BankBoston ihre Dollars zurück. Jeden Montag, Mittwoch und Freitag treffen sie sich hier mit ihren Kochtöpfen zum Demonstrieren. Sie gehören teilweise zur gutsituierten Mittelschicht, die wahrscheinlich gleich wieder ruhig wäre, wenn sie nur ihre Dollars wiederbekommen

---

<sup>9</sup> Dies steht auf dem Transparent, mit dem sie beim monatlichen großen *cacerolazo* am 20. April zum ersten Mal als Block auftauchen. Transparente sind in Argentinien meist riesengroß und transportieren nicht Parolen und Forderungen, sondern Identitäten – Partei- oder Gruppenzugehörigkeiten.

würde. »Wir sind die *clase media*, wir schicken unsere Kinder zur Schule, wir zahlen unsere Steuern, und jetzt hat man uns beraubt«, erklären sie, und: »Wir brechen nie die Gesetze, wir sind keine Kriminellen.« Ein Schild erklärt, wie sie die Welt sehen: »Ohne Sparer kein Kredit – ohne Kredit keine Produktion – ohne Produktion keine Nation.«

Aber selbst bei den 'SparerInnen' (und noch mehr bei den *asambleas*) ist der Begriff Mittelschicht irreführend. Auch hier demonstrieren Menschen, die außer ihrer Arbeitskraft nur ein paar wenige Dollars hatten, an die sie jetzt nicht mehr herankommen – wie z.B. die Frau, die zu einer Art Sprecherin der SparerInnen wurde, nachdem sie bei einem Polizeieinsatz in der Bank besonders schlecht behandelt wurde. Auf Stadtteilversammlungen, bei Demonstrationen und in Talkshows hält sie nun flammende Reden, bis zum Letzten gegen die ganze Schweinebande zu kämpfen. Sie ist 46 Jahre alt, mußte mit sechs Jahren anfangen zu arbeiten, lebt mit ihren vier Kindern in einer Zwei-Zimmer-Wohnung und hat seit zwei Jahren keine feste Arbeit mehr. Vorher hatte sie einen Kiosk, den sie wegen der Krise und den unbezahlbaren Forderungen der Polizei nach Bestechungsgeldern schließen mußte. Bei der Einführung des *corralito* hatte sie noch 4500 \$ auf der Bank – das magere Ergebnis von vierzig Jahren Arbeit, die ihr nun staatlicherseits vorenthalten werden.

Der *corralito*<sup>10</sup>, das Einfrieren der Bankguthaben, war der Auslöser für die Revolte im Dezember gewesen. Zuerst waren noch Abhebungen von 250 Pesos pro Woche und Überweisungen möglich; später wurden die Konten ganz eingefroren. Reiche Leute haben sich Anwälte genommen, vor dem Verfassungsgericht gegen den *corralito* geklagt, Recht bekommen und ihr Geld weggeschafft. Die kleinen Sparer, die sich keine Anwälte leisten können, gingen leer aus. Im April machen sie wieder den Auftakt zu einer größeren Mobilisierung: Der Kongress will am 22.4. den 'Plan Bonex' beschließen, mit dem die eingefrorenen Guthaben in Bons umgewandelt werden sollen, die aber frühestens in fünf Jahren (oder bei Dollar-Bons in zehn Jahren) eingelöst werden können. Die SparerInnen umzingeln den Kongress und bleiben zum Teil die ganze Nacht dort. Am nächsten Tag mobilisieren auch die *asambleas* und linke Parteien. Tausende kommen zum Kongress und zum außerhalb liegenden Regierungssitz Olivos. »Die Zukunft ist schon da. Chau Präsident, hallo

---

<sup>10</sup> *corralito* – Laufstall für Kinder.

Volk« hat jemand auf die Straße geschrieben. Die Situation ist sehr angespannt. Der Wirtschaftsminister tritt zurück, aber Präsident Duhalde bleibt noch im Amt.

## **Asambleas: Versammlungen auf der Straße**

Die wichtigste Neuerung aus dem Dezemberaufstand sind die *asambleas barriales*, die Stadtteil- oder Nachbarschaftsversammlungen. So spontan wie die ersten *cacerolazos* entstanden sind – die ersten Topfdeckel werden geschlagen, und dann machen alle mit – haben sich auch die *asambleas* entwickelt: Ein paar NachbarInnen stellen sich auf der Straße zusammen oder setzen sich auf dem Rückweg von der Demo nochmal auf eine Kreuzung, andere gesellen sich dazu, und schon ist die *asamblea* und die Diskussion im Gange. Anfangs haben sich hunderte von Leuten an solchen Runden beteiligt, und es herrschte an manchen Orten karnevalsähnliche Fiestastimmung. Mit der Zeit haben sie sich organisiert: feste Tage und Orte einmal pro Woche vereinbart, die Treffpunkte mit Plakaten und an Wänden bekannt gemacht, Lautsprecheranlagen besorgt. Die *asambleas* finden öffentlich und unter freiem Himmel statt, in Parks oder mitten auf der Straße. Öffentliche Plätze und Straßen für Zusammenkünfte und Diskussionen zu erobern, ist nicht nur Mittel, sondern auch Zweck der Veranstaltung. Nur bei Regen wird die *asamblea* entweder in einen Raum oder auf den nächsten Abend verlegt.

Am Anfang werden zwei Versammlungsleiter gewählt, die darauf achten, dass alle zu Wort kommen und sich an die Redezeitbeschränkung von drei Minuten halten, sowie ein Protokollant, der sämtliche Vorschläge aufnimmt, damit sie am Ende zur Abstimmung gestellt werden. Diese Leute sollen nur koordinieren und können jederzeit, also noch am selben Abend, wieder abgewählt werden, wenn sie sich nicht an die basisdemokratischen Spielregeln halten. Diese Aufgaben, wie auch die Vertretung der Stadtteilversammlung auf der *Interbarrial*, dem wöchentlichen Koordinationstreffen aller *asambleas*, sollen rotieren. Die Versammlungen dauern in der Regel etwa drei Stunden, und der Zeitpunkt für das Ende wird vorher festgelegt, um zu verhindern, dass durch endlose Debatten die NachbarInnen vergrault werden und am Schluß nur die Kader der linken Parteien übrigbleiben. 'Sie sollen alle abhauen' ist bei den *asambleas*

nicht nur eine Parole, sondern wird zum Prinzip der Beziehungen untereinander: alle Verhaltensweisen, die an 'die Politik' erinnern, werden infrage gestellt, und durch selbstbestimmte basisdemokratische Regeln ersetzt. Die große Mehrheit der TeilnehmerInnen an den *asambleas* sind Frauen.

Der *corralito*, die Sperrung der Bankkonten, die im Dezember der Auslöser für die Mittelschicht war, auf die Straße zu gehen, ist in den *asambleas* kaum noch Thema. Inzwischen geht es um alles Mögliche von Problemen im Stadtteil über soziale Fragen bis zur großen Politik: Ein regelmäßiger Teilnehmer der *asamblea* und zwei seiner Kollegen von der Telefónica, der privatisierten Telefongesellschaft, sind entlassen worden – die *asamblea* beschließt, sie bei den Verhandlungen mit den Chefs am nächsten Tag durch eine Protestdelegation zu unterstützen. Mehrere Läden im Viertel fallen durch übertriebene Preise auf – die *asamblea* macht durch selbstgemachte Plakate darauf aufmerksam. Größere Mobilisierungen werden besprochen: gemeinsame Teilnahme und vorherige Mobilisierung im Stadtteil. Die Menschenrechtskommission der UNO will Kuba eine Rüge erteilen; die argentinische Regierung ist dafür – die *asamblea* ist dagegen.

'Warum kommen heute weniger Leute zu den *asambleas* als am Anfang? Was läuft schief, ist da nicht Selbstkritik nötig? Es reicht nicht aus, sich durch e-mails gegenseitig zu informieren – wir sollten mehr Wände bemalen und öffentlich Informationen verbreiten. Und wo ist der Spaß am Widerstand geblieben? erinnert ihr euch noch an die Tage im Dezember, was da für eine Stimmung hier auf der Straße war? Daran müssen wir anknüpfen!' Gesagt, getan: als die *asamblea* des benachbarten Stadtteils per Handy anruft, um mitzuteilen, dass sie soeben ein nächtliches *cacero-lazo* aus Protest gegen die geplanten Bankgesetze der Regierung beschlossen haben, ergibt die schnelle Abstimmung eine klare Mehrheit für die Teilnahme. Kurz vor Mitternacht tauchen die Leute aus dem anderen Stadtteil mit ihrem Transparent auf, und die *asamblea* verwandelt sich in eine singende und tanzende Demo.



## Kollektive Praxis

In den *asambleas* entstehen nicht nur Diskussionen und Beschlüsse, sondern auch eine gemeinsame Praxis. Neben den wöchentlichen Treffen auf der Straße arbeiten verschiedene Kommissionen an Vorschlägen und praktischer Vorbereitung, z.B. von Stadtteilstesten oder politischen Veranstaltungen. Als Überlebensstrategie in der Krise betreiben viele *asambleas* gemeinsame Gemüsegärten, oft auf besetzten Brachgeländen, und organisieren gemeinschaftliche Einkäufe. Manche organisieren solidarische Volksküchen für die Arbeitslosen im Stadtteil. Die Anonymität in den Stadtteilen ist aufgebrochen. Eine Diktatur könnte heute wahrscheinlich nicht mehr so einfach Menschen aus dem Stadtteil abholen und verschwinden lassen, ohne dass sich jemand einmischte ...

Die Energiepreise und Stromabschaltungen wegen nicht bezahlter Rechnungen sind häufiges Thema. Unter der Parole 'Kein Nachbar ohne Strom' organisieren viele *asambleas* Unterschriftenlisten für Sozialtarife, Aktionen und Bürobesetzungen bei den jeweiligen Büros der Stromerzeuger, und es gibt schöne Beispiele praktischer Selbsthilfe: aus einem Stadtteil wird berichtet, dass die *asamblea* eine kleine Eingreifgruppe von Klempnern und Elektrikern zusammengestellt hat, die im Fall von Stromabschaltungen auftauchen, um die Anschlüsse wieder anzuklemmen.

Krise und neue Armut haben zu einem enormen Ansteigen der Obdachlosigkeit geführt. Überall in der Stadt sieht man Matratzen und Menschen, die sich auf der Straße einrichten. Viele sind von Zwangsräumungen bedroht, weil sie ihre Miete nicht mehr bezahlen können, oder in besetzten Wohnungen und Gebäuden leben. Auch hier werden *asambleas* aktiv, mit rechtlicher und praktischer Unterstützung. Im April haben fünfzig entschlossene Menschen aus einer Piquetero-Organisation und der örtlichen *asamblea* trotz berittener Polizei mit Hunden den Abbruch einer bereits eingeleiteten Zwangsräumung erreicht, und die Rechtsanwältin konnte danach wieder neue Fristen rausschlagen.

Wie weit die TeilnehmerInnen der *asambleas* in solche sozialen Konflikte eingreifen, ist je nach Stadtteil sehr unterschiedlich. In reicheren Stadtteilen kümmern sie sich lieber um sich selbst und ihr Eigentum, oder um Proteste gegen Kneipenlärm, oder ähnlich bewegende Themen. Ein großer Unterschied besteht zwischen den *asambleas* in der Stadt und denen der ärmeren Außenviertel von Gran Buenos Aires. In den Vororten

müssen sie mit Angriffen von Schlägerbanden rechnen, die sich aus Fußballfans und peronistisch orientierten (oder von den Peronisten<sup>11</sup> bezahlten) verarmten Jugendlichen rekrutieren. AktivistInnen werden im Stil der Diktatur eingeschüchtert – es gab anonyme Drohungen und Schüsse auf Wohnungen. Im April wird eine 20-jährige aus Quilmes entführt, zwei Stunden in einem Auto festgehalten und mit einer Schusswaffe bedroht; und in Lanús schießt ein Knastwärter aus seinem Auto heraus auf eine Demo von *piqueter@s* und verletzt einen Demonstranten mit Lungendurchschuß. Bei den Sicherheitskräften in Argentinien sitzt die Waffe locker: seit dem Ende der Diktatur 1983 sind mehr als tausend Jugendliche von der Polizei erschossen worden.

## **Asamblea Interbarrial: Parteilogik gegen Basisorganisierung**

Seit dem 13. Januar findet jeden Sonntag im Parque Centenario, dem geografischen Zentrum von Buenos Aires, die *Asamblea Interbarrial*, das Koordinationstreffen der Stadtteil-Versammlungen statt. Heute sind es nicht mehr 2-3000 TeilnehmerInnen wie am Anfang, sondern eher 5-600. Linke Parteien und Grüppchen haben Stände und Transparente aufgebaut und verteilen Papier, aber nicht bei der Versammlung selbst, sondern auf dem Weg davor. Der Versammlungsort selbst ist nur von Transparenten der *asambleas* eingerahmt. Um das Mikrofon ist ein Areal abgetrennt, in dem eine Kommission an einem Tisch alle Vorschläge aufnimmt und die Abstimmung am Ende vorbereitet.

Die *Interbarrial* ist kein Ort der Diskussion. Die VertreterInnen der *asambleas* tragen Berichte oder Vorschläge aus ihren Stadtteilen vor, nach Rednerliste und Aufruf, ohne aufeinander einzugehen; auch hier mit Redezeitbegrenzung und Abstimmung am Schluß. Die Vielfalt der Themen aus den *asambleas* findet sich auch hier wieder und führt zu so schönen Statements wie: »Wir verurteilen die Räumung unseres gemeinschaftlichen Gemüsegartens durch die Bahnpolizei und den Angriff Israels auf Palästina«. Die Beiträge sind sehr unterschiedlich, genauso wie die RednerInnen, von denen manche wahrscheinlich vorher noch nie vor

---

<sup>11</sup> Zum Peronismus siehe Beilage zum Wildcat-Zirkular Nr. 63.

einer so großen Versammlung geredet haben. Andere machen eher den Eindruck von Politprofis und sind es leider auch. Obwohl die vielen linken (vor allem trotzkistischen) Splitterparteien als solche nicht auf den Versammlungen auftreten dürfen, sind ihre VertreterInnen als NachbarInnen, als TeilnehmerInnen der *asambleas* aus den Stadtteilen, anwesend. Und während sie sich an der Basis der Stadtteile noch eher zurückhalten (müssen), wittern sie bei diesem Koordinationstreffen die Chance, Leute zu rekrutieren, Linien durchzudrücken und Politik zu machen. Im Laufe des April haben sie es mit ihren Machtspielchen fast geschafft, diese selbstgeschaffene Koordination kaputt zu machen.

Auf der *Interbarrial* konnten von Anfang an alle Anwesenden mit abstimmen. Noch Anfang April wird der Vorschlag, dieses Verfahren durch ein System von wechselnden Delegierten mit dem Mandat ihrer *asamblea* zu ersetzen, weil das demokratischer und repräsentativer wäre, vehement abgelehnt – der Vorschlag riecht zu sehr nach Stellvertretung und der verhassten 'Politik'. Um die Frage, wie der diesjährige 1. Mai begangen werden soll – mit zahl- und endlosen Reden aller Sektoren und Parteien, oder mit einer gemeinsam abgestimmten Rede, aber von wem vorgetragen?? – entstehen im Laufe des April Auseinandersetzungen, die mehrfach zu Schlägereien zwischen Mitgliedern zweier trotzkistischer Parteien auf der *Interbarrial* führen. Am letzten Sonntag vor dem 1. Mai findet eine aufgeregte *Interbarrial* statt, mit mehr TeilnehmerInnen als sonst und einem sehr angespannten Diskussionsklima. Diesmal wird der Vorschlag, nach Mandaten abzustimmen, der ausdrücklich mit den hereingetragenen Streitigkeiten zwischen Parteiapparaten begründet wird, mit nur einer Gegenstimme angenommen. Ein Interventionsversuch eines Parteivertreters wird mit lautstarkem Parolengesang beantwortet: 'Respektiert die Mandate, Schluß mit den Apparaten'. Falls sich die *Interbarrial* von dieser Krise erholt, dann stellt in Zukunft jede *asamblea* eine/n RednerIn mit einer Stimme; es sollen aber möglichst viele mitkommen, um ihre/n Delegierte/n zu kontrollieren. Der Vorschlag, Mandate nicht pro *asamblea*, sondern entsprechend der Anzahl der TeilnehmerInnen zu verteilen (manche haben 20, andere 200 TeilnehmerInnen), wurde nicht angenommen, da es zu einfach wäre, die Teilnehmerzahl hochzuspielen, um mehr Mandate zu bekommen.

Wie nach dieser Vorgeschichte zu erwarten, gab es am 1. Mai weder eine gemeinsame Rede, noch eine gemeinsame Kundgebung. In den Ta-

gen davor tauchten immer neue Flyer auf, alle mit der Parole 'Für die Einheit' – und mit immer neuen Ortsangaben. Letzten Endes gab es mindestens drei große und jede Menge kleinere Kundgebungen, Demonstrationen und Feierlichkeiten.

## Wie weiter?

Die ArgentinierInnen wissen jetzt, wie man eine Regierung stürzt, und alle sagen: 'Sie sollen alle abhauen'. Aber alle sagen auch: die Basisbewegung ist noch nicht weit genug. Damit können sehr unterschiedliche Vorstellungen gemeint sein: von 'nicht weit genug' für eine Macht- oder Regierungsübernahme, bis hin zu Utopien einer anderen Gesellschaft ohne Staat, Macht und Regierung, die die nationalstaatliche Dimension und die Beschränkung auf Argentinien sprengen. Für alle steht aber die bange Frage im Raum, was nach einem Sturz der Regierung Duhalde kommen würde. Eine Militärdiktatur im alten Stil hätte nicht mehr die notwendige Zustimmung, weder national noch international (bzw. von den USA), aber viele sehen die Gefahr eines zivil-militärischen Putsches, wie er gerade in Venezuela versucht wurde. Diese Unsicherheit war am 23. April bei der Mobilisierung zum Kongreß gegen den Plan Bonex deutlich zu spüren: ein möglicher Sturz von Duhalde lag in der Luft; viele sind nicht hingegangen, weil sie das zu früh fanden, und als die Situation nachts zu eskalieren drohte, zogen sich die meisten DemonstrantInnen zurück.

Bei den Basisorganisationen zeigt sich ein allseitiges Bemühen um Einheit. Schon im Dezember kam die Parole '*piquete* und *cacerola* – ein Kampf' auf. Aber die Welten der verarmten *piqueter@s* und der versammelten Mittelschichten bleiben getrennte, auch wenn sie sich auf der Plaza de Mayo mit Applaus begrüßen und die Krise viele Menschen über bisherige Trennungslinien hinweg abstürzen lässt.

Die *piqueter@s* sind zur Zeit (und schon seit Jahren) der kämpferischste Teil und die stärkste Kraft der Arbeiterklasse in Argentinien. Sie haben nachdrücklich bewiesen, dass sie die Zirkulation unterbrechen, Straßen blockieren und das Land lahmlegen können. Aber als arbeitslose ArbeiterInnen haben sie nicht die Macht, in die Produktion einzugreifen. Die ArbeiterInnen selber befinden sich in der widersprüchlichen Situation,

dass sie am Abend bei der *asamblea* alles in Frage stellen, aber am nächsten Morgen wieder zur Arbeit gehen (müssen), wo sie die Regeln der kapitalistischen Ordnung respektieren. Die Arbeit – und damit die Reproduktion der kapitalistischen Verhältnisse – läuft trotz Straßenblockaden und täglicher Demonstrationen weiter. Der kapitalistische Alltag wird an vielen Punkten in Frage gestellt – aber nicht im Betrieb. Bei dieser zentralen Frage bleibt der Horizont auf 'richtiges Arbeiten' beschränkt, auf einen Kapitalismus, der wenigstens funktioniert.

Die Frage, ob sich die Arbeiter als solche zu Wort melden und ihre Macht als Produzenten einsetzen, ist weiterhin unklar. Krise, Deindustrialisierung und Armut erzeugen in den Betrieben ein Klima von Ohnmacht und Defensive. Ausserdem sind die Kontrolle der Gewerkschaften und vor allem der Peronismus bis heute stark, besonders bei denen, die nichts haben. In den Armenvierteln hängen große Bilder von Evita Perón; nicht selten hängen die Idole Evita und Che direkt nebeneinander.

Trotz der breiten Ablehnung von 'Politik' ist die Gefahr, dass die Bewegung doch wieder durch eine parlamentarische Alternative eingefangen oder durch eine 'politische Lösung' kanalisiert wird, nicht ausgeschlossen. Die meisten Politiker können sich auf der Straße nicht blicken lassen, weil sie dort beschimpft, bespuckt und angegriffen werden, aber ein paar linke Abgeordnete gelten als persönlich integer, absolut unkorrupt und politisch korrekt, und die laufen in den Mobilisierungen rum und sammeln Punkte. Der Vorschlag von Trotzlisten, eine 'Verfassungsgebende Versammlung' (Asamblea Constituyente) einzuberufen, würde die Eigeninitiative der bereits existierenden *asambleas* in die Unterstützung einer politischen Lösung umleiten, und damit zur Institutionalisierung der Bewegung führen. Die Geschichte der *Interbarrial*, wo politische Machtspielchen reproduziert und die *asambleas* ausgebremst wurden, läßt da nichts Gutes erwarten.

Aber trotz alledem: den Aufbruch, der seit dem 19./20. in Gang gekommen ist, wird niemand so leicht zurückdrehen können. Die Menschen werden sich nicht wieder von der Straße wegschicken und zu Zuschauern ihrer eigenen Geschichte machen lassen. Die Politik hat abgewirtschaftet, die Krise ist dramatisch und der Kapitalismus hat keine Lösung zu bieten. Es kann jederzeit zu einer weiteren sozialen Explosion kommen. Die Situation ist offen. ■

*A aus K, Ende Mai 2002*

**»Meine Damen und Herren,  
schlafen Sie nicht in diesem Hotel!«**

## **Streik bei der Putzfirma Arcade**

Die Putzfirma *Arcade* hat in Frankreich ungefähr 3 500 Beschäftigte und ist in den meisten Hotels der ACCOR-Gruppe tätig. Dieser Konzern unterhält unter verschiedenen Markennamen etwa 3 000 Hotels in aller Welt. Die Leute sind mit Teilzeitverträgen eingestellt (fünf Stunden täglich einschließlich Kleiderwechsel und Vorbereitung der Materialwagen) und müssen die Vorgabezeit von 3,2-4 Zimmern pro Stunde einhalten, je nach dem Standard des Hotels. Die gereinigten Zimmer werden nach diesem Schlüssel gezählt und nicht nach der realen Arbeitszeit. Wenn es nicht genug Arbeit gibt, gelten die nicht gearbeiteten Stunden als Fehlstunden.

Diese unerträgliche Situation lassen sich einige Beschäftigte nicht mehr gefallen. Seit dem 7. März sind 37 Leute bei *Arcade* im Streik. Sie arbeiten in Hotels im Pariser Raum und kennen sich untereinander. Die Beteiligung ist seit drei Monaten relativ stabil, die Zahl der Streikenden hat leicht abgenommen, weil einerseits die Geschäftsleitung Erpressungsversuche und Druck macht, andererseits die Streikenden aufgrund der niedrigen Löhne in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation sind.

Der harte Kern hat jedoch durchgehalten und es so möglich gemacht, daß ein nach und nach aufgebautes Solidaritätsnetz zu funktionieren begann. Das erste Problem war natürlich die ökonomische Solidarität mit den Streikenden: bis jetzt hat vor allem die Gewerkschaft SUD Streikgeld bezahlt, aber es gab auch Spendensammlungen während der Aktionen vor den Hotels, auf Soli-Feten und an anderen Arbeitsplätzen.

Der Kampf bei *Arcade* hat für viele Gruppen der radikalen Linken Symbolcharakter, weil das Personal extrem ausgebeutet wird, weil es vor allem Frauen aus der Dritten Welt – oft ohne Papiere – sind (die Firma stellt bevorzugt Leute ein, die nicht lesen und schreiben können).

Zuerst haben die Streikenden versucht, Hotels zu blockieren, davon mußten sie aber abgehen, weil der ACCOR-Konzern die Justiz eingeschaltet hat. Hier ist ein Unterstützungskomitee unverzichtbar, weil es Dinge tun kann, die für die Beschäftigten unmöglich sind. Nach einer ersten Phase, in der man direkt auf die Geldbörse des ACCOR-Konzerns und von *Arcade* zielte, orientierte man mehr auf Aktionen, die auf das Image der Marke ACCOR zielten und mittelfristig den Umsatz beeinträchtigen könnten; Aktionen, mit denen man Kundschaft im In- und Ausland ansprechen und deutlich machen will, daß ACCOR ein Sklavenhändlerkonzern ist.

ACCOR muß spüren, daß die bisherige Umgehensweise mit dem Konflikt – sie versuchen den Streik verschimmeln zu lassen und gehen jeder ernsthaften Verhandlung aus dem Weg – in eine Sackgasse führt und ihren Interessen ziemlich schaden kann!

Deshalb wünschen wir uns internationale Solidarität: in ganz Europa sollen Initiativen über die ACCOR-Gruppe informieren oder ihren Betrieb stören. Wir setzen auf Eure Solidarität.

*Paris, 3. Juni 2002*

*G. Soriano (vom Soli-Komitee  
mit den Streikenden von Arcade)*

**accor.com verweist auf ein Hotel  
in Eurer Nähe – z.B. der Marken  
Etap, Ibis oder Mercure...**

Flugi:

**Schluß mit der Sklaverei  
Solidarität mit den Streikenden bei ARCADE**

*Arcade* ist kaum bekannt. Es ist aber ein Subunternehmen von fast allen französischen Hotels der Gruppe ACCOR. Zu dieser Gruppe gehören die Hotels von Atria, Coralia, Etap, Formule 1, Frantour, Ibis, Libertel, Mercure, Motel 6, Novotel, Parthenon und Sofitel. Die Beschäftigten von *Arcade* putzen die Zimmer dieser Hotelkette. Es sind vor allem Frauen aus der »Dritten Welt«, die oft kaum lesen oder schreiben können, manche sind sie ohne Papiere im Land. Entsprechend schwach ist ihre Position gegenüber ihren Ausbeutern.

Offiziell kriegen die Frauen 7,16 Euro brutto pro Stunde, kaum mehr als den gesetzlichen Mindestlohn. In Wahrheit werden sie aber im Akkord bezahlt: pro Zimmer 17 Minuten – wenn sie länger brauchen, wird die

zusätzliche Arbeitszeit nicht bezahlt; und das kommt häufig vor, da es ständige Kontrollen gibt! Wenn es keine Arbeit gibt, wird so getan, als seien die Frauen nicht zur Arbeit gekommen. Die Verträge lauten auf Teilzeit, aber in Wirklichkeit arbeiten sie mehr als 35 Stunden.

*Arcade* hat geglaubt, so mit seinem Personal umspringen zu können. Ohne ordnungsgemäße Papiere, ohne genaue Kenntnisse der Gesetze, mit geringen Französischkenntnissen würden sich die Leute nicht wehren können. Die Leute wie Zitronen auspressen – und rausschmeißen, wenn sie völlig erschöpft sind und ihre Wirbelsäule nicht mehr mitmacht. Das alles ganz offensichtlich im Einvernehmen mit dem Auftraggeber ACCOR, der seinen Subunternehmern immer drastischere Bedingungen aufdrückt.

Aber seit dem 7. März 2002 streiken einige der *Arcade*-Arbeiterinnen und haben mehrere Aktionen gegen die Geschäftsführungen von *Arcade* und ACCOR gemacht, um normale Arbeitsbedingungen und anständige Löhne durchzusetzen.

Sie fordern:

- \* Eine Prämie von 305 Euro am Jahresende für alle
- \* Schluß mit den Drohungen und dem Druck auf das Personal, Einhaltung der in den Verträgen vorgesehenen Arbeitszeiten
- \* Vollzeitverträge für alle Beschäftigten (151 Stunden pro Monat)
- \* Rücknahme aller Sanktionen, vor allem der acht Entlassungen
- \* Reduzierung der Stundenakkorde auf zweieinhalb Zimmer in Dreisterne-Hotels und auf drei Zimmer in Zweisterne-Hotels

Bis jetzt werden die Streikenden aus ihrer Branche nur von der Gewerkschaft SUD unterstützt, aber die Solidarität weitet sich aus.

Unterstützen Sie die Frauen in ihrem Kampf gegen die modernen Sklavenhändler. Schlafen Sie nicht in einem Hotel der Gruppe ACCOR. Machen Sie bekannt, was heute im Herzen des reichen Europa passiert. Protestieren Sie an der Rezeption und gegenüber der Geschäftsleitung ihres Hotels. Protestieren sie dort auch schriftlich gegen diese Art von Ausbeutung und sprechen sie den Streikenden ihre Solidarität aus. ■

*Solidaritätskomitee mit den Streikenden von Arcade*

Neuigkeiten über den Streik auf der website: [www.ras.eu.org/arcades](http://www.ras.eu.org/arcades)  
Telefon: 01.42.43.35.75 – mail: [sud-rail@wanadoo.fr](mailto:sud-rail@wanadoo.fr)

# Migrantenstreiks in Italien

## Vom Gipfelsturm zum Streik

Neben der massenhaften Beteiligung von »Einheimischen« war die breite Thematisierung von Migration und Ausbeutung politisch das wichtigste Ereignis des Gipfelsturms in Genua – auf der Demonstration am Donnerstag (19. Juli 2001) waren 50 000 Menschen, davon 5000 Migranten in einem eigenen Block. (Siehe dazu <http://www.wildcat-www.de/aktuell/a005genu.htm> »Genua 2001 – Erste Thesen« und weitere Texte.) Im letzten Winter entstand die Idee, gegen die Verschärfung des Ausländergesetzes und die Abschaffung des Kündigungsschutzes einen »Migrantenstreik« zu organisieren. Ein Netz von relativ kleinen Gruppen, den sogenannten »Tavoli dei Migranti« der *Social Forums* [in etwa: Runde Tische zur Migration] haben die Migranten bei dieser Idee unterstützt. Im Anschluß an »Genua« hatten sich solche *Social Forums* in vielen Städten gegründet. Am 15. Mai fand nun in der Provinz Vicenza der erste große betriebsübergreifende Migrantenstreik in Italien gegen das neue Einwanderungsgesetz statt.

Das »Gesetz Bossi-Fini«, benannt nach seinen Urhebern Bossi, dem Chef der rassistischen *Lega Nord* und Fini, dem Vorsitzenden der postfaschistischen *Alleanza Nazionale*, ging Anfang Juni durch das Parlament – der Senat muß noch zustimmen. Es macht »illegale Einwanderung« zu einem Straftatbestand und soll die Abschiebung von illegalen Migranten erleichtern. Sie können jetzt bis zu 60 Tagen im Abschiebelager festgehalten werden, die Kontrolle der illegalen Einwanderung untersteht künftig der Marine. Von allen Nicht-EU-Bewohnern soll an der Grenze ein digitaler Fingerabdruck genommen werden usw.. Zum ändern greift das Gesetz die Migranten auch als ArbeiterInnen an: Nur fünf Prozent der Sozialwohnungen dürfen an Einwanderer vergeben werden. Der Familiennachzug wird erschwert. Der Aufenthalt der Einwanderer wird stärker an Arbeit gekoppelt, sie sollen nur so lange bleiben, wie sie gebraucht werden und dann wieder gehen. Die Aufenthaltsgenehmigung wird an den

Arbeitsvertrag gebunden, der maximal ein oder zwei Jahre dauern kann. Danach muß ein neuer Vertrag gemacht werden, der nicht länger sein darf als der erste. Ein dauerhafter Aufenthalt kann erst nach sechs Jahren beantragt werden. Wer seine Arbeit verliert, wird sofort illegal. Nach Auslaufen des Arbeitsvertrags kann man maximal sechs Monate lang über das Arbeitsamt eine neue Arbeit suchen – aber bereits nach zwei Monaten Arbeitslosigkeit kann man abgeschoben werden. Wer das Land endgültig verläßt, verliert seine Beiträge zur Rentenversicherung.

Das Gesetz soll die eingewanderten Arbeiter an ihre Arbeitgeber binden (es gibt sogar Ausnahmeregelungen für Ausländerinnen, die in reichen Familien als Putzfrau und Babysitterin arbeiten), ihr Wohlverhalten erzwingen und sie gegen die ansässigen Arbeiter ausspielen. Es entspricht somit den Bedürfnissen der Unternehmer im Norden, die massenhaft eingewanderte Arbeiter beschäftigen, aber die Bedingungen diktieren wollen.

In Venezien leben weniger als zehn Prozent aller Ausländer; das Verhältnis zwischen Ausländern und Italienern liegt bei 2,5 - 3 Prozent und ist damit weit niedriger als z.B. in der Emilia Romagna. Die Einwanderer sind Männer und Frauen, 70 Prozent sind im typischen »Fabrikalter« zwischen 20 und 39 Jahren. Insbesondere in den Provinzen Vicenza, Verona und Treviso arbeiten sie in den Klein- und Mittelbetrieben, aber auch im Reinigungssektor und Handel. In speziellen Branchen, wie Gerbereien oder Gießereien, kommen heute 80 Prozent der Arbeiter aus Afrika. Es sind Branchen mit niedrigen Löhnen und miesen Arbeitsbedingungen. Immer mehr Einwanderer lassen sich für längere Zeit oder dauerhaft in der Region nieder, kaufen sich Wohnungen in billigen ländlichen Gegenden. Viele Arbeiter sind gewerkschaftlich organisiert.

Venezien ist eine Hochburg der Lega Nord, deren neoliberale und rassistische Ideologie nicht nur im ehrgeizigen Kleinunternehmertum verwurzelt ist, sondern auch in Teilen der Arbeiterklasse.

Der Streik fand unter den Fahnen der drei Gewerkschaftsverbände und der Basisgewerkschaft RSU statt, die ganze Mobilisierungsarbeit hat aber ein kleines Netz von GenossInnen gemacht, die über die *Social Forums* Unterstützung erhielten. Die Vermittlung unterschiedlicher Positionen (Streik *der* Migranten oder Streik *für die* Migranten; Streik nur der Migranten oder aller ArbeiterInnen, usw.) gelang nur teilweise. Trotzdem war der Streik ein Erfolg, an den jetzt viele anzuknüpfen versuchen. ■

## Der Migrantenstreik in Vicenza

Am 15. Mai haben in Vicenza die Wanderarbeiter der ganzen Provinz zusammen mit einem Teil der italienischen Arbeiter einen vollen Tag gegen die Gesetzesvorlage Bossi-Fini gestreikt, insgesamt etwa 30 000. An der Demonstration nahmen ungefähr zehntausend Menschen teil, mehr als die Hälfte von ihnen Einwanderer. Es war der erste Streik dieses Teils der Arbeiterklasse in Italien – und er war erfolgreich: die Wanderarbeiter haben nicht nur gemeinsam mit den anderen Arbeitern zur Verteidigung des Artikels 18 [Kündigungsschutzgesetz] gekämpft (nationale Demo am 19. Januar, Generalstreik am 16. April), sondern sie können sich auch für ihre eigenen Bedingungen mobilisieren. In Vicenza ist eine Kampfrichtung eingeschlagen worden, die in der ersten Juniwoche in Reggio Emilia weiterging mit einem vierstündigen provinzwweiten Generalstreik mit 5 000 Beteiligten, von dem sich die CISL in letzter Minute abgesetzt hat. Letzten Sonntag hat in Pordenone die Assoziation der Einwanderer für einen achtstündigen Streik Mitte Juni gestimmt. Der Widerstandswille gegen die Regierung, die sie massiv angreift, weil sie sie für den schwächsten Teil der Lohnarbeiter hält, weitet sich aus. Das deutet eine mögliche Neuzusammensetzung an, die von den konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen eines Teils des Industrieproletariats ausgeht, der in einer Gegend wie Vicenza alles andere als marginal ist.

Genau diese starke Konzentration von Ausländern, die in der Gerbereiindustrie im Chiampo-Tal, auf den Baustellen der ganzen Provinz, in den Möbelfabriken der Gegend um Bassano und in den Metallfabriken des vicentinischen Nordostens beschäftigt sind, hat die Genossen der »Tavoli dei Migranti dei Social Forum Vicentini« dazu gebracht, präzisere und dauerhaftere Beziehungen zu den verschiedenen ausländischen Arbeitercommunities aufzubauen – insbesondere nach der großen landesweiten Demo gegen das Gesetz Bossi-Fini am 19. Januar in Rom mit 150 000 Menschen. Gemeinsam haben sie sich dann an die Gewerkschaft gewandt, um zu einem Streik aufzurufen und diesen konkret durchzuführen.

Es war kein einfacher und linearer Verlauf, auch wenn die Parole vom Migrantenstreik seit letztem Winter auf der Tagesordnung der Gruppe Immigration der italienischen *Social Forums* stand. In der Diskussion

zwischen den Genossen und den Migranten auf verschiedenen Versammlungen in Brescia, Rom, Florenz und Bologna wurde deutlich, daß wir es mit einer differenzierten und sehr komplexen Realität zu tun haben. Besonders interessierte uns die Konzentration regulär beschäftigter Arbeiter in den Fabriken in Emilia, Lombardei und Venezien, und so fiel den Genossen von dort die Verantwortung zu, das Vorhaben in die Praxis umzusetzen. Ich will hier nicht näher in die Details gehen, aber wir mußten einerseits ein Kontaktnetz zu den ausländischen ArbeiterInnen in Betrieben und in Wohnvierteln aufbauen, und andererseits mußten wir politisch ein Verhältnis zu den Gewerkschaften hinkriegen und sie dazu bringen, offiziell zum Streik aufzurufen. Nur so war ein erfolgreicher Streik realisierbar.

Insbesondere in Brescia oder in Vicenza konnte der Streik gelingen: in Brescia, weil dort die besondere Bereitschaft der Migranten und des *Social Forum* zusammenkam mit der Besonderheit der CGIL von Brescia; in Vicenza eher aufgrund der objektiven Bedingungen, d.h. der hohen Anzahl von regulär beschäftigten ausländischen ArbeiterInnen, der Konzentration der Gerbereien im Chiampo-Tal, wo die Tarifverhandlungen begonnen hatten, was als unterstützender Hebel für die Mobilisierung dienen konnte. Außerdem gibt es hier organisierte Communities, die der Ghanaer und Marokkaner z.B. seit zehn Jahren. In Vicenza kam es zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Genossen der *Social Forums* von Vicenza, Bassano und Schio, Leuten, die sich auf die »politische Zentralität der Wanderarbeit« beziehen, entschlossenen Vertretern einiger Ausländercommunities, und engagierten Aktivisten der CGIL mit Gespür für die Sache. Von hier ging die Initiative aus für einen provinzwweiten Generalstreik der Migranten gegen das Gesetz Bossi-Fini, gegen die eingespielte Verliererlogik eines großen Teils der Gewerkschaftsverbände und gegen die Unternehmer des italienischen Nordostens, die zwar immer bereit sind, ausländische ArbeiterInnen einzustellen, aber nur zu ihren Bedingungen, welche die jetzige Rechtsregierung punktgenau in den Gesetzentwurf übersetzt hat.

Die taktische Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft hielt genau bis zum Tag des Streiks. Und das hat auch nur durch die Vermittlung des Teils der CGIL geklappt, der landesweit größtenteils mit der FIOM [Metallgewerkschaft] zusammenfällt. Diese hält schon seit dem letzten Jahr dem Angriff stand, den die Unternehmer mit dem Metall-Separattarif-

vertrag führen. Ihr ist es nach und nach gelungen, mittels der Demonstration von über zwei Millionen in Rom am 23. März die Mobilisierung auf die gesamte CGIL auszuweiten und mit dem Generalstreik vom 16. April auch die anderen Gewerkschaften einzubeziehen.

Der CUB [Basisgewerkschaft] der Provinz hingegen war sofort für den Generalstreik. Er bildete die technisch-politische Basis der monatelangen Zusammenarbeit mit den Migranten. Diese lief über Versammlungen in den Dörfern der Ebene und den Bergtälern der Provinz Vicenza, die von den »Tavoli dei Migranti« der *Social Forums* organisiert und durch Leute von Rifondazione Comunista unterstützt wurden. Die Parole »Widerstand gegen das Gesetz Bossi-Fini als strategischem Element des Angriffs auf die gesamte Arbeiterklasse in unserem Land« – [zusammen mit der vorgesehenen Abschaffung des Artikels 18, dem Weißbuch von Minister Maroni und den Regierungsdekreten zu Steuern und Sozialversicherung] – wurde aufgenommen und von allen Beteiligten in den Fabriken und an den Arbeitsplätzen verbreitet, wenn auch mit unterschiedlichen Gewichtungen.

Der Streik war erfolgreich, aber die Ergebnisse sind widersprüchlich. Es kommt jetzt darauf an, daß wir auf den positiven Ergebnissen aufbauen. Mit dem Auseinanderbrechen der Gewerkschaftsfront über den Artikel 18 werden sich die Schwierigkeiten sicherlich noch zuspitzen.

Unsere Arbeit mit den Migranten geht weiter. Im Augenblick zielt sie unter der Parole eines neuen Generalstreiks auf einen entschlossenen Widerstand gegen das Gesetz Bossi-Fini, das erst noch den Senat passieren muß.

Vicenza, 06.06.2002



Aufkleber zur Mobilisierung für den Streik gab es in vielen Sprachen – zudem Plakate, Flugis usw.

*Seit Spätsommer 2001 haben in allen Großstädten Italiens die BahnreinerInnen gestreikt (siehe den kurzen Beitrag zu den Aktionen am 11. und 12. Februar 2002 im Wildcat-Zirkular Nr. 62). Die staatliche Eisenbahn FS hatte 2001 die Reinigungsaufträge für Züge und Bahnhöfe neu ausgeschrieben und von den Bewerberfirmen Kostensenkungen um die 40 Prozent verlangt. Damit waren u.a. Entlassungen - die Rede war von 4 000 der landesweit 13 000 ArbeiterInnen - Lohnkürzungen und eine weitere Intensivierung der Arbeit verbunden. Dabei sind die Bedingungen schon in den letzten Jahren erheblich verschärft worden.*

*Der folgende Bericht mit Schwerpunkt auf Mailand beruht auf Diskussionen und Interviews mit einigen ArbeiterInnen und Beobachtungen vor Ort. Er zeigt beispielhaft, wie die gewerkschaftliche Kontrolle die Eigenaktivität der ArbeiterInnen zu ersticken droht.*

*Es gibt täglich Streiks, von kleinen spontanen Streiks wie im Call Center der Mobilfunkfirma Blu bei Florenz oder der Internet-Firma Matrix in Mailand, landesweit regelmäßige Streikaktionen von MetallarbeiterInnen oder LehrerInnen gegen die Reformprojekte der Regierung... Der angekündigte »heiße Herbst 2001« war aber ausgeblieben, weil die Streiks isoliert blieben. Die Gewerkschaften sowie die parlamentarische Linke versuchen zudem, die Aktionen in eine Mobilisierung gegen die rechte Regierung und einzelne Reformprojekte zu kanalisieren...*

## **Lotta sporca – Zum Kampf der ReinigungsarbeiterInnen bei der italienischen Eisenbahn**

In Mailand arbeiten in der Reinigung der Züge und Bahnhöfe insgesamt etwa 1 500 ArbeiterInnen bei verschiedenen Firmen. Die größte von ihnen war bis dahin Gorla mit etwa 1 100 Beschäftigten. Die ArbeiterInnen sind oft Männer über 40, die meisten aus Süditalien. Viele von ihnen sind über Familienkontakte an den Job gekommen, schon länger bei Gorla und fest angestellt. Die zweite große Gruppe sind ImmigrantInnen der ersten

Generation, die oft kein oder wenig Italienisch sprechen. Sie machen etwa ein Drittel der Beschäftigten aus – auch hier weit mehr Männer als Frauen – und kommen vor allem vom indischen Subkontinent, aus Lateinamerika und Nordafrika. Die meisten haben Verträge über einen oder zwei Monate und werden in der Regel danach nicht übernommen. Viele sind auch ZeitarbeiterInnen, die zum Teil nur tage- oder wochenweise eingestellt werden. Gorla sorgt so für einen ständigen Austausch von ArbeiterInnen und spart bei den Befristeten und ZeitarbeiterInnen u.a. auch zusätzliche Lohn- bzw. Lohnnebenkosten (13. und 14. Monatsgehalt, Essensmarken, Prämien für Betriebszugehörigkeit...).

Bei Gorla gibt es nur wenige junge Italiener oder Migranten, die schon länger da sind, weil diese bessere Jobs finden können. Die »neuen« MigrantInnen springen oft von einem miesen Job zum nächsten. Ein Arbeiter aus Bangladesch erzählt, dass er in Palermo über sechs Jahre lang als Tagelöhner gearbeitet hat. Der Vertrag über zwei Monate bei Gorla ist dagegen ein Fortschritt. Mit den monatlich 700 Euro netto (plus 100 Euro Essensmarken), die er für 40 Wochenstunden Schichtarbeit bekommt, kann er aber in Mailand nicht mal eine eigene Wohnung mieten. Ein älterer Arbeiter erzählt, dass auch er mit den 700 Euro nicht hin kommt und am Ende des Monats immer beim Essen sparen muss.

## **Arbeit**

Die Arbeit ist dreckig und anstrengend. Die ArbeiterInnen müssen auch in der Nacht und am Wochenende ran. Sie haben nur wenig Zeit für einen Zug. Gruppen von fünf bis zwanzig ArbeiterInnen putzen jeweils einen Zug bzw. einen Bahnhofsabschnitt. Sie treffen sich auf den etwa 15 Bahnhöfen (es gibt also keinen zentralen Treffpunkt).

Je nach der Art der Züge ist die Arbeit unterschiedlich organisiert. Es gibt die Auslandszüge (zum Teil Hochgeschwindigkeitszüge), die gleich im Bahnhof geputzt werden müssen, weil die meisten schnell wieder abfahren. Die Arbeit ist in einzelne Aufgaben geteilt: Eine ArbeiterIn macht die Aschenbecher leer, die nächste die Mülleimer, der nächste wischt Staub, einer sprayt die Fenster, der nächste poliert sie... Später läuft ein Vorarbeiter durch die Wagen und kontrolliert, ob auch alles gemacht wurde. Just in time-Putzen, damit der Zug in einer Stunde fertig ist.

Auf anderen (Rangier-)Bahnhöfen werden die Pendlerzüge geputzt. Dafür ist mehr Zeit (außer wenn sie Verspätung haben), aber dafür müssen die ArbeiterInnen jeden Tag kilometerweit laufen, um diese Züge zu erreichen. Dann sind da noch die italienischen Langstreckenzüge (Mailand-Neapel, Mailand-Siracusa usw.), in denen die Reisenden die Nacht verbringen und die entsprechend vermüllt sind. Da putzen Gruppen von drei oder vier ArbeiterInnen einen Waggon, den sie buchstäblich desinfizieren müssen. Eine weitere Gruppe, diesmal nur von Festangestellten, meistens mit italienischem Pass, machen auf einer speziellen Anlage die »radikale« Säuberung von Zügen, z.B. die chemische Reinigung der Achsen, der (gesprayten) Außenwände, der Sitze, usw...

»Es ist eine Arbeit, bei der du quasi nie fertig wirst. Sie ist gefährlich, vor allem, wenn du auf den Rangierbahnhöfen putzt, wo die Züge auch ohne Ankündigung abfahren, während du die Mülltüten ein- und ausladen oder das Wasser nachfüllen musst,« erzählt einer der Arbeiter. Ein anderer aus Marokko erzählt, dass es auch zu rassistischer Anmache kommt. Von den Vorarbeitern, die ihn antreiben, aber auch von einigen der älteren »italienischen« Arbeiter, die über die »Ausländer« schimpften, weil diese die Arbeit nicht richtig machten. Für ihn als Ausländer wäre sowieso klar, dass er nach einem Monat wieder rausfliegt.

## **Auseinandersetzungen**

Als im September 2001 die Aufträge neu vergeben wurden, hatten sich dieselben Firmen wie in den Jahren zuvor beworben, aber es kam zu einer Neuverteilung. Den Zuschlag in Mailand bekam nicht mehr Gorla, die bisher den größten Teil der Arbeit erledigt hatte, sondern Mazzoni. Für die ArbeiterInnen war klar, dass Gorla sie entlassen und Mazzoni nur einen Teil – zu schlechteren Bedingungen – einstellen würde.

Der Kampf, der dann im Herbst 2001 losging, war der erste Streik in der Branche seit 25 Jahren, für die meisten also die erste Mobilisierung in einem solchen Rahmen überhaupt.

Am 25. 9. organisierten die Gewerkschaften unter Leitung der CGIL (größte Gewerkschaft, DS-nahe) einen eintägigen Streik und eine Demo in Rom mit 5 000 Leuten. Hauptforderung war die Übernahme aller und ein Tarifvertrag. Bei der Aktion wurden sie von *den* Reinigungsfirmen unterstützt, die mit dem Ausschreibungsergebnis unzufrieden waren.

Im Oktober gab es regionale Streiks, am 5. und 6. November wieder einen landesweiten. Auch diese wurden von der CGIL und kleineren Gewerkschaften kontrolliert. Anfang Dezember kam es zu ersten spontanen Gleisblockaden. »Die Parole ging um, dass es Zeit ist, was zu machen. Alle sind dann auf die Gleise«, erzählt einer der Arbeiter. Die CGIL konnte das nur durch das Versprechen beenden, man werde dafür sorgen, dass es keine Entlassungen und einen Tarifvertrag geben werde: »Die Gewerkschaft begann, Angst zu bekommen.« Außerdem verschob die FS unter dem Druck die Übergabe an die neuen Firmen auf Ende Februar.

Anfang Februar beschloß die CGIL einen neuen Streik am 18. und 19. – sie verlor aber wieder die Initiative: Am 7. beschlossen die Mailänder ReinigungsarbeiterInnen auf einer Versammlung einen Bummelstreik. Sie waren wütend, weil sich nichts bewegte und ihre Entlassungen bevorstanden, ohne dass sie wussten, wie es weiter geht. Bei den folgenden Aktionen machten etwa 80 Prozent aller ArbeiterInnen mit. Sechs Tage lang wurde überhaupt nicht gearbeitet. Die Züge liefen in die Bahnhöfe ein und die meisten fuhren ungeputzt wieder raus – *lotta sporca* (dreckiger Kampf). Die FS versuchte, Eisenbahner für die Putzarbeiten einzusetzen, was aber scheiterte, weil die Streikenden von Bahnhof zu Bahnhof zogen, um die Einhaltung des Streiks zu kontrollieren. Die CGIL hatte in diesen Tagen nichts zu melden. Einige Basisgewerkschafter der CUB waren mit den Arbeitern unterwegs. Aber die Dynamik ging von den selbstorganisierten Aktionen aus: den Versammlungen, den Kundgebungen, den Streik-Kontrollen.

Als bei einer Versammlung der CGIL im Hauptbahnhof ein Funktionär erklärte, dass die FS weiter Eisenbahner für Putzarbeiten einsetzen wollte, stand er dreißig Sekunden später alleine mit seinem Megaphon da. Die ArbeiterInnen hatten sofort die Gleise besetzt. Die Blockade dauerte etwa acht Stunden. Als am nächsten Tag die Aktion in anderen Städten bekannt wurde, gab es auch dort Gleisbesetzungen und Demos. Die Stimmung war sehr kämpferisch.

Als kurz vor dem vorgesehenen Streik am 18. und 19. Februar die Übergabe an die »neuen« Putzfirmen erneut verschoben wurde – auf Anfang Mai – blies die CGIL den Streik ab und verkündete, sie werde weiter über einen Tarifvertrag verhandeln. Die Arbeiter beendeten daraufhin den Bummelstreik und die Blockaden. Gewonnen war nichts, vielmehr kündigte die FS Klagen gegen die bekannten Gleisblockierer an.

## Nach Februar

Die Mailänder ArbeiterInnen von Gorla bekamen im März und April ihre Kündigung und gleich darauf Einladungsschreiben von Mazzoni zu einem Einstellungsgespräch. Für die meisten Migranten bedeutete die Entlassung, daß es so weiterging wie bisher: sie hatten sowieso nur Kurzverträge gehabt. Für die Festangestellten bedeutete es einen Vertrag zu schlechteren Bedingungen: Verlust der Prämien für Betriebszugehörigkeit usw.. Und es zeigte, wie unsicher auch ihre Lage ist: unbefristeter Vertrag... bis zur nächsten Ausschreibung in zwei oder drei Jahren.

Erfreulich an den Aktionen im Februar war, dass sich alle Gruppen, die »alten ItalienerInnen« wie die »neuen MigrantInnen«, beteiligt hatten - trotz der unterschiedlichen Vertragsverhältnisse und der Sprachschwierigkeiten. Allerdings gab es wenig Kontakte zwischen den Arbeitern der verschiedenen Putzfirmen. Die Basisgewerkschafter der CUB aus Mailand versuchten dann, solche Kontakte aufzubauen und organisierten ein Treffen in Florenz mit Leuten von dort, aus Turin und Mailand. Andere wurden über Telefon an dem Treffen beteiligt. Insgesamt blieben da aber die Gewerkschafter weitgehend unter sich. Die angepeilte »Koordination« entstand nicht. Allerdings reichten die Kontakte, um darüber während der neuen Aktionen Ende April Informationen rumgehen zu lassen.

## April

Anfang April kam es zu einer Absprache u.a. zwischen der CGIL und der CUB für einen zweitägigen, landesweiten Streik Ende April, um vor der Übergabe der Reinigungsaufträge Anfang Mai einen Tarifvertrag durchzusetzen, in dem der Verzicht auf Entlassungen und Verschlechterung der Bedingungen festgeschrieben werden sollte. Es wurde auch verabredet, diesmal den Bahnhof Rogoredo im Südosten Mailands zu blockieren, weil damit der gesamte Bahnverkehr in Mailand lahmgelegt wäre. (Bei den Blockaden im Februar hatte die staatliche Eisenbahn die Züge einfach vom Hauptbahnhof auf andere Bahnhöfe verteilt.)

Während die CGIL und andere Gewerkschaften in Rom weiter mit den staatlichen Eisenbahnen und der Regierung verhandelten, fand der Streik am 23. und 24. April statt. An einigen Orten wurden erneut Züge

blockiert. In Mailand kletterten einige ArbeiterInnen auf das Dach des Hauptbahnhofs, hängten Transparente runter und begannen einen Hungerstreik. Die Forderung war: Verträge für alle, keine Lohnsenkung. Am 24. April gab es eine Versammlung und einen Umzug über die Bahnsteige, bei dem die ArbeiterInnen die Gleise besetzen wollten. Sie hatten gehört, dass in anderen Städten (Venedig, Triest, Cagliari, Ancona, Catania...) schon Blockaden liefen. Die CUB-Gewerkschafter haben sie aber beim Versuch, auf die Gleise zu gehen, zurückgehalten. Sie hatten ja mit der CGIL die Absprache getroffen, erst *nach* dem zweitägigen Streik weitere Aktionen zu machen. Sie wollten diese Absprache nicht brechen und versprachen sich von der gemeinsamen Aktion am nächsten Tag auch mehr. Die Arbeiter waren zwar sauer auf die CUB-Gewerkschafter, aber die Entschlossenheit war raus und die Leute blockierten nicht.

In der Nacht auf den 25. April kam aus Rom die Nachricht, die Verhandlungen seien gescheitert. Einige ArbeiterInnen sind sofort vom Hauptbahnhof aus die anderen Bahnhöfe abgefahren, um die Nachtschicht zur Fortsetzung des Streiks aufzufordern (der war ja offiziell am 25. April vorbei). Morgens um sechs Uhr tauchten dann CGIL-Funktionäre am Hauptbahnhof auf und redeten von einem erfolgversprechenden Fortschritt bei den Verhandlungen in Rom. Die Leute sollten wieder arbeiten, der Kampf sei gewonnen. Tatsächlich gab es nur vage Absichtserklärungen (so wenige Entlassungen wie möglich...). Nach und nach kamen mehr ArbeiterInnen, da für den Morgen eine Versammlung angesetzt war. Einige verstanden nicht genau, worum es ging – wie schon erwähnt sprechen viele der MigrantInnen kein oder kaum Italienisch. Bei den anderen entbrannten hitzige Diskussionen. Die meisten Redner erklärten, dass das CGIL-Papier nichts wert war. Immer wieder wurde betont, ohne definitive Zusagen und Unterschriften sei nichts geklärt. Die CGIL wolle nur den Streik beenden, sie dagegen wollten die Aktionen fortsetzen. Niemand wollte direkt zu Gleisblockaden aufrufen - immerhin standen die Bullen noch rum und so eine Blockade ist auch in Italien eine Straftat. Aber es war die Rede davon, dass am Vortag in anderen Städten Blockaden stattgefunden hatten. Bei ihrem Versuch, die Arbeiter von weiteren Aktionen abzuhalten, entblödeten sich die CGIL-Gewerkschafter nicht, diese zu verhöhnen: »Macht doch weitere Aktionen. Ohne uns kommt ihr nicht weit. Wir verhandeln doch....«.

Im Endeffekt hatten sie aber mit ihrer Täuschung Erfolg. Der zweitägige Streik wurde nicht fortgesetzt und weitere Aktionen (wie Blockaden), die »inoffiziell« für den Fall vereinbart waren, dass der Streik keine Ergebnisse bringt, wurden abgesagt – ohne jegliche Zusage! Die Leute auf dem Dach wollten ihre Aktion erst fortsetzen, wurden dann aber von hohen CGIL-Funktionären angerufen und vom Aufgeben »überzeugt«.

Unter den ArbeiterInnen machte sich danach große Enttäuschung breit, und es hat weitere verbale Attacken gegen die CGIL gegeben – aber auch gegen die CUB, die mit ihrer Verhinderung der Gleisblockade am zweiten Streiktag der Aktion ihre Dynamik genommen hatte und es am nächsten Tag nicht schaffte, die Täuschung durch die CGIL zu verhindern. Allerdings zeigt sich hier weniger die Kontrollfähigkeit und der mäßige Einfluss der Basisgewerkschaft CUB, als vielmehr die Unfähigkeit der Arbeiter, sich nicht beirren zu lassen und eigenständig die Aktionen durchzuziehen, mit denen am meisten Druck zu machen ist: in ihrem Fall Gleis-Blockaden.

Am 2. Mai wurde in Rom von der FS, einigen Putzfirmen und der Regierung ein »Vertrag« unterzeichnet, der vorsieht, dass es keine Entlassungen und Verschlechterungen geben sollte. Aber im Kleingedruckten wird es den Firmen dann doch ermöglicht, Leute rauszuwerfen. Einige Putzfirmen, die den Wisch nicht unterschrieben haben, sehen die Verabredungen für sie sowieso nicht als bindend an. In Mailand hat auch Mazzoni bis Mitte Mai von den 1 100 übernommenen ArbeiterInnen von Gorla schon 200 entlassen. Die Rede ist von weiteren 500 Entlassungen.

## **Fazit**

Die CGIL hat es geschafft, die Initiative und Kontrolle, die sie bei den Aktionen im Dezember und Februar verloren hatte, bei den Auseinandersetzungen im April zu behalten. Die CUB wurde über Absprachen eingebunden. In der kritischen Phase tauchten dann Funktionäre mit (wertlosen) Papieren auf, die sie als bahnbrechende Abmachungen verkauften.

Während ihrer Aktionen im Februar und April haben die Arbeiter von Gorla und anderen Putzfirmen kaum Unterstützung bekommen (bis auf

einige Leute vom »Kollektiv für ein ArbeiterInnennetz«<sup>1</sup>) – auch ein Zeichen für die aktuelle Schwäche der Mobilisierungen in Italien. Bei der Großdemo und dem Generalstreik gegen die Reform des Kündigungsschutzes (»Artikel 18«) kommen zwar unter der Fahne der CGIL und anderer Gewerkschaften Millionen von ArbeiterInnen zusammen, die »Anti-Globalisierungs-Gruppen« tauchen mit eigenen Blöcken auf und organisieren für den 1. Mai in Mailand eine Mayday-Parade gegen die Prekarisierung mit 30 000 Leuten. Aber bei einem konkreten Kampf von »Prekären«, der breit durch die Medien ging, bleiben diese bis auf ein kleines Unterstützungskomitee allein. Das lässt sich nicht nur mit der Kontrolle durch die Reformisten der CGIL erklären, die den vielen kleinen Kämpfen die Dynamik nehmen wollen, indem sie die Wut und Forderung nach Veränderung auf Ziele wie den Artikel 18 zu kanalisieren suchen. Vielmehr zeigt es die Schwäche der Kämpfe, denen bisher die Mittel als auch die Perspektiven fehlen. Dabei fällt u.a. auf, dass

- die meisten Kämpfe weiterhin von den »alten« ArbeiterInnen aus den Bereichen geführt werden, die schon in den letzten Jahrzehnten Erfahrungen mit Streiks und Mobilisierungen hatten und in denen es gewerkschaftliche Strukturen gibt: Metallfabriken, Schulen, etc.; die Leute wollen in ihren alten Vertragsverhältnissen »überleben« und verteidigen diese;
- »Prekäre« (sprich junge Leute, die fast alle nur befristete Arbeitsverträge haben, bei Zeitarbeitsfirmen sind...) zwar bei den großen Demos mitlaufen, dort aber meistens die Losung nach »festen« Verträgen – also nach sogenannten »Normalarbeitsverhältnissen« mit Normalausbeutung – auftaucht;
- darüberhinaus auch die Streiks in den »neuen Sektoren« (Internetfirmen, Call Center) ungleichzeitig laufen, isoliert bleiben, sich nicht aufeinander beziehen.

Mitte Mai streikten dann auch die Gewerkschaften der Eisenbahner für zwei Tage. Gegen die geplanten 3 000 Entlassungen dort – **drei Wochen** nach den letzten Aktionen der ReinigungsarbeiterInnen...! ■

---

<sup>1</sup> Dieses Kollektiv hat den Kampf durch ein eigenes Flugblatt unterstützt, das ihr unter [www.proposition.net](http://www.proposition.net) finden könnt. Es ist auch ein Video und eine Broschüre über den Kampf in Arbeit.

## China: Klassenkämpfe im Wirtschaftswunder

**Im April und Mai erschütterten die »größten Arbeiterdemonstrationen seit 1949« (Han Dongfang<sup>1</sup>) den Nordwesten Chinas. In der Erdölstadt Daqing demonstrieren seit dem 1. März fast ununterbrochen 50 000 freigesetzte Erdölarbeiter. In Lioayang, einer Stadt der alten Schwerindustrie, begannen zehn Tage später Proteste von bis zu 30 000 ArbeiterInnen, die bis heute (Anfang Juni) anhalten. Trotz Repression und kleiner Zugeständnisse reißen die Proteste nicht ab, und die absolute Nachrichtensperre im Land konnte nicht verhindern, daß sich die Kämpfe im Nordwesten Chinas, in den Kohlerevieren von Fushun und Fuxin, in Textil- und Elektronikfabriken, und zeitweise bis in das ferne Erdölrevier Shengli in der östlichen Provinz Xinjiang ausgeweitet haben.**

China hat in den letzten zwanzig Jahren ein beispielloses Wirtschaftswachstum mit durchschnittlichen Zuwachsraten von etwa acht Prozent erlebt. Selbst während der Asienkrise 1997/98 ging der Boom in China weiter. Dieses Land mit einem Fünftel der gesamten Weltbevölkerung ist daher angesichts einer krisenhaften Weltkonjunktur der große Hoffnungsträger bei den Agenturen des internationalen Kapitals. Ihnen ist aber auch bewußt, welche extremen und explosiven Umschichtungen hier im Gange sind. Schon die angeführten Zahlen zum Wirtschaftswachstum sind höchst umstritten, nicht einmal der chinesische Staat selber kann ihre Richtigkeit beurteilen. Darüberhinaus verdecken die Zahlen die wachsende soziale Ungleichheit in China und sagen wenig über die Lebensbedingungen auf dem Land aus, wo Geld noch eine untergeordnete Rolle spielt.

Klar ist aber, daß China in der letzten Dekade eine rasante Entwicklung durchlaufen hat und das internationale Kapital daran *glaubt*, das könnte so weiter gehen. Die ausländischen Direktinvestitionen sind weiterhin hoch, und es sind nicht mehr nur Auslandschinesen und südkoreanische Konzerne, die für internationale Marken Schuhe und Klamotten

produzieren lassen. Immer mehr Großkonzerne bauen Produktionsstätten in eigener Regie und unter eigenem Namen.

Seit Anfang der 80er Jahre wurde die zentrale Planwirtschaft in mehreren Phasen gelockert und der Spielraum für privates Kapital ausgeweitet – beschleunigt seit dem Aufstand in Beijing 1989<sup>2</sup>. Die chinesische Gesellschaft hat sich dabei in einem Ausmaß und einer Geschwindigkeit verändert, die ohne Beispiel in der Geschichte sind. China ist der herausragende Fall des einmaligen und globalen Prozesses, den der Historiker Hobsbawm als »die größte Umwälzung von Klassenverhältnissen seit der Jungsteinzeit« bezeichnete: die Proletarisierung von Millionen von Bauern innerhalb einer Dekade. In dem wachsenden Gefälle zwischen Land und Stadt und den gigantischen Wanderungsbewegungen liegen heute die größten sozialen Spannungen in der chinesischen Gesellschaft. Die Gruppen, die als Träger der Revolution und des Staates ausgegeben wurden – Bauern und Arbeiter – gehören heute zu den größten Verlierern der sozialen Umwälzung. Dem steht eine große städtische Mittelschicht gegenüber, für die der Privatkapitalismus und der Zustrom von ausländischem Kapital mit einem eindrucksvollen Anstieg des Lebensstandards verbunden war und die einen »westlichen« Lebensstil pflegt. China ist beim internationalen Kapital nicht nur wegen der billigen Massenerbeitskraft beliebt, sondern auch als Quelle von gut und modern ausgebildeten technischen Spezialisten. Daher ist das Land nicht nur als Standort für exportorientierte Produktion interessant, sondern auch als Binnenmarkt. Zum Beispiel hat China inzwischen die zweitmeisten *privaten* Internetanschlüsse der Welt (nach den USA). Neben dieser Mittelschicht hat der Reformprozeß die Entstehung einer zum Teil unwahrscheinlich reichen Schicht von Kapitalisten ermöglicht, die meist aus den mittleren bis oberen Kadern der Staatsverwaltung und der KP stammen (»Kaderkapitalismus«) oder (manchmal und) die unklaren Besitzverhältnisse mit krimineller Energie zum Aufstieg genutzt haben, den sie mit teuren Autos und bezahlten Begleiterinnen zur Schau stellen.

Diese gesellschaftlichen Umwälzungen werden bisher nicht von einer entsprechenden Modernisierung des Machtapparates begleitet. Zur Kontrolle der Gesellschaft stützt sich der Staat immer noch überwiegend auf Repression, ohne diesem Privatkapitalismus angemessene Vermittlungsinstanzen und Strukturen einzuführen (Parteien, Gewerkschaften, Sozialstaat etc.). Rigide Anwendung eines Strafsystems (mit weit über tausend

vollstreckten Todesurteilen pro Jahr), willkürliche Verhaftung und Internierung von Wanderarbeitern und Oppositionellen, Aufrüstung von Bewaffneter Volkspolizei und Volksarmee, Tolerierung von Regionalfürsten und weitverbreiteten Mafiastrukturen, ergänzt durch Ansätze von Sozialpolitik, die die aufrührerischsten Schichten besänftigen soll, aber mangels Masse nicht kann – darin besteht bislang die hilflose Politik einer herrschenden Clique, die ihre Macht nicht abgeben will, aber dabei ist, sie zu verlieren.

Der Kern des chinesischen Sozialstaats beruht auf den Staatsbetrieben, in denen immer noch die Hälfte der (legalen) IndustriearbeiterInnen beschäftigt ist. Neben ausreichendem Lohn bieten sie lebenslange Beschäftigung, Wohnungen, Gesundheitsversorgung und Rente. Pläne zur Schließung oder Privatisierung unprofitabler Staatsbetriebe wurden angesichts von Kämpfen immer wieder zurückgezogen. Es gab einige Entlassungswellen, aber die vorherrschende Politik ist bis heute die »Freistellung« von der Arbeit bei weiterem Anspruch auf die Sozialleistungen und manchmal einen geringen Lohn. Mittlerweile hat diese Entwicklung das chinesische Bankensystem in die Krise gebracht, da immer wieder Kredite an unproduktive Staatsbetriebe gegeben werden mußten. Der Anteil an faulen Krediten wird auf insgesamt 50 Prozent geschätzt, was 518 Mrd. Dollar entspricht<sup>3</sup> – fast der Hälfte des BIP von 2001! Die Regierung hat damit begonnen, diese Kredite auf staatliche Vermögensagenturen (in Art der »Treuhand«) zu übertragen, was das Problem nur verlagert. Die ohnehin hohe Staatsverschuldung wächst damit weiter – zumal gleichzeitig das Steuereinkommen nicht zuletzt aufgrund der verbreiteten Korruption von 32 Prozent des BIP im Jahr 1978 auf nur noch 12 Prozent in 1998 abgesackt ist.

Durch den Beitritt zur WTO steht der chinesische Staat unter dem Druck, eine schnelle Anpassung dieser alten Großbetriebe an das Produktivitätsniveau des Weltmarkts durchzusetzen, die bisher durch den Druck der Arbeiterklasse verhindert wurde – und genau daran haben sich nun die Arbeiterproteste in Daqing und Lioayang entzündet. Deswegen sind sie für das Regime und die kapitalistischen Verwertungshoffnungen so bedrohlich, weil sie zum Ausdruck und Vorbild für die vielfältigen sozialen Konflikte werden könnten, die sich in den letzten Jahren entwickelt haben.

## Der Druck vom Land – Bauern zwischen Abwanderung und Revolte

Die Verteilung des Bodens an die Bauern nach dem Ende der Ära der Volkskommunen hat zwar vorübergehend die Lebensmittelproduktion erhöht, das eigentliche Problem der chinesischen Landwirtschaft aber nicht gelöst. Die Verteilung führte zu winzigen Parzellen; in manchen Gebieten wirtschaften ganze Familien auf Parzellen von einem Viertel Hektar<sup>4</sup>. Auch bei fruchtbarem Land und mehreren Ernten im Jahr ist das selbst für Subsistenzwirtschaft zu wenig. Im Süden gibt es Bauern, die mit 100 Yuan (etwa 15 Euro) im Jahr auskommen müssen. Ganz zu schweigen von einer konkurrenzfähigen Produktion, die eine gewisse Mechanisierung und Einsatz von Chemie voraussetzt.

Das »Bauernlegen« setzt sich jetzt mit einer Mischung von kapitalistischen Marktmechanismen und staatlichen Maßnahmen (Verschuldung und die Erhebung von willkürlichen Steuern und Abgaben und nicht zuletzt Enteignungen) durch. Die OECD schätzt, daß trotz der bereits erfolgten Abwanderung noch immer 200 Millionen Menschen »zuviel« von der landwirtschaftlichen Produktion abhängig sind. Die Zahl der bereits Abgewanderten kann nur geschätzt werden. Es wird von 150, möglicherweise 250 Millionen gesprochen, die ganz oder zeitweise in die Städte gezogen sind.

Durch die Lockerung des *Hukou*-Systems, das früher die Abwanderung in die notleidenden Städte mittels eines rigiden Ausweis- und Meldesystems verhindert hatte, versucht die Regierung die längst außer Kontrolle geratenen Wanderungsbewegungen zu regulieren. Leute mit einem Ausweis als Bauern dürfen nun in den Städten um Arbeit und Wohnung nachsuchen, sich aber nicht dauerhaft dort ansiedeln. Die Werkzeuge der Steuerung beruhen hauptsächlich auf Repression und muten hilflos an: Errichtung von Checkpoints an den Bahnhöfen der Großstädte, an Knotenpunkten der Überlandstraßen und an den Bahnstationen auf dem Land, wo die Wanderungen beginnen<sup>5</sup>, bis hin zu unregelmäßigen Großrazzien in den Städten mit oft willkürlichen Verhaftungen von Leuten, die wie Wanderarbeiter aussehen. Die Menschen sollen tatsächlich nur als *Arbeitskraft* in die Städte kommen und sich dort nicht festsetzen (die Parallele zu der Einwanderungspolitik in Europa ist offensichtlich).

Diese ArbeiterInnen können dann mit ihren Transferzahlungen nach Hause das Elend auf dem Land selbst wieder etwas mindern. Es gibt dort viele Familien, deren Einkommen im wesentlichen aus den Überweisungen der Verwandten aus den fernen Städten besteht.

Und solche »Sozialpolitik« scheint nötig – das Land ist schon lange kein »ruhiges Hinterland« mehr. Ergänzend zu der repressiven Kontrolle der Wanderungsbewegungen hat die Regierung zwar einige wenige Ansätze von Regionalpolitik entwickelt, z.B. fördert sie landwirtschaftsnahe kommunale Betriebe in Städten auf dem Land, aber die Verarmung der Bauern kann sie nicht aufhalten. Diese haben gelernt, mit kollektiven Aktionen gegen Regionalchefs, Wahlmanipulationen, willkürliche Steuern und Abgaben, Enteignungen und Vertreibungen (z.B. im Zusammenhang mit dem Bau des Drei-Schluchten-Staudammes) zu protestieren. 1997 soll es nach Schätzungen aus »den Sicherheitsbehörden nahestehenden Quellen« mehr als 10 000 Bauernproteste gegeben haben, von kollektiven Petitionen bis hin zu Versuchen, Büros der Regierung aufzumischen oder in Banken einzubrechen.<sup>6</sup>

Für die Regierung ist es eine Gratwanderung: Einerseits muß sie die Abwanderung als Ventil zulassen und will sie auch, denn das Geheimnis des wirtschaftlichen Erfolgs Chinas beruht derzeit auf dem Angebot von extrem billiger Massendarbeitskraft für die Textil-, Schuh- und Elektronikfabriken und für die Bauwirtschaft; andererseits entsteht durch die Zusammenballung dieses neuen Proletariats in den Großstädten eine zunehmend unkontrollierbare und aufrührerische Situation.

## **Die Mingong – das mobile Proletariat**

Auch wenn es in China relativ wenige ethnische Minderheiten im eigentlichen Sinn gibt (Mongolen, Uiguren, Tibeter), so ist der kulturelle Unterschied zwischen Stadt und Land in bezug auf Tradition und vor allem Sprache<sup>7</sup> so groß, daß WanderarbeiterInnen in den Städten zu ethnischen Minderheiten werden und von den Stadtbewohnern als solche erkannt und diskriminiert werden. Das Problem ist in den landnahen Kleinstädten nicht so groß, wohl aber in den großen Industriestädten im Osten.

Die Mehrheit der Wanderarbeiter ist männlich. Nicht nur in Shanghai bilden sie die zentrale Arbeitskraft für den unwahrscheinlichen Bauboom.

Viele versuchen sich aber auch in allen Formen des Kleinhandels und im Dienstleistungssektor. In die Industriestädte des Südostens ziehen Frauen und arbeiten in den neuen Schuh-, Textil-, Elektronik- und Plastikfabriken. Eine große Zahl von jungen Frauen arbeitet als Haushelferinnen. In Shenzhen und anderen *Boomtowns* wohnen inzwischen mehr Leute mit legaler befristeter Aufenthaltserlaubnis (und noch mehr »Illegale«) als »normale« Stadtbewohner.

Die *Mingong* werden auf mannigfaltige Art abgezockt und diskriminiert: Von maßlosen Gebühren, die von den Stadtverwaltungen erhoben werden, und Verfolgung durch die Polizei über Schmiergelder, die an Beamte und Arbeitsvermittler zu zahlen sind, dramatischer Wohnungsnot und niedrigen Löhnen, prekären Arbeitsbedingungen, weitgehendem Ausschluß aus allen Sozialleistungen bis hin zu alltäglicher Diskriminierung im Supermarkt oder im Restaurant. In Beijing gibt es eine Liste von 37 Branchen, in denen Wanderarbeiter nicht arbeiten dürfen. Sie sollen in Jobs wie Haushelferin oder Bauarbeit gedrängt werden, die von den städtischen Arbeitern (z.B. den Entlassenen der Staatsbetriebe) nicht angenommen werden.<sup>8</sup>

Dabei bilden sich Ghettos in den Vorstädten, in denen sich Leute aus der gleichen Herkunftsgegend zusammenfinden. Im Zheijang-Viertel von Beijing, früher Ackerfläche und ein Schlachthof, wohnten 1994 mehr als 100 000 Menschen aus der Provinz Zheijang. Es gab selbstorganisierte Krankenstationen, Schulen und zeitweise eine eigene Miliz – für die Beijinger Polizei war Zheijang eine No-Go-Area.<sup>9</sup> Es wird geschätzt, daß von den 100 000 Kindern von Wanderarbeitern in Beijing im Grundschulalter nur 12,5 Prozent in offizielle Schulen gehen; es soll 300 Untergrundschulen geben.<sup>10</sup> Nicht alle Kinder haben die Chance, eine dieser Schulen zu besuchen: Kinderarbeit ist inzwischen eine fast selbstverständliche Normalität nicht nur auf dem Land, sondern in den Städten.

Die *Mingong* wohnen in Kleinstwohnungen oder in Barackensiedlungen; die Bauarbeiter schlafen auf den Baustellen und die Fabrikarbeiterinnen sind in der Fabrik kaserniert. Alle, die sich »illegal« (und auch viele, die sich legal) in den Städten aufhalten, sind jederzeit von Verhaftung, Internierung, Zwangsarbeit und Rücktransport (für den sie selber zahlen müssen) bedroht.

Nach einer Untersuchung der KP-Jugend in Guangdong arbeiteten 80 Prozent der *Mingong* mehr als zehn Stunden täglich, und fast die

Hälfte gab an, meistens auch an den Wochenenden durchzuarbeiten. Den meisten schuldeten die Unternehmer Löhne, und mehr als zwei Drittel hatten keinen schriftlichen Arbeitsvertrag, was eigentlich Vorschrift wäre. Zehn Prozent wußten noch nicht einmal, was ein Arbeitsvertrag ist.<sup>11</sup>

Die Arbeitsbedingungen in den *Sweatshops* mit ausländischem Kapital sind oft katastrophal. Junge Arbeiterinnen vom Land sind noch leicht zu finden und werden mit 25 Jahren sowieso entlassen – dem offiziellen Heiratsalter in China. Die Fabriken sehen zu, die Herkunftsorte zu mischen, um die Verständigung und damit die Solidarisierung zu erschweren<sup>12</sup>. Die Frauen wohnen oft über den Werkstätten und kommen nur selten raus aus der Fabrik. Willkürliche Strafen sind an der Tagesordnung. Vieles davon widerspricht den chinesischen Arbeitsgesetzen, aber niemand kümmert sich darum; die lokalen Beamten werden mit Geschenken oder einem Managerjob für einen Verwandten belohnt. Oder wollen nur die ausländischen Investoren nicht stören. Die Regeln, die sich manche großen Konzerne wie *Nike* nach Protesten in den USA und anderswo gegeben haben, werden durch ein System von Sub-Sub-Unternehmern untergraben. Wenn tatsächlich einmal Inspektoren eine Fabrik besuchen sollten, dann tun sie es immer mit Vorankündigung.<sup>13</sup>

Die naheliegende Form des Kampfs für eine derartige Arbeiterschicht ist das, was die Behörden als »Kriminalität« bezeichnen, und tatsächlich werden alle Polizei- und Verwaltungsaktionen gegen die WanderarbeiterInnen genau damit begründet. Es gibt auch gezieltere Formen dieser »Kriminalität«. So werden immer öfter Fälle bekannt, wo Bosse von verzweifelten Arbeitern umgebracht werden. Für Schlagzeilen sorgte Ende letzten Jahres die Entführung eines Unternehmerehepaares aus den USA (chinesischer Abstammung), das den 500 Beschäftigten seiner Spielzeugfabrik in Sheyang, Jiangsu, ungefähr 55 000 US\$ schuldete. Der Mann wurde 20 Tage lang festgehalten, während die Frau in die USA geschickt wurde, um das Geld aufzutreiben. Nach der Zahlung von 7000 US\$ wurde er dann freigelassen.

Immer häufiger wird nicht nur im *China Labour Bulletin*<sup>14</sup> berichtet, daß sich Journalisten, Anwälte und andere die Sache der Arbeiter, vor allem der Wanderarbeiter zu eigen machen. Es mehren sich Nachrichten von Verurteilungen zu oft langjährigen Haftstrafen wegen Beteiligung an Arbeiteraktionen. Am 30. Mai wurden z.B. Hu Mingjun und Wang Sen in Dazhou (Sichuan) zu elf bzw. zehn Jahren Haft wegen »Subversion«

verurteilt. Sie hatten im Dezember 2000 die Arbeiter des Dazhou Stahlwerks bei einem Protest gegen unbezahlte Löhne unterstützt.<sup>15</sup>

**Ein paar Meldungen** (viele weitere sind auf unserer Webseite [www.umwaelzung.de](http://www.umwaelzung.de) zu finden) illustrieren den Charakter und die Formen dieses modernen Klassenkonflikts in China:

Am 24. Januar 2001 berichtete Inside China Today von der Verurteilung dreier Arbeiter zu langjährigen Gefängnisstrafen in der Provinz Zhejiang wegen der Anstiftung ihrer KollegInnen zu Protesten. Wegen der Entlassung seines Sohnes hatte ein Arbeiter mit Kollegen im August 2000 eine Fabrik angegriffen, Fenster und Türen zerstört und erreicht, daß die über tausend Beschäftigten die Arbeit niederlegten. Als er hörte, daß sein Sohn wegen dieser Vorfälle festgenommen worden war, griff er mit dreihundert anderen Arbeitern die Polizeistation an, ein Polizist wurde als Geisel genommen. Am nächsten Tag besetzten sie die Gleise des Bahnhofs für mehrere Stunden.

Das China Labour Bulletin behandelte am 19. Februar 2002 den verbreiteten Konflikt um ausstehende Löhne: In Shenzen besetzten im Januar acht Bauarbeiter einen Kran und drohten, sich umzubringen, wenn sie ihr Geld nicht bekommen. In Urumqi sprengte sich am 1. Februar ein Wanderarbeiter vor dem Gebäude der Provinzregierung in die Luft, weil er seinen Lohn nicht bekam. In Xian demolierten deswegen siebzig Bauarbeiter die Häuser, die sie gebaut hatten. Umgekehrt wurden in Beijing Anfang Februar 36 Bauarbeiter von angeheuertem Schlägern brutal zusammengeschlagen, als sie ihr Geld verlangten. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Xinhua soll es im Jahr 2000 insgesamt Lohnrückstände von über 4,5 Mrd. Dollar gegeben haben, mit steigender Tendenz - wobei die Dunkelziffer im Bereich der Schwarzarbeit gar nicht berücksichtigt ist.

Reuters berichtet am 8. April 2002 von Protesten von 1500 bis 2000 wütenden WanderarbeiterInnen, die in einer Hong-Konger Firma für Löhne von 20 Cent pro Stunde Spielzeuge für Mattel und Wal Mart produziert hatten. Sie waren von der bankrotten Firma entlassen worden, und sie schuldete ihnen noch Löhne; der Firmenchef war verschwunden. Von der Fabrik sind neben den miesen Löhnen die unerträglichen Arbeitsbedingungen bekannt: extrem lange Arbeitszeiten, ein hartes Fabrikregime z.B. mit Geldstrafen für Schwätzen während der Arbeit.

## **Ölfelder, Stahlwerke und Kohlegruben – Aufstand der alten Arbeiterklasse**

Noch immer beschäftigen die staatseigenen Betriebe 55 Prozent der städtischen Arbeitskraft. Seit 1998 sind nach offiziellen Angaben 25 Millionen ArbeiterInnen von solchen Betrieben freigesetzt worden.<sup>16</sup> Das betraf vor allem Betriebe der Grundstoffindustrie wie Spinnereien oder Stahlwerke, die heute nicht mehr konkurrenzfähig sind – vor allem wegen der ver-

gleichsweise günstigen Arbeitsbedingungen. Ein Arbeiter dieser Betriebe hat üblicherweise einen relativ guten Lohn, Wohnung, Gesundheitsversorgung für die Familie, Erwartung einer lebenslangen Anstellung (die Fluktuation liegt bei 0,8 Prozent) und Aussicht auf Rente. »Freistellung« kann ganz unterschiedliche Dinge bedeuten: von tatsächlicher Entlassung (meist mit geringer Abfindung) bis hin zu fortdauernder Zahlung eines geringen Lohns, Verbleib in der Werkswohnung und weiterer Zugang zu den Sozialeinrichtungen wie Krankenhaus. Dennoch, es bedeutet in fast jedem Fall einen gewaltigen Absturz im Lebensstandard, während zugleich die Verhältnisse in der Stadt den Anschein erwecken, als ginge es steil bergauf.

Im Gegensatz zu den Wanderarbeitern haben es die (ehemaligen) Arbeiter der Großbetriebe etwas leichter, sich zusammenzuschließen – sie wohnen zusammen, kennen sich seit langem, sind oft zusammen aufgewachsen, sprechen den gleichen Dialekt, haben klar definierte gemeinsame Anliegen und Interessen. Die Restrukturierung der Staatsbetriebe ist erklärtermaßen das größte Problem der Regierung – in jeder Hinsicht: politisch, finanziell, polizeilich. Die Zahl der Kämpfe von Freigestellten oder noch Beschäftigten ist nicht bekannt; sie ist jedenfalls sehr groß. Han Dongfang sprach einmal, unter Berufung auf interne Papiere des Sicherheitsbüros, die ihm zugespielt worden sind, von 215 000 Demonstrationen im Jahr 1998 mit 3,6 Millionen beteiligten ArbeiterInnen. Dabei sollen 78 Polizisten ums Leben gekommen sein.<sup>17</sup> Die offiziellen Zahlen des Ministeriums für Arbeit und Soziale Sicherheit sind niedriger: im Jahr 2000 sollen an 8247 »kollektiven Aktionen« 259 445 ArbeiterInnen teilgenommen haben, davon 24 Prozent in Staatsbetrieben.<sup>18</sup> (In Asien und besonders in China ist man im Herstellen von Statistiken immer ziemlich genau ...)

Die Regierung hat in diesem Jahr ein neues Sozialprogramm aufgelegt, um die Binnennachfrage zu erhöhen und diesem »Problem« die Spitze zu nehmen. Es umfaßt die verstärkte Einrichtung von staatlichen Arbeitsämtern (die z.T. die Freistellungslöhne verteilen und Arbeit kostenlos vermitteln), die Erhöhung des Lohns der Staatsangestellten und eine Erhöhung des Militäretats um 17,6 Prozent, vor allem um den Soldaten den mageren Sold zu erhöhen.

## Die Proteste in Daqing und Liaoyang

Der Nordosten Chinas war früher das industrielle Entwicklungszentrum vor allem der Schwerindustrie und gilt heute als »Rostgürtel«. Im März und April dieses Jahres haben Arbeiterunruhen die Großstädte Liaoyang in der Provinz Liaoning und Daqing in Heilongjiang erschüttert – es handelt sich möglicherweise um die größten selbständigen Arbeiteraktionen in der Geschichte der Volksrepublik China. Die Medien haben mit einigem Erfolg versucht, die Sache geheimzuhalten, um ein Ausbreiten der Kämpfe zu verhindern. Ganz gelungen ist es ihnen nicht, und das gibt eine Ahnung davon, daß die chinesische Arbeiterklasse schon längst dabei ist, im Untergrund ihre eigenen Strukturen von Informationsverbreitung und Organisationen zu entwickeln.

Die Erdölförderung in **Daqing** war ein zentrales Projekt der Industriepolitik in den 60er Jahren – Mao selbst gab die Parole aus, »in der Industrie, lernt von Daqing« und Chinas Musterarbeiter, der Eiserne Wang Jinxi, war ein Erdölarbeiter in Daqing. So gut wie die gesamte Erdöl- und Gasproduktion des Landes sind in der Hand der staatseigenen Aktiengesellschaft China Petroleum & Natural Gas Corp. »PetroChina« (Royal Dutch Shell will einen Anteil von 45 Prozent kaufen<sup>19</sup>), deren ausführendes Organ in Daqing die Daqing-Erdölverwaltung ist. Noch vor wenigen Jahren waren 260 000 auf den Ölfeldern beschäftigt. Ende 2000 wurde die Reorganisation durchgezogen, etwa zur gleichen Zeit, als 2000 Arbeiter einer staatseigenen Baufirma wegen nicht gezahlter Löhne eine wichtige Bahnstrecke in Daqing blockierten<sup>20</sup>. Den Arbeitern wurde erzählt, die Firma stünde kurz vor dem Konkurs und es drohte eine Massenentlassung, bei der keine Abfindung zu erwarten wäre. So waren 50 000 einverstanden, die Abfindung von bis zu 500 US\$ pro Dienstjahr<sup>21</sup> zu nehmen und mit der Arbeit aufzuhören. Das schien zuerst viel Geld, und die Summe war im chinesischen Vergleich recht hoch. Aber für die wenigsten gibt es in der 2,4-Millionen-Stadt alternative Jobs, so daß sich das Geld schnell in Luft auflöst. Daß mit der Abfindung auch der Anspruch auf die Sozialleistungen der Erdöladministration verloren war, scheinen viele Arbeiter nicht begriffen zu haben; offenbar wurden sie in dem Punkt entweder direkt betrogen oder absichtlich im Unklaren gelassen. Die Provinz Heilongjiang kennt lange und kalte Winter. Immerhin hat die Firma bisher

weiterhin die Heizungsrechnungen bezahlt – der Auslöser für die wochenlangen Demonstrationen ist die Ankündigung der Erdölverwaltung, auch diese letzte Leistung einzustellen. Gleichzeitig wurden die ehemaligen Arbeiter eingeladen, ihre Kranken- und Rentenversicherung beizubehalten – allerdings gegen hohe Jahresbeiträge.

Die Demonstrationen beginnen am 1. März mit wenigen tausend Beteiligten, deren Zahl in den nächsten Tagen auf 50 000 ansteigt. Es wird Arbeitstag um Arbeitstag demonstriert, man versammelt sich in immer noch eisiger Kälte vor dem Hochhaus der Erdöladministration und blockiert es mit einem Sit-In. Die Behörden rufen Verstärkung der Bewaffneten Volkspolizei, die schnell ihre Präsenz in der ganzen Stadt hochfährt und durch ein Panzerregiment der Volksarmee verstärkt wird.

Organisiert werden die Proteste vom »Provisorischen Gewerkschaftskomitee der von der Erdölbehörde abgebauten Arbeiter« – der Zeitpunkt der Gründung ist nicht bekannt. Ein Beamter der Stadtverwaltung, befragt vom *China Labour Bulletin*, bezeichnete das Komitee als »Gewerkschaft für die Arbeiter«. Und was mit der anderen Gewerkschaft sei (gemeint ist die offizielle Staatsgewerkschaft), fragte der Interviewer zurück: »Das ist die Gewerkschaft für die Kapitalisten«. <sup>22</sup> Ob Aktivisten des Komitees die Verbindung hergestellt haben oder die Informationen sich auf anderen Wegen verbreiten, ist nicht bekannt; es kommt jedenfalls in den Erdölfördergebieten im fernen Shengli, Provinz Xinjiang, in Changzhou in Beijing's Nachbarprovinz Hebei und in Liaohe in der Nachbarprovinz Liaoning zu Solidaritätsaktionen. Und einige hundert freigesetzte Arbeiter des zur PetroChina gehörenden Chemiewerks in Lanzhou, Gansu, demonstrieren.

Mitte März dauern die Sit-In-Proteste an, es sollen sich noch aktive Arbeiter angeschlossen haben. Die Produktion selber ist aber nicht behindert. Die noch aktiven Arbeiter haben ihre eigenen Gründe, wütend zu sein; so ist ihr Beitrag zur Rentenversicherung angehoben worden, während freigesetzte Manager horrendere Abfindungssummen kassiert haben.

Die Proteste sind weitgehend friedlich; am 19. März werden allerdings mehrere Demonstranten bei Auseinandersetzungen mit der Polizei verletzt. Tags darauf legen die Protestierer ein Auto aufs Dach, dessen Fahrer in die Menge gefahren war. Dann allerdings scheinen die Behörden ihre Taktik zu ändern – wohl weil ihre Hoffnung nicht aufgeht, die Proteste würden sich totlaufen und der Aufmarsch der Volkspolizei und der Panzer der Volksarmee die Leute einschüchtern. Und vor allem, weil

eine Ausweitung der Proteste droht: Nicht nur die Solidaritätsaktionen auf anderen Ölfeldern bereiten Kopfzerbrechen, sondern vor allem die Bewegungen im ca. 400 km entfernten Liaoyang und im Kohlerevier Fushun.

Am 22. März besetzt ein Großaufgebot von Polizei und Militär die Plätze, an denen sich die Leute versammelt haben. Das aber verhindert weitere Demos nicht. Die Erdölverwaltung läßt Flugblätter verteilen und im Lokalfernsehen Mitteilungen verlesen, in denen alles als ein Mißverständnis dargestellt wird. Den noch beschäftigten Arbeitern wird eine Lohnerhöhung in Aussicht gestellt. Die Proteste sollen danach etwas abgeflaut sein. Bis Ende März werden bis zu 60 Menschen verhaftet, offenbar auf der Jagd nach den Aktivisten des Untergrundkomitees. Ganz beendet wurden die Aktionen nicht. Am 20. April werden wieder »Rädelführer« verhaftet; auch das hat nicht den erwünschten Erfolg. Auch nicht die offizielle Veranstaltung eines 1. Mai-Singe-Wettbewerbs auf dem Platz des »Eisernen Wang«, auf dem die Kundgebungen stattfinden. Die Aktionen gehen weiter, die Demonstranten ändern ihre Taktik: Es werden keine Parolen mehr gerufen, weil alle, die damit anfangen, Gefahr laufen, verhaftet zu werden oder zu verschwinden. Am 27. Mai, 13 Wochen nach Beginn der Proteste, versammeln sich abermals mehr als 10 000 Menschen. Die letzte Information ist vom 3. Juni: eine Straße beim Platz wird blockiert.

**Liaoyang**, die 1,7-Millionenstadt in der alten Schwerindustrieprovinz Liaoning, ist ganz besonders betroffen vom Reformprogramm der Staatsbetriebe: bis zu 80 Prozent der ArbeiterInnen der Stadt sollen in Wirklichkeit »Freigestellte« sein. Fabrikhallen stehen leer, manche sind von *Businessmen* wieder als Lager oder Hinterhofkitchens in Betrieb genommen. Es gibt offenbar schon lange eine informelle Untergrundorganisation, deren Kern Arbeiter des FerroAlloy-Werks (Eisenlegierungen) bilden. Die Arbeiter dieser Fabrik haben eine längere Kampfgeschichte. Im Mai 2000 demonstrierten bis zu 5000 Arbeiter und Freigestellte der FerroAlloy, weil sie seit zum Teil 16 Monaten keinen Lohn bekommen hatten. Bei mitternächtlichen Auseinandersetzungen mit 900 Polizisten waren an die 50 Arbeiter verletzt und einige verhaftet worden, woraufhin am nächsten Tag erneut 1000 Menschen die Stadtverwaltung blockierten.<sup>23</sup> Im Oktober 2001 blockierten 1000 Arbeiter der FerroAlloy erneut die Autobahn, um gegen die Schließung des Werks zu demonstrieren – für sie eine Folge

der öffentlichen Korruption. Dabei sind vier Arbeiteraktivisten verhaftet worden.<sup>24</sup>

So ist in Liaoyang der Anlaß für die erste Demo am 11. März hochpolitisch: Äußerungen des Bürgermeisters haben die Menschen wütend gemacht. Gong Shangwu ist Vorsitzender des regionalen Volkskongresses und Mitglied des gerade stattfindenden Nationalen Volkskongresses, auf dem über die Entwicklung der Staatsbetriebe debattiert wird. Er verkündet – als Beitrag zur Diskussion – in einem Fernsehinterview, daß es in seiner Stadt »keine Arbeitslosen« gäbe. Die Demonstration mit mehreren tausend Beteiligten hat deshalb eine zentrale Parole: Entlassung von Gong Shangwu! Was besonders auffällt: es sind Leute aus mindestens sechs (einige Quellen sprechen von 20) zum Teil bankrotten Fabriken – der Textilfabrik, der Lederfabrik, der Spezialmeßgerätefabrik und vor allem aus der FerroAlloy. Die Arbeiter skandieren: Schlägerregierung!<sup>25</sup> Einige Vertreter der Arbeiter treffen sich mit Vertretern der Stadtverwaltung, um über die Situation in Liaoyang zu reden. Da aber alle wichtigen Leute in Beijing beim Volkskongreß sind, kommt nichts dabei heraus. Die Demos gehen die nächsten Tage weiter und werden größer; es werden Zahlen von bis zu 30 000 Teilnehmern genannt. Auch hier reagieren die Behörden mit Zuckerbrot und Peitsche: die Hälfte der Summe, die das Stahlwerk seinen Arbeitern schuldet, wird freigegeben; anderen Arbeitern wird versprochen, daß die Zahlung ihres Arbeitslosengeldes in Kürze aufgenommen wird. Korruptionsvorwürfe gegen Manager des Eisenwerks sollen überprüft werden.

Am Sonntag, 17.3. wird Yao Fuxin, ein Arbeiter des Eisenwerks verhaftet, was erst recht die Proteste anfacht, die jetzt nur noch eine Forderung haben: Freilassung von Yao Fuxin! Ein paar Tage später bricht ein Trupp Volkspolizei in die Demo und fängt wieder drei Arbeiterführer, weitere Verhaftungen folgen. Wurde anfangs die Verhaftung von Yao Fuxin bestritten, werden jetzt die Angehörigen offiziell davon in Kenntnis gesetzt. Darüber hinaus werden die Verwandten von Yao Fuxin davon unterrichtet, er habe in der Haft einen Herzanfall erlitten und sei in ein nicht näher benanntes Krankenhaus eingeliefert worden. Das nährt Vermutungen, er sei gefoltert oder gar schon umgebracht worden. Weil irgendein Beamter verspricht, die Gefangenen würden freigelassen, wenn die Demos aufhörten, setzen die Arbeiter ihre Aktionen am 22.3. für zwei Tage aus. Als niemand freigelassen wird, gehen die Proteste weiter.

Auch in Liaoyang ist die Bewegung vielleicht noch nicht zuende. Es geht vor allem um die Freilassung der sechs Verhafteten, aber auch um den Kampf gegen Korruption. Die Arbeiter sind offenbar hochorganisiert: z.B. sammeln sie Geld, um älteren und behinderten KollegInnen die Taxifahrt zu den Kundgebungen zu finanzieren.<sup>26</sup>

Die Repression bedient sich wie in Daqing zweier Taktiken: erstens einer starken Präsenz von Sicherheitsorganen in der Stadt zur Einschüchterung der Bevölkerung und zweitens der Jagd nach den Rädelsführern, nach den Aktivisten der Untergrundorganisation.

Am 16.4. brechen Zivilpolizisten in die Wohnung eines Aktivisten ein, schlagen ihn zusammen und verhaften ihn; er wird später aber wieder freigelassen. Bei den Aktionen werden Auseinandersetzungen mit der Polizei möglichst vermieden, und nur selten gelingt es Zivilbulln, die Leute zu provozieren. Am 15. Mai versammeln sich erneut einige hundert Arbeiter der FerroAlloy vor der Stadtverwaltung. Als Zivilpolizisten versuchen, die Transparente anzugreifen, kommt es zu Rempelen, bei denen eine ältere Arbeiterin geschlagen wird. Ihr Sohn stellt die Polizisten zur Rede und wird zusammengeschlagen und festgenommen.

Während der Unruhen in Liaoyang und Daqing kommt es im ganzen Land zu Streiks und Protesten in anderen staatseigenen Betrieben: TextilarbeiterInnen in Guangyuan, Sichuan; ElektronikerInnen in Dongguan bei Guangzhou; Stahlarbeiter in Guiyang, Provinz Guizhou. Ob sie direkt von diesen Kämpfen inspiriert sind, ist nicht bekannt. Die Behörden beschuldigen die »ausländischen Medien«, bzw. eine »ausländische Schwarze Hand«, die Unruhen anzustiften. Gemeint sind wohl die Exil-Gruppen von Arbeiter- und Demokratieaktivisten. Aber auch der ICFTU (Internationale Konföderation Freier Gewerkschaften) hat eine offizielle Beschwerde bei der ILO (Int. Arbeitsorganisation der UN) gegen China eingereicht. Am 26. Mai wurde in Liaoyang eine Solidaritätsdelegation der in Paris beheimateten *International Labour Solidarity Alliance* von Sicherheitskräften festgenommen und nach Hong Kong zurückgeschickt.

Direkt von Daqing und Liaoyang inspirieren lassen sich die Bergarbeiter in den Kohlerevieren von Fushun und Fuxin, ebenfalls in der Provinz Liaoning. Bis zu 6000 in Fushun und 3000 in Fuxin blockierten Mitte März die Zuglinien, um gegen die von der Bergwerksverwaltung angedrohten Bedingungen der Entlassung zu protestieren. Um die aus Da-

qing und Liaoyang bekannte Verhaftung von Aktivisten zu erschweren, wurden Transparente und Schilder aufgestellt, die Ort und Zeit von Aktionen bekannt gaben; auf den Demos selbst werden keine Schilder getragen und keine Parolen gerufen. Den aufgefahrenen Einheiten der Riot-Polizei liefern die Arbeiter keine Auseinandersetzungen; nach einer Weile geben sie die Gleise wieder frei und verschwinden. Um in Fushun in den kommenden Wochen mehrmals das gleiche zu tun ...<sup>27</sup>

## **Chinesisch lernen!**

Nicht ganz China befindet sich in Aufruhr. Es gibt viele Proteste und Kämpfe, aber China ist groß. China ist der letzte große Dinosaurier der Entwicklungsdiktaturen, wie sie mit den unterschiedlichsten Ideologien in Mexiko oder Indonesien, Brasilien oder Nigeria herrschten. Noch halten sich die »Kommunisten« bei ihrem Ritt auf dem kapitalistischen Tiger. Noch hält sich das System mittels Aufschwung für die Minderheit, Repression gegen die Mehrheit und Zensur gegenüber den Kämpfen. Aber die Verhältnisse werden unhaltbar, die Unruhe wächst. Auf jeden Fall wird es interessant: Wer jung, sprachbegabt und reiselustig ist, sollte jetzt anfangen, chinesisch zu lernen. ■

*Anfang Juni, Karl, Ludwigshafen*

**Anmerkungen:** 1. Han Dongfang ist Veteran des Beijinger Aufstandes (»Tien An Men«) von 1989 und Herausgeber des China Labour Bulletin in Hong Kong. 2. Siehe Charles Reeve, Rückkehr nach China, in Wildcat 58, März 1992. 3. Far Eastern Economic Review, 23.5.02. 4. Far Eastern Economic Review, 2.5.02. 5. South China Morning Post, 31.5.99. 6. Hong Kong Standard und South China Morning Post, 16.1.99. 7. Mandarin spricht nur die gebildete Elite. Der Unterschied zwischen regionalen Dialekten ist so groß, daß sich die Menschen nicht verstehen. 8. South China Morning Post, 11.3.99. 9. Lena H. Sun, The Dragon Within; As Millions of Underclass Migrants March Into the Cities, Will China's System Collapse, World Tibet Network News, 11.10.94. 10. South China Morning Post, 18.9.01. 11. South China Morning Post, 17.1.02. 12. Pun Ngai, Becoming Dagongmei (working girls): the Politics of Identity and Difference in Reform China, Hong Kong, (Manuscript o.D.). 13. Siehe dazu z.B. Philip P. Pan, Worked Till They Drop, Few Protections for China's New Laborers, The Washington Post, 13.5.02. 14. Tim Pringle, Industrial Unrest in China – A Labour Movement in the Making?, China Labour Bulletin 2001. 15. Yahoo! Singapore News, 31.5.02. 16. Far Eastern Economic Review, 4.4.02. 17. South China Morning Post, 26.3.99. 18. Tim Pringle, a.a.O. 19. Le-

Min Lim, Shell to Run China's No. 2 Natural Gas Field, PetroChina says, Bloomberg, 1.6.02 **20**. South China Morning Post, 6.12.00. **21**. The New York Times, 19.3.02. **22**. Trini Leung, ACFTU and Union Organizing, China Labour Bulletin, 2002. **23**. BBC News und The Straits Times, 16.5.00. **24**. Workers Block Major China Highway over Factory Bankruptcy, AFP, 19.10.01. **25**. The Washington Post, 21.3.02. **26**. China Labour Bulletin, 10.5.02. **27**. China Labour Bulletin, 10.4.02.

## **Buchtipp:**

Charles Reeve / Xi Xuanwu

### **Die Hölle auf Erden**

### **Bürokratie, Zwangsarbeit und Business in China**

Ed. Nautilus, Hamburg 2001, ISBN 3-89401-368-0, 18 Euro

*Die beiden Autoren haben in China und mit chinesischen Menschen im Exil eine Vielzahl von Gesprächen geführt und diese 1997 in Frankreich als Buch herausgebracht. So entsteht eine breit gefächerte Sicht auf die andere Seite des chinesischen Wirtschaftswunders. Im Mittelpunkt stehen immer wieder die mobilen ProletarierInnen, die vom Land in die Städte wandern, um dort ihr Glück zu suchen, und die den Motor des Wirtschaftsbooms bilden. Zu Wort kommen aber auch die ArbeiterInnen im riesigen chinesischen System der Arbeitslager, das in die weltmarktorientierte Verwertung eingebunden wurde, oder das Phänomen der zunehmenden Prostitution in den Städten und der Umgang mit AIDS. Im Vorwort zur vier Jahre später erschienenen deutschen Ausgabe betonen sie, daß ihr Buch in der Zeit vor den großen Angriffen auf die alte Arbeiterklasse in den Staatsbetrieben entstanden ist. Aber der proletarische Blick auf die Umwälzungen, die China in den 80er und 90er Jahren erlebte – beginnend mit einem längeren Gespräch zum Pekinger Frühling von 1989, der hier meistens nur mit dem Massaker auf dem Tiananmen-Platz verbunden wird –, macht klar, warum die Kämpfe der ArbeiterInnen in den Stahlwerken oder auf den Ölfeldern heute eine solche Bedeutung für die Zukunft des Regimes und des Kapitalismus in China haben. Ein wichtiges und spannend zu lesendes Buch für alle, die sich für die Verhältnisse im größten Land des Globus interessieren!*